

# Landtag Rheinland-Pfalz

(V. Wahlperiode)

Drucksachen Abteilung I  
Nr. 7

Ausgegeben am 14. November 1963

## Stenographischer Bericht über die 7. Sitzung des Landtages Rheinland-Pfalz

im Landtagsgebäude zu Mainz  
am 2. Oktober 1963

Tagesordnung:	Seite
1. <b>Endgültige Wahl des Landtagspräsidenten und der Stellvertreter gemäß § 2 Abs. 1 Satz 2 der Geschäftsordnung des Landtags</b>	113
<i>Bestätigung des Vorstandes</i>	113
2. <b>Große Anfrage der Fraktion der CDU betr. Maßnahmen zur Beseitigung des Lehrermangels</b>	113
- Drucksache II/16 -	
<i>Beantwortet durch Kultusminister Dr. Orth; Besprechung; Überweisung an den Kulturpolitischen Ausschuß als Material</i>	117
3. <b>Große Anfrage der Fraktion der SPD betr. Ausstattung der Pädagogischen Hochschulen</b>	139
- Drucksache II/22 -	
<i>Beantwortet durch Kultusminister Dr. Orth; Überweisung an den Kulturpolitischen Ausschuß als Material</i>	144
4. <b>Antrag der Fraktion der SPD betr. Berufsaufbauschule für junge Landwirte</b>	148
- Drucksache II/44 -	
<i>Überweisung an den Kulturpolitischen Ausschuß und Agrarpolitischen Ausschuß</i>	150
5. <b>Antrag der Fraktion der CDU betr. Aufstellung eines mehrjährigen Bauprogramms</b>	150
- Drucksache II/35 -	
<i>Überweisung an den Haushalts- und Finanzausschuß</i>	151
6. <b>Zweite und dritte Beratung eines Dritten Landesgesetzes zur Änderung des Landesbesoldungsgesetzes</b>	151
- Drucksache II/53 -	
<i>Berichterstattung: Haushalts- und Finanzausschuß Berichterstatter: Abg. Völker</i>	
<i>In dritter Beratung einstimmig angenommen</i>	152

## Am Regierungstisch:

Ministerpräsident Dr. h. c. Altmeier, die Staatsminister Glahn, Dr. Orth, Schneider, Stübinger, die Staatssekretäre Duppré, Dr. Eicher, Matthes

## Es fehlten:

Entschuldigt: die Abgeordneten Dr. Ludwig, Schmurr, Schuster, Dr. Völker

## Rednerverzeichnis:

Präsident Van Volxem . . . . .	113, 116
Vizepräsident Rothley . . . . .	113
Vizepräsident Piedmont . . . . .	121, 125, 129, 131, 133, 135, 138, 139, 144, 148, 149, 150, 151, 152
Barthel (SPD) . . . . .	139
Fuchs (SPD) . . . . .	121, 133
König SPD) . . . . .	151, 152
Dr. Kohl (CDU) . . . . .	135
Kuhn (SPD) . . . . .	148
Martenstein (FDP) . . . . .	125
Dr. Neubauer (CDU) . . . . .	150, 151
Schmidt (SPD) . . . . .	138
Schwarz (CDU) . . . . .	113, 129
Völker (SPD) . . . . .	151
Finanzminister Glan . . . . .	151
Kultusminister Dr. Orth . . . . .	117, 131, 144, 149

**7. Plenarsitzung des Landtages von Rheinland-Pfalz  
am 2. Oktober 1963**

Die Sitzung wird um 9.46 Uhr durch Vizepräsident Rothley eröffnet.

**Vizepräsident Rothley:**

Die 7. Sitzung des Landtages von Rheinland-Pfalz ist eröffnet. Beisitzer der heutigen Sitzung sind die Herren Abgeordneten Diehl und Adamzyk. Die Rednerliste führt der Abgeordnete Diehl. Entschuldigt fehlen die Herren Abgeordneten Dr. Völker, Schuster, Schmurr und Dr. Ludwig.

Als Gasthörer begrüßen wir heute zwei Abschlußklassen der Realschule Waldfischbach mit Lehrkräften sowie den Verband der Katholischen Lehrerschaft Neuwied.

Die Tagesordnung der heutigen Sitzung wird erweitert um einen Punkt 6:

**Zweite und dritte Beratung eines Dritten Landesgesetzes zur Änderung des Landesbesoldungsgesetzes**

- Drucksache II/53 -

Er erhebt sich kein Widerspruch. - Dann ist so beschlossen.

Ich darf weiter darauf hinweisen, daß die 8. Sitzung, die am 9. Oktober 1963 stattfinden wird, um zwei Tagesordnungspunkte erweitert werden soll, nämlich um die Beantwortung der

**Großen Anfrage der Fraktion der SPD betr. Bereitstellung von Mitteln zur Förderung des Schulbaues**

- Drucksache II/55 -

und die

**Große Anfrage der Fraktion der SPD betr. Einführung eines dritten Fernsehprogramms**

- Drucksache II/54 -

(Abg. Völker: Aber nicht am 8. Oktober, sondern am 9. Oktober!)

- In der 8. Sitzung am 9. Oktober.

(Abg. Dr. Kohl: Das hat der Herr Präsident auch gesagt!)

Ich rufe auf den Punkt 1 der Tagesordnung:

**Endgültige Wahl des Landtagspräsidenten und der Stellvertreter gemäß § 2 Abs. 1 Satz 2 der Geschäftsordnung des Landtags**

Meine Damen und Herren! Nach unserer Geschäftsordnung hat das Hohe Haus in der 6. Sitzung die endgültige Wahl des Präsidenten vorzunehmen. Wenn die endgültige Wahl heute erfolgt, so gilt sie für die Dauer der gesamten Legislaturperiode.

Wer dafür ist, daß Herr Van Volxem als Präsident des Hohen Hauses weiter im Amt bleiben soll, und die Wahl, die bereits in der ersten konstituierenden Sitzung

vorgenommen wurde, bestätigt, den darf ich um das Handzeichen bitten. - Die Gegenprobe! - Stimmenthaltung! - Ich stelle Einstimmigkeit fest bei Stimmenthaltung des Herrn Präsidenten Van Volxem. Ich darf ihn bitten, das Präsidium zu übernehmen.

(Lebhafter Beifall des Hauses!)

**Präsident Van Volxem:**

Meine Damen und Herren! Ich danke Ihnen für die Bestätigung in diesem Amt. Wir fahren in der Behandlung des Punktes 1 unserer Tagesordnung fort:

Bestätigung des ersten Vizepräsidenten, und zwar des Herrn Abgeordneten Rothley. Wer für diese Bestätigung ist, den bitte ich um das Handzeichen. - Die Gegenprobe! - Stimmenthaltung! - Bei Stimmenthaltung des Abgeordneten Rothley einstimmig angenommen.

(Beifall des Hauses.)

Wir kommen zur Bestätigung des zweiten Vizepräsidenten, des Herrn Abgeordneten Piedmont. Wer dafür ist, den bitte ich um das Handzeichen! - Die Gegenprobe! - Stimmenthaltung! - Bei Stimmenthaltung des Herrn Abgeordneten Piedmont einstimmig angenommen! -

(Beifall des Hauses.)

Ich rufe auf Punkt 2 der Tagesordnung:

**Große Anfrage der Fraktion der CDU betreffend Maßnahmen zur Beseitigung des Lehrermangels**

- Drucksache II/16 -

Das Wort zur Begründung hat Herr Abgeordneter Schwarz (CDU).

**Abg. Schwarz:**

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Am 20. Juni hat meine Fraktion eine Große Anfrage eingebracht, in der die Landesregierung gebeten wird, Maßnahmen, die zur Beseitigung des Lehrermangels führen sollen, einzuleiten. Über die Tatsache haben wir in diesem Hohen Hause bereits bei mehreren Gelegenheiten - vor allen Dingen bei den Etatberatungen - gesprochen. Wir haben hier ein Problem vor uns, das zu einem politischen Problem besonderer Größenordnung geworden ist. Insbesondere die Veröffentlichung der Untersuchungen der Herren Doktoren Prübting im vergangenen Jahr hat dieser Frage eine sehr breite Publizität und öffentliche Diskussionen gebracht. Ich meine, damit wird deutlich, daß die Frage des Lehrermangels nicht mehr allein die Frage eines Berufsstandes ist, sondern daß damit eine Frage angesprochen ist, die in weiten Kreisen der politischen Öffentlichkeit und allgemeinen Öffentlichkeit diskutiert wird. Es zeigt auch, daß die internen Probleme der Volksschule heute nicht mehr nur Angelegenheit der Volksschule selbst oder des Volksschullehrerstandes sind, sondern es zeigt, daß die Diskussion um die Bildungsfragen und Volksschulen heute erfreulicherweise einen sehr breiten Raum einnimmt. Wir müssen uns bei dieser Frage darüber im klaren sein, daß der Lebensweg jedes einzelnen Menschen in der modernen Gesellschaft heute mehr als je zuvor entschieden und mitgeprägt wird von der Frage: Wie sind die Bildungsmöglichkeiten, insbesondere des jungen Menschen, heute? Während die ständische Gesellschaft die Aufstiegschancen und -mög-

(Schwarz)

lichkeiten des Menschen aus anderen Quellen als nur den Bildungsmöglichkeiten schöpfte und nicht nur abhängig machte von der Begabung und Intelligenz des jungen Menschen, sondern andere Faktoren Vorrang hatten, so hat sich das heute wesentlich verändert. Grundlage aller zukünftigen Entwicklungen für den jungen Menschen ist und bleibt die Volksschule. Gerade daher ist es notwendig, daß wir uns bemühen, auch die internen Probleme der Volksschule, in der die Frage des Lehrermangels einen besonderen Platz hat, zu diskutieren und Möglichkeiten und Wege aufzuzeigen oder zu suchen, um diesem Mangel Herr zu werden.

Wie sieht es nun insgesamt im Lehrerstand in unserem Lande aus? Wie sieht es aus an der höheren Schule, Realschule, Berufsschule und insbesondere natürlich an der Volksschule? Wir wissen, daß an der höheren Schule ein akuter Lehrermangel im Augenblick nicht besteht. In der letzten Legislaturperiode haben wir das Realschulgesetz verabschiedet. Unsere Realschulen wollen wir in unserem Lande stärker ausbauen, das heißt, daß wir auch in der Lage sein müssen, in ausreichendem Maße Lehrer für die Realschulen zur Verfügung zu stellen. Die Frage, die sich stellt, ist die: Werden wir in der Zukunft diese Lehrer haben? Was gedenkt die Landesregierung zu tun, die notwendigen Lehrerpersönlichkeiten zur Verfügung zu stellen? Wir haben in der vergangenen Legislaturperiode auch das Berufsschulgesetz verabschiedet und eine Reihe kommunaler Berufsschulen auf das Land übernommen, und haben damit die Verpflichtung, auch für den Lehrkörper an diesen Berufsschulen zu sorgen. Wir wissen, daß durch die starken Geburtenjahrgänge mehr Jugendliche in das Berufsleben eintreten und sich hier ebenfalls ein Lehrermangel für die Zukunft abzeichnet. Frage: Wie ist die Situation, wie sieht es aus? Das Schergewicht um die Frage des Lehrermangels liegt zweifellos bei der Volksschule.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich meine, wir sollten nicht verkennen, daß die Volksschule in ihrem Ansehen allgemein nicht so hoch steht, wie sie es von der Sache und Aufgabe her, die sie zu erfüllen hat, verdient. Wenn wir Erwachsenen an unsere eigene Volksschulzeit zurückdenken, dann haben wir vielleicht innerlich mittlerweile die eine oder andere Missetat unserem Volksschullehrer gegenüber bereut, die wir damals in einer kindhaften Art begangen haben. Ich meine, daß vielleicht das zum Teil geringe Ansehen der Volksschule auch mit eigenen Reminiszenzen zu tun hat. Wenn wir vom Lehrermangel sprechen, stellt sich für uns die Frage: Wie weit sind wir hier im Parlament, die wir im politischen Bereiche verantwortlich sind, bereit, für die Volksschule etwas zu tun, auch bereit, das Ansehen der Volksschule allgemein und das des Lehrerstandes im besonderen mit zu heben?

(Beifall bei der CDU.)

Ich glaube, das ist eine Frage, die im direkten Zusammenhang steht mit dem Problem, an deren Lösung wir alle mitarbeiten müssen. Wir werden im Laufe dieser Legislaturperiode noch sehr oft Gelegenheit haben, uns über die organisatorische Form der Volksschule zu unterhalten. Wir wissen, daß ein Berg von Problemen, nicht nur in unserem Lande Rheinland-Pfalz, sondern allgemein in der Bundesrepublik, vor uns steht. Die Volksschule beruht heute auf einer Basis, die vor Jahrzehnten gelegt worden ist, die nicht dem Rechnung trägt, wie die gesellschaftliche und wirtschaftliche Entwicklung bis heute vor sich gegangen ist. Das heißt, wir werden gezwungen sein, äußerliche Veränderungen im Rahmen der uns aufgegebenen verfassungsrechtlichen Bestimmungen bzw. der uns zur

Verfügung stehenden gesetzlichen Möglichkeiten vorzunehmen. Es wird insbesondere Aufgabe des Kultusministeriums sein, in Zusammenarbeit mit den Verbänden und der Volksschullehrerschaft, eine innere Reform der Volksschule durchzuführen, um sie zu verbessern.

Wir sollten auch ganz deutlich sehen, daß der Gesamtcharakter der Volksschule sich durch die völlig veränderte Gesellschaft, in der wir heute leben, im Vergleich zu der vor 50 oder 60 Jahren geändert hat. Damals stellte die Familie einen noch viel entscheidenderen Erziehungsfaktor dar, als das heute weitgehend der Fall ist. Wir sehen ganz deutlich, daß die heutige Gesellschaft der Volksschule auf dem Erziehungssektor Aufgaben zuschiebt, die vor Jahrzehnten von der Volksschule in diesem Maße nicht erfüllt werden mußten. Das heißt, die Gesamtaufgabe des Volksschullehrers oder der Schule selbst ist erheblich schwieriger geworden als vor Jahrzehnten. Wir müssen diese Tatsache sehen und ihr Rechnung tragen, indem wir versuchen, aus der schwierigen Situation heute die Konsequenzen zu ziehen und Veränderungen auch in der Lehrerbildung vorzunehmen. Wenn die Situation in der Volksschule schwieriger geworden ist, dann muß mit einer verbesserten Ausbildung dem Problem zu Leibe gerückt werden.

(Beifall bei der CDU.)

Verbesserte Ausbildung der Volksschullehrer heißt - ich glaube, das ist seitens der Landesregierung, des Kultusministers und der CDU-Fraktion oft genug betont worden -: hochschulmäßige Ausbildung.

(Heiterkeit bei der SPD.)

- Wir sollten das ganz nüchtern sehen, und ich verstehe Ihr Gelächter nicht.

(Zurufe bei der SPD: Doch, doch! - Abg. Fuchs: Weil die Erkenntnis viel zu spät kommt, Herr Kollege Schwarz! Sie müssen sich eilen, daß Sie den Anschluß kriegen!)

- Das ist doch etwas, was die Landesregierung und die Christlich-Demokratische Union in diesem Hause bisher praktiziert hat.

(Abg. Dr. Kohl: Jawohl! - Beifall bei der CDU.)

Ich komme nachher noch einmal auf die Sozialdemokratische Partei speziell zurück.

(Abg. Dr. Kohl [zur SPD gewandt]: Seit 15 Jahren kommen Sie zu spät! - Abg. Fuchs: Sie nehmen uns nicht übel, wenn wir wenigstens neun Monate noch zurückdenken!)

- Tue ich ja gar nicht, ich nehme Ihnen gar nichts übel, Herr Kollege Fuchs.

(Abg. Dr. Kohl: Sie müssen 15 Jahre zurückdenken!)

Eines müssen wir ganz klar sehen: Hochschulmäßige Ausbildung heißt: Hochschulreife. Das ist das Problem, das wir zu beachten haben, wenn wir von der Beseitigung des Lehrermangels sprechen.

Ich bitte gerade die sozialdemokratische Fraktion dieses Hauses, jetzt aufmerksam zuzuhören.

(Abg. König: Das machen wir immer! - Heiterkeit im Hause.)

- Sehr nett, Herr König! Ich danke Ihnen.

Ich meine, wir sollten uns über eines im klaren sein. Wir müssen ganz nüchtern die Fakten sehen, die sich aus der Situation unseres Volkes - nicht nur in Rheinland-Pfalz, sondern überhaupt in der Bundesrepublik - für uns ergeben.

(Schwartz)

Es steht fest, daß wir im Augenblick - seit 1961 bis zum Jahre 1965 - verminderte Abiturientenzahlen aus unseren Gymnasien erhalten. Das ist ein Tatbestand, der von keiner politischen oder sonstigen Gruppe hinwegdiskutiert werden kann; das ist einfach die Konsequenz des Krieges und der Nachkriegszeit. Es steht darüber hinaus fest, daß außer der Volksschullehrerschaft auch noch andere für unsere Gesellschaft dringend notwendige Berufe des Abiturienten bedürfen, und das ebenfalls in verstärktem Ausmaße. Dennoch müssen wir in dieser Situation, in der wir zahlenmäßig genau wissen, was - auf Grund einer Entwicklung, die weder von der Landesregierung hier in Rheinland-Pfalz noch von einer Landesregierung in einem anderen Bundesland, weder von einer Partei in diesem Hohen Hause noch von einer Partei in einem anderen Hohen Hause der Bundesrepublik zu verantworten ist - auf uns zukommt, versuchen, mehr junge Menschen zur Pädagogischen Hochschule zu bringen, - ein Problem, das, so dargestellt, fast unlösbar erscheint; und wir sollten das auch ganz nüchtern und klar aussprechen.

Es ist überflüssig, hier im einzelnen die Gründe aufzuzeigen, die zum Lehrermangel geführt haben. Eine Bemerkung nur: Die Dezimierung der heute tätigen Schicht des männlichen Geschlechts durch die Kriegszeit ist gerade im Volksschulbereich, überhaupt im pädagogischen Bereich sehr stark und hier noch viel stärker spürbar als etwa in der Industrie, wo über maschinelle Hilfen das eine oder andere doch aufgefangen werden konnte. Das ist die Situation, meine sehr verehrten Damen und Herren, vor der wir stehen.

Ich glaube, daß, wenn wir an der hochschulmäßigen Ausbildung in die Zukunft hinein festhalten - und dies sollten wir tatsächlich tun -, wir dann auch überlegen müssen: Wie können wir auch die Pädagogische Hochschule selbst, die unserer Vorstellung nach immer eine Hochschule eigener Art sein wird, attraktiver machen für junge Menschen, die bereit sind, sich hier für den Lehrerberuf ausbilden zu lassen?

Die CDU wird prüfen und kann sich vorstellen, daß bei einer entsprechenden Studentenzahl, bei einer entsprechenden Größe des Dozentenkollegiums und bei einer entsprechenden wissenschaftlichen Qualifikation der Dozenten an den Pädagogischen Hochschulen die Frage der Rektoratsverfassung auch für die Pädagogischen Hochschulen ebenfalls in diesem Hohen Hause diskutiert werden kann.

(Beifall bei der CDU.)

Wir sagen das bewußt in diesem Augenblick, um nochmals zu unterstreichen, daß die Christlich-Demokratische Union Rheinland-Pfalz an der hochschulmäßigen Ausbildung des Volksschullehrers festhalten will; und ich sage das jetzt, nachdem ich vorher darauf hingewiesen zu haben glaube, vor welchem Problem wir heute stehen. Wir stehen in einer Mangelsituation auch bezüglich des Nachwuchses an den Pädagogischen Hochschulen - ein Problem, das zunächst nicht lösbar erscheint.

(Unruhe und Widerspruch bei der SPD.)

Deshalb fragen wir die Landesregierung: Wie sieht es im Augenblick, konkret mit Zahlen belegt, im Lande Rheinland-Pfalz aus? Wie wird es nach den Ermittlungen der Landesregierung im Jahre 1970 aussehen, weil durch geburtenstarke Jahrgänge, durch Verminderung der Klassenfrequenzen, durch das neunte Schuljahr und durch den Ausbau der Oberstufe unserer Volksschule erhebliche zusätzliche Belastungen erwachsen?

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Wenn wir nun davon ausgehen, was ich einleitend sagte, daß wir eine von niemandem in diesem Hause zu verantwortende Verringerung der Abiturientenzahl auf uns zukommen sehen und andererseits wissen, daß wir uns einem stärkeren Bedarf gegenübersehen, kann es gar keine Frage sein, daß, wer wirklich den Lehrermangel beseitigen will, ja sagen muß zu Sondermaßnahmen, um des Problems Herr zu werden.

Eine Bemerkung vorweg: Die christlich-demokratische Fraktion dieses Hauses hat sich gestern erneut dagegen ausgesprochen, den „pädagogischen Volkssturm“ zu mobilisieren. Wir halten an unserer Auffassung fest, weil wir glauben, daß diese Teilerfolge, die möglicherweise zu erzielen sind, keine endgültige Lösung bringen.

(Beifall bei der CDU.)

Wir sind aber der Meinung, daß Sondermaßnahmen notwendig sind - immer unter Berücksichtigung dessen, was ich vorher gesagt habe. Wir sagen deshalb zu den vom Kultusministerium in der Vergangenheit eingeleiteten Sondermaßnahmen ja. Wir sagen insbesondere ja zum Zweiten Bildungsweg, wie er im Speyerer Institut praktiziert worden ist, und wünschen und hoffen, daß in absehbarer Zeit ein weiteres Institut des Zweiten Bildungsweges im Nordteil des Landes Rheinland-Pfalz errichtet wird. Wir sagen ebenso ja zu den Sonderklassen an den Gymnasien als Zubringer zu den Pädagogischen Hochschulen und haben auch den Eindruck, daß die fünfjährigen Aufbauzüge, die in Daun und Speyer eingerichtet worden sind, eine Möglichkeit bieten, mitzuhelfen, den Lehrermangel zu beseitigen.

Damit sind wir bei einem weiteren Problem, dem Problem der Fakultätsreife. Ich betone noch einmal: wir sagen ja zur hochschulmäßigen Ausbildung; wir sagen ja zum Abitur. Nur wissen wir, daß das Vollabitur, die volle Hochschulreife allein nicht ausreicht, unseres Problems Herr zu werden. Ich glaube, entscheidend ist, daß wir die Fakultätsreife einmal in das rechte Licht setzen. Wir sollten hier sehen, daß auch an der wissenschaftlichen Hochschule, der allgemeinen Universität, heute eine Anzahl von Studenten mit Fakultätsreife sind und daß es keine Abwertung der Pädagogischen Hochschule bedeutet, wenn aus der besonderen Situation, in der wir uns heute befinden, die Fakultätsreife den Zugang zur Pädagogischen Hochschule mit eröffnet. Ich sage das ganz besonders in Richtung auf die maßgebenden Verbände: sie mögen doch ernsthaft das Gesamtproblem prüfen und abwägen, wieweit Widerstand um jeden Preis zu dieser oder jener Maßnahme von der Sache her vertretbar ist, weil wir diese gemeinsam behandeln müssen.

Neben diesen langfristigen Sondermaßnahmen können wir uns vorstellen - ich möchte die Landesregierung fragen, wie sie dazu steht -, daß kurzfristige Entlastungen möglich sind. Wir haben in einem Land den Technischen Lehrer auf sehr breiter Basis eingeführt. Auch das braucht natürlich wieder seine Zeit. Und dennoch lassen Sie mich an einem Beispiel sagen, was uns mit verschwebt.

Wir haben in unserem Lande einen sehr prominenten Sportler gehabt, der eine normale handwerkliche Berufsausbildung erfahren, es im Turnen zu großen Leistungen gebracht, die Sportschule besucht und nach einem Jahr mit Erfolg absolviert hat. Wir können uns vorstellen, daß solche Leute nach Absolvierung eines Sonderkurses an den Pädagogischen Hochschulen in der Lage wären, im Sport Unterricht zu erteilen, ja sogar

(Schwarz)

besser dazu in der Lage wären, als es der eine oder andere Volksschullehrer allein von der körperlichen Konstitution her vermag.

(Heiterkeit und vereinzelter Beifall im Hause.)

Wir halten es auch für denkbar, daß etwa Leute, die die Musikhochschule besucht und heute als Organisten, als Musiker einen hohen Ruf haben, ebenfalls nach Besuch eines entsprechenden Sonderkurses an den Pädagogischen Hochschulen durchaus befähigt wären, in dem ihnen zugeordneten Fach auch in der Volksschule, insbesondere an größeren Systemen, zu unterrichten; und wir glauben, daß gerade in den Städten an großen Systemen damit eine konkrete kurzfristige Entlastung zu erreichen sei.

(Beifall bei der CDU.)

Wir fragen die Landesregierung, ob sie bereit ist, solchen Überlegungen zu folgen, und ob sie bereit ist, auch auf diesem Wege mitzuhelfen, Möglichkeiten zu eröffnen, den Lehrermangel zu entspannen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Eine weitere Frage, die für uns eine Rolle spielt, ist: Wieweit sieht sich die Landesregierung in der Lage, für den Volksschullehrerberuf zu werben? Wir haben ja heute die Berufswerbung auf sehr breiter Basis; etwa bei der Bundesbahn. Alle diejenigen Kolleginnen und Kollegen, die mit der Bahn nach Mainz anreisen, sehen ja immer wieder entsprechende Werbeflakate auf dem Bahnhofsgelände aushängen: „Sicher bei der Bundesbahn“ oder ähnlich lautet ein solcher Slogan. Ich meine, daß der Beruf des Volksschullehrers von der Aufgabe her ein so schöner Beruf ist, daß hier sicherlich die Möglichkeit besteht, zusätzlich etwas zu tun, um tatsächlich noch den einen oder anderen für den Volksschullehrerberuf zu gewinnen und auch auf diese Weise weitere Zugänge zu unseren Pädagogischen Hochschulen - unter den Voraussetzungen, die ich vorher genannt habe - zu erreichen.

Ich meine auch, daß die Schulentwicklung im Lande Rheinland-Pfalz Anlaß dazu gibt, zu werben. Wenn ich mir überlege, wie viele schöne Schulen wir in Rheinland-Pfalz gebaut haben, kann ich mir vorstellen, daß es für den einen oder anderen jungen Menschen eine angenehme Aufgabe ist, einen solchen Arbeitsplatz zu haben, um dort die Aufgabe zu erfüllen, die in der Volksschule als Erziehungsaufgabe notwendig ist.

Meine Damen und Herren, insbesondere die Herren von der SPD, lassen Sie mich zusammenfassen!

(Unruhe bei der SPD. - Abg. Fuchs: Na, na! - Zurufe von der SPD: Wir haben auch Damen!)

- Entschuldigung, meine Damen und Herren von der SPD. Die Mangelsituation im Lehrerberuf läßt Möglichkeiten zu politischen Spekulationen offen.

(Abg. Fuchs: Das merkt man bei Ihnen, Herr Kollege!)

- Herr Kollege Fuchs, so sollte man das nicht sagen. Nehmen Sie mir doch ab, daß ich hier soviel - -

(Abg. Fuchs: Sie haben doch uns angesprochen!)

- Moment, ich sprach nur von der Möglichkeit.

(Abg. Fuchs: So habe ich Sie auch verstanden: „von der Möglichkeit“!)

Interessant ist, daß die Grenze in diesen Fragen heute in der Bundesrepublik nicht mehr zwischen der CDU,

der SPD oder der FDP verläuft, sondern eigentlich zwischen Regierung und Opposition je nach der Position in den verschiedenen Ländern.

(Abg. Fuchs: Das ist ein Irrtum! - Abg. Dr. Kohl: Genauso ist es!)

Ich glaube, daß es so ist; denn manche Maßnahmen, die im Nachbarlande Hessen vom dortigen Kultusminister durchgeführt worden sind, sind von meiner Partei im hessischen Landtag sehr heftig kritisiert worden.

(Abg. Dr. Kohl: Und von den Lehrerverbänden!)

- Auch von den Lehrerverbänden!

Ich bin überzeugt, wenn der Kultusminister Dr. Orth sie angefaßt hätte, hätten wir das ähnliche Bild in diesem Hause gehabt, daß Sie sie kritisiert und wir - mit umgekehrten Vorzeichen - zu unserem Kultusminister gestanden hätten, und zwar nicht als CDU und SPD, sondern als Regierung und Opposition.

(Abg. Dr. Skopp: Aber Herr Schwarz, das ist doch keine Glaubenssache. Sie sagten: „Ich glaube“ - Heiterkeit bei der SPD.)

- Herr Kollege Dr. Skopp, ich werde in Zukunft einmal ganz aufmerksam darauf achten, wie oft Sie in Ihrem Leben „Ich glaube“ sagen, ohne von einer Glaubenssache zu sprechen.

(Abg. Dr. Skopp: Wollen wir nicht die Probe aufs Exempel machen?)

Ich meine nur, daß wir gerade an diesem Punkt doch der Versuchung nicht erliegen sollten, zu polemisieren.

(Zuruf von der CDU [zur SPD-Fraktion]: Hängen Sie sich doch nicht auf! - Abg. Haehser: Wir hängen uns nicht auf! - Abg. Fuchs: Das stimmt! - Abg. Haehser: Ihre Argumentation steht auf schwachen Füßen! - Abg. Dr. Kohl [zum Abg. Haehser gewandt]: Ihre Zwischenrufe stehen auch auf schwachen Füßen!)

Meine Damen und Herren! In diesem Hohen Hause stehen wir vor einer Aufgabe, die eine gemeinsame Verpflichtung ist für alle, die sich für die künftige Entwicklung der Schulen in unserem Lande verantwortlich fühlen.

(Beifall der Regierungsparteien.)

Wenn wir von Gemeinsamkeit reden, dann sollten wir es gerade an einem Punkt tun, wo die Gemeinsamkeit dringend erforderlich ist, und nicht im Gegenteil versuchen, Forderungen zu erheben, die von der Sache her nicht erfüllbar sind.

(Unruhe bei der SPD.)

Wir sollten uns befeißigen, in dieser Frage die Dinge sachlich, ruhig und nüchtern zu sehen und auf jede Polemik verzichten; denn dazu sind die Aufgaben zu ernst.

Ich meine, daß unsere Zukunft in den Schulen - insbesondere in der Volksschule - entschieden wird und es deshalb die Aufgabe aller ist, gemeinsam dafür zu sorgen, daß die Volksschule in unserem Lande auch in Zukunft eine gute Schule ist.

(Beifall der Regierungsparteien.)

**Präsident Van Volxem:**

Die Große Anfrage wird durch den Herrn Kultusminister beantwortet. Ich erteile ihm das Wort.

(Vizepräsident Piedmont übernimmt den Vorsitz.)

**Kultusminister Dr. Orth:**

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Die Landesregierung hat in den vergangenen Jahren sich sehr darum bemüht, dem großen Notstand des Lehrermangels entgegenzuwirken. Diese Bemühungen der Landesregierung waren vom Erfolg begleitet, und es ist gelungen, die Zahl der Bewerber für das Lehramt an Volksschulen wesentlich zu steigern. Daß wir dabei, Herr Kollege Schwarz, selbstverständlich auch Maßnahmen der Werbung ergriffen haben, brauche ich nicht besonders zu betonen. Aber jede Werbung scheitert, wenn der Wille des Angesprochenen nicht oder nur teilweise vorhanden ist. Wir müssen bei der Diskussion eines solchen Themas feststellen, daß in unserer Jugend die Bereitschaft, sich dem Lehrerberuf zuzuwenden, nicht mehr in dem Maße besteht, wie es früher der Fall war. Wir ersehen das am besten daraus, daß sich heute dem Lehrerberuf viel mehr die weibliche Jugend zuwendet als die männliche, die sich heute mehr und mehr auf technischen oder naturwissenschaftlichen Voraussetzungen beruhenden Tätigkeiten zuwendet. Daran kann auch die beste Werbung nichts ändern.

Wir müssen es einmal feststellen und zur Ehre des Lehrerberufes sagen: Der Lehrerberuf gehört zu den dienenden Berufen, und gerade diese Berufe sind heute nicht besonders gefragt.

Der Lehrermangel ist für das gesamte Schulwesen im Bundesgebiet - wir dürfen dabei von den Stadtstaaten Berlin und Hamburg mit ihren gesondert gearteten Verhältnissen absehen - eine bedrückende Tatsache. Die Kultusministerkonferenz stellt in ihrem bekannten Bericht vom 14. Februar 1963 fest, daß der Lehrermangel alle Schulgattungen und alle Länder trifft, wenn auch in unterschiedlicher Härte.

Aus dem damals erstellten Bericht der Kultusminister ergibt sich klar und eindeutig,

erstens, daß es sich bei dem Lehrermangel um keine vorübergehende Nachwuchskrise handelt, daß dieser Mangel in die Jahre der nationalsozialistischen Herrschaft zurückgeht - ich erinnere an die damalige Hilfslehreraktion - und, Herr Kollege Schwarz hat es eben schon angedeutet, durch hohe Menschenverluste während des vergangenen Weltkrieges verstärkt wurde. Er besteht somit nicht nur heute, sondern reicht in die Zukunft hinein.

Zweitens ergibt sich daraus, daß der Lehrermangel deshalb nicht allein mit kurzfristigen Einzelmaßnahmen, sondern auf die Dauer nur mit langfristigen Maßnahmen gesteuert werden kann.

Drittens stellen wir mit größter Sorge fest, daß der Lehrermangel die notwendige Entwicklung der inneren Reform der Schule verhindert oder mindestens außerordentlich erschwert.

Ich darf, um das Bild vollständig zu machen, kurz auf die Personallage der einzelnen Schulgattungen in unserem Lande einmal eingehen. Erfreulicherweise am wenigsten ist vom Lehrermangel die höhere Schule betroffen. Allerdings befindet auch sie sich in einer sehr angespannten Situation. Wir haben an den höheren Schulen in unserem Lande die Klassenmeßzahl 40 für die Unterstufe, 40 für die Mittelstufe und 30 für die Oberstufe. Wir streben aber an - und ich möchte

ausdrücklich sagen, wir müssen es anstreben, um einen ersprießlichen Unterricht zum Wohle unserer Jugend an den höheren Schulen sicherzustellen - die Meßzahlen 40 für die Unterstufe, 35 für die Mittelstufe und nur 25 für die Oberstufe. Hierfür wären an den höheren Schulen 450 Lehrer zusätzlich notwendig. Wir konnten erfreulicherweise im Etat für das Jahr 1964 knapp ein Viertel dieser Lehrer, und zwar 95 Mehrstellen für Philologen, an den Schulen einsetzen. Mehr Bewerber standen uns für das kommende Jahr nicht zur Verfügung.

Meine Damen und Herren! Dabei müssen wir berücksichtigen, daß der von uns angestrebte und an und für sich erfreuliche Zugang zu den höheren Schulen den Lehrermangel wiederum verschärft. Hinzu kommt, daß wir den höheren Schulen eine Reihe von zusätzlichen Aufgaben übertragen haben, auf die ich nachher noch im einzelnen zu sprechen komme.

Insgesamt hoffen wir zuversichtlich, daß die Nachwuchssorgen bei den höheren Schulen in einigen Jahren bewältigt werden können oder mindestens die Härte und die Belastung, die sie heute darstellen, verloren haben werden.

Auch bei der Realschule können wir zur Zeit von einem beunruhigenden Lehrermangel nicht sprechen, wenngleich auch hier der Bedarf nur knapp befriedigt werden konnte und nicht alle offenen Stellen bei den Realschulen besetzt sind. Hier macht sich vor allem aber mehr der Mangel für einzelne Fächer bemerkbar, zum Beispiel für Mathematik, für Naturwissenschaften oder für die musischen Fächer. Wir können jährlich, meine Damen und Herren, mit rund 80 bis 100 Kandidaten für die Realschullehrerprüfung rechnen. Von diesen kommen etwa die Hälfte aus dem Volksschullehrerdienst, ein erfreulich hoher Prozentsatz - wir wollen das hier einmal feststellen -, und die andere Hälfte sind Kandidaten mit Universitätsstudium.

Wir haben berechtigten Grund zur Annahme, daß wir in der Realschule zurechtkommen müßten, wenn nicht eine größere Zahl der aus anderen Ländern hier in Mainz Studierenden, die Realschullehrer werden wollen, uns abwandert. Es erweist sich deswegen als notwendig, die vorhandenen Plätze für das Realschulpraktikum während des zweisemestrigen pädagogischen Studiums - also nachdem sechs Semester Fachstudium abgeleistet sind - in erster Linie solchen Bewerbern zuzuweisen, die sich bereit erklären, wenigstens bis zur oder, noch besser, auch nach der zweiten Lehrprüfung im Realschullehrerdienst unseres Landes zu bleiben. So hoffen wir, daß für die Zukunft in einer Periode des Ausbaues des Realschulwesens - das müssen wir bedenken - der steigende Bedarf an Realschullehrern hinreichend gedeckt werden kann.

Sorgenvoller, besonders für die kommenden Jahre, gestaltet sich die Personallage an den Berufsschulen. Der Mangel zeigt sich schon jetzt. Infolge der stark ansteigenden Zahl der Berufsschüler - die geburtenstarken Jahrgänge kommen ja in den nächsten Jahren zur Berufsschule - werden wir bis zum Jahre 1970 die gleiche Zahl an Berufsschullehrern mehr nötig haben, als zur Zeit in unseren Diensten stehen. Bis 1970 werden etwa 500 abgehende Berufsschullehrer ersetzt werden müssen, und wegen der steigenden Schülerzahl wird zusätzlich fast die gleiche Zahl an Lehrern, also wiederum 500, notwendig sein. Rechnen wir hinzu, daß sich nach der Übergabe der meisten Berufsschulen aus der kommunalen Hand auf das Land uns die Kommunen bei der Übergabe ihrer Berufsschulen einen Fehlbestand von rund 250 Lehrern gebracht haben, so sind

(Kultusminister Dr Orth)

also bis zum Jahre 1970 rund 1250 Berufsschullehrer zusätzlich für das Berufsschulwesen im Lande Rheinland-Pfalz erforderlich.

Meine Damen und Herren, das ist eine ganz große Sorge, die wir mit dem neuen Berufsschulgesetz nun ganz allein auf die Schultern des Landes übernommen haben. Die Landesregierung prüft zur Zeit, ob nicht eigene Einrichtungen, die uns ja im Augenblick noch fehlen, zur Ausbildung von Berufsschullehrern in unserem Lande oder vielleicht auch gemeinsam mit einem unserer Nachbarländer neu geschaffen und errichtet werden müssen.

(Beifall bei der CDU.)

Für die Volksschulen, und damit komme ich nunmehr zum eigentlichen Anliegen der Anfrage, ist der Lehrermangel so belastend, daß hier in jeder möglichen Form rasche Abhilfe geschaffen werden muß. Ich bin deshalb froh, daß ich Ihnen diese Sorge hier in dieser Stunde einmal ausführlich und damit vor aller Öffentlichkeit darlegen darf.

Trotz rapiden und beträchtlichen Anstiegens der Zahl der Anmeldungen zu den Pädagogischen Hochschulen, vor ein paar Jahren waren es noch 350 im Jahr, auf rund 850 - im letzten Jahr waren die Anmeldungen sogar auf 1042 gestiegen; das sind 25 v. H. der Abiturienten unserer höheren Schulen und der Absolventinnen der Frauenoberschulen -, reicht diese hohe Zahl nicht aus, den Bedarf zu decken, der als Ersatz für die aus dem Dienst ausgeschiedenen Lehrkräfte und zusätzlich für die stark ansteigende Schülerzahl notwendig ist. Sie reicht aber schon gar nicht, die dringend notwendige innere Reform der Volksschule, den Ausbau der Volksschul-Oberstufe, in Angriff zu nehmen, obwohl wir im Kultusministerium hierfür bereits genügend Vorarbeiten geleistet haben und heute schon sagen dürfen, daß wir mit unseren Erfahrungen auch in die Praxis steigen können.

Alle Länder bemühen sich, dem Lehrermangel durch Notmaßnahmen zu steuern. Man sieht die Notwendigkeit dringender und sofortiger Hilfe, und man sucht Wege. Wir in unserem Lande wollen, das darf ich hier noch einmal sagen, die hochschulmäßige Lehrerbildung unter keinen Umständen beeinträchtigen. Ich komme nachher darauf noch zu sprechen. Also, wir bemühen uns alle, eine hinreichende Zahl gut ausgebildeter Lehrer zu gewinnen. Um die Vereinigung dieser Forderungen auf der einen Seite nach Qualität und auf der anderen Seite nach Quantität geht es in der öffentlichen sachlichen Diskussion, vor der wir auch in diesem Augenblick stehen. Allenthalben in den Ländern haben vor allem die Lehrerverbände maßgeblichen Anteil an der Diskussion genommen. Sie haben sich stets besonders deutlich gegen Maßnahmen gestellt, die in einigen Bundesländern geplant oder durchgeführt wurden, und zwar mit dem Hinweis, daß die hochschulmäßige Lehrerbildung in Gefahr gerate. Ich selbst sehe mich veranlaßt, hier dem Hohen Hause noch einmal eindeutig zu sagen: Die hochschulmäßige Lehrerbildung soll und darf in unserem Lande nicht angetastet werden!

(Beifall bei der CDU.)

Wir haben uns mit Überzeugung dazu bekannt, und wir werden auch dabei bleiben. Wenngleich wir ohne kurzfristige und langfristige Notmaßnahmen dem Notstand nicht wirksam begegnen können, so darf doch die hochschulmäßige Lehrerbildung keine Beeinträchtigung erleiden. Das sollte oberster und leitender Grundsatz sein, auch wenn außerordentliche Maßnahmen nicht vermeidbar sein sollten. Der Lehrermangel

besteht - wie schon erwähnt - in allen Ländern und auch in den Ländern, deren Lehrerbildung uns immer wieder als besonders mustergültig dargestellt wurde. Das ist eine erwiesene Tatsache. Man hat in einem Land wegen des Lehrermangels und um andere unvermeidbare Reformen durchführen zu können, sogar kurze Zeit erwogen, Lehrer für die Grundschule nicht an einer Hochschule, wie seither, auszubilden. Man trug sich ernsthaft mit dem Gedanken, hierbei von der Mittleren Reife von einer Fakultätsreife oder von dem Absolutorium auszugehen.

Unser Ministerium stand einer solchen Maßnahme von Anfang an ablehnend gegenüber. Dies sowohl wegen des Ansehens des Lehrerstandes selbst als auch, weil das Kind in den ersten vier Jahren der Volksschule ebenso des guten Lehrers bedarf wie die Kinder der oberen Volksschulklassen. Auch in unserem Lande hat die Lehrerschaft an den Maßnahmen, die wir im Kultusministerium eingeleitet haben, Kritik geübt. Ich habe anerkannt, daß es in Wahrung berechtigter Interessen geschehen ist, und ich habe auch diese Kritik nicht übel genommen. Die Lehrerschaft hat meine Bemühungen um die Einrichtung des Zweiten Bildungsweges mit seinen Förderkursen in Speyer beanstandet. Sie hat auch die Einrichtung der Oberstufenklassen an den Gymnasien nicht gutgeheißen. Die Lehrerschaft sieht in diesen Maßnahmen eine Beeinträchtigung der hochschulmäßigen Lehrerbildung, weil diese Ausbildung eben nicht das volle Abitur, sondern, wie schon gesagt wurde, eine Fakultätsreife mit der Berechtigung zum Besuch der Pädagogischen Hochschule vermitteln. Die Lehrerschaft hat ein uneingeschränktes Abitur verlangt, also die universale und volle Hochschulreife für die Aufnahme des Studiums an einer Pädagogischen Hochschule. Dazu, meine Damen und Herren, lassen Sie mich folgendes sagen: Daß der - unbestritten in allen Bundesländern - bestehende Lehrermangel endlich beseitigt werden muß, ist inzwischen zur einhelligen Meinung in der Öffentlichkeit geworden. Daß es dabei nicht ohne Notmaßnahmen geht, ist nicht minder geschlossene Ansicht aller für die Schule und Erziehung verantwortlichen Stellen.

Der Lehrermangel verhindert - ich habe es eben schon dargelegt - den notwendigen Ausbau der Volksschule. Er verhindert aber auch, das Arbeitsmaß des Lehrers auf ein zuträgliches zu senken; nach meiner Meinung ein Anspruch der Lehrer, dem man auch Rechnung tragen müßte.

Es weiß doch jeder, daß für eine rechte Ordnung an der Volksschule und für den Aufbau der Volksschule zu einer zeitgemäßen und zeitgerechten Form so viel Lehrer notwendig sind, daß sie heute nicht allein über das Abitur der höheren Schule zur Pädagogischen Hochschule gelangen können. Hieran - das möchte ich mit aller Klarheit sagen - vermag die Anerkennung einer besten Wissensvermittlung, zu der ich stehe, einer Wissensvermittlung an den Pädagogischen Hochschulen, nichts zu ändern, weil die Zahl der Abiturienten erst im Laufe vieler Jahre und nur langsam und allmählich vermehrt werden kann.

Wir müssen in allen Bundesländern feststellen, daß die Zahl der Abiturienten, um alle akademischen Berufe einschließlich dem des Volksschullehrers zu decken, bei weitem nicht ausreicht. Zwar wird der fortgesetzte Ausbau der höheren Schule und deren innere Reform die Abiturientenzahl ansteigen lassen, sie wird in den nächsten Jahren aber in keinem Land und in keinem Falle ausreichen, um genügend - wie ich vorhin schon sagte - mit dem vollen Abitur ausgestattete Bewerber an den Pädagogischen Hochschulen zum Studium zu



(Kultusminister Dr. Orth)

bringen. Die Behebung der Notlage in der Volksschule, die im gebotenen Interesse des Volksschulkindes, aber auch im Interesse der Eltern und im öffentlichen Interesse dringend notwendig ist, darf nicht weiter aufgeschoben werden, sondern es müssen nach meiner Meinung Wege gefunden werden, die sich möglichst sofort oder in überschaubarer Zeit realisieren lassen und erfolgversprechende Maßnahmen sein sollen.

Wir haben überdies eindeutig festgestellt, daß wir in Rheinland-Pfalz jahrelang bei der Zulassung von Nichtabiturienten sehr zurückhaltend gewesen sind. Das wurde uns von den Lehrerverbänden immer wieder anerkannt. Wir waren viel zurückhaltender, als es mancherorts sonst geschehen ist. Und dies hätte man - so habe ich geglaubt - auch einmal anerkennen dürfen; aber ich will auch darüber nicht weiter rechten. Gewiß trifft es zu, daß wir in den Abschlußprüfungen im Speyerer Institut und in den besonderen Oberstufenklassen der Gymnasien und in den besonderen Aufbauzügen bei unseren Aufbaugymnasien - hier handelt es sich um einen erst im vergangenen Jahr angelaufenen Versuch - nicht die volle Hochschulreife zuerkennen. Die Einschränkung auf die Zulassung zur Pädagogischen Hochschule schlen uns wirklich in Anbetracht der besonderen Notlage der Volksschule gerechtfertigt und verantwortbar. Ich bin der Ansicht, daß dieser Weg für die hochschulmäßige Lehrerbildung bei nun nicht einmal vermeidbaren Sondermaßnahmen zuträglich ist, als manche in anderen Bundesländern geübte und zahlenmäßig sicher einträglichere Maßnahmen. Ich meine hiermit jene Schnellkurse, bei denen Hausfrauen zu Hilfslehrerinnen ausgebildet wurden, Maßnahmen, die Sie sicher ja alle aus der Presse kennen.

Das Zeugnis unserer Sondereinrichtungen ist eine Analogie zur Fakultätsreife, gegen die schon längst niemand mehr etwas einwendet. Wenn es sich auch in anderen Berufssparten nicht nur als notwendig, sondern sogar als zuträglich erwiesen hat, und wenn die Universitäten keine Beeinträchtigung ihres Ansehens darin sehen, eine Fakultätsreife für ein Fachstudium anzuerkennen, dann ist nach meiner Meinung nicht einzusehen, warum das gleiche nicht auch für das Studium für den Lehrerberuf möglich sein sollte und warum die von mir eingeleiteten Maßnahmen das Ansehen der Pädagogischen Hochschule beeinträchtigen sollten.

(Beifall bei der CDU.)

Mein Hinweis auf die Fakultätsreife, den ich eben gebracht habe - lassen Sie mich das verdeutlichen -, bezieht sich zum Beispiel auf das Studium der Betriebswissenschaft, der Nationalökonomie, auf das Studium an den Technischen Hochschulen,

(Abg. Dr. Kohl: Und der Chemie!)

- Ja, auch für die Chemie. - so daß also das Studium an allen Universitäten und Hochschulen mit Fakultätsreife möglich ist. Von einer Beeinträchtigung des Ansehens der Pädagogischen Hochschule, so meine ich, kann schon deshalb nicht gesprochen werden, wenn man bedenkt, daß hier der Eintritt in eine Pädagogische Hochschule nach einem sorgfältig überlegten und sorgfältig geordneten Ausbildungsweg, also nach gründlicher, wenn allerdings auch spezifizierter Vorbereitung auf das Studium möglich gemacht wird.

Die Wege, die wir beschritten haben, sind sorgfältig geprüft. Sie vermitteln die Bildung und das Wissen, die Voraussetzung für die Aufnahme des Studiums an einer Pädagogischen Hochschule sind. Meine Damen und Herren, wir stellen mit Befriedigung fest, daß sich die Absolventen aller genannten Sondervorbereitungskurse auf den Pädagogischen Hochschulen durchaus be-

währt haben. Zur Zeit sind 81 Absolventen aus Speyer und 166 Absolventen der besonderen Oberstufenklassen an unseren Pädagogischen Hochschulen, aus beiden Sparten zusammen also rund 250 Studenten, eingeschrieben. Sicherlich - das gebe ich zu -, auf die Not der Volksschule hin gesehen, ist das noch keine allzu-große Zahl, sondern eine erst sich abzeichnende und beginnende Hilfe. Es ist eine Maßnahme - lassen Sie mich es noch einmal sagen -, die die hochschulmäßige Lehrerbildung nicht beeinträchtigt. Ungeachtet aller ungünstigen Prognosen ist die Zahl der Meldungen an den Pädagogischen Hochschulen in den letzten Jahren trotz der Debatte um diese Notmaßnahmen und trotz schlechter Voraussage nicht gesunken, sondern erheblich gestiegen.

(Abg. Dr. Kohl: Sehr gut!)

Die ständige Werbung für den Lehrerberuf, die Erweiterung von Neubauten für Schulen und Lehrerdienstwohnungen, eine sorgfältige Pflege der Lehrkörper und nicht zuletzt die Pflege des Lehrerstandes selbst haben das Studium attraktiver gemacht. Auch das, glaube ich, sollte man in dieser Stunde einmal sagen.

Es wird dem Hohen Hause sicherlich daran gelegen sein, insbesondere durch die entsprechenden Mittelbewilligungen für den äußeren und inneren Ausbau der Pädagogischen Hochschulen, diesen sichtbaren Erfolg auf dem beschrittenen Wege zu unterstützen und weiterhin voranzutreiben. Wir werden wahrscheinlich nachher bei der Frage der Pädagogenschulen auf dieses Thema noch einmal zurückkommen. Ich möchte die jetzt genannten Sondereinrichtungen unter keinen Umständen missen. Ich halte es für richtig, sie als eine erfolgreiche und langfristige Maßnahme zu pflegen und auszubauen. Zur Zeit sind 21 besondere Oberstufenklassen mit 565 Schülern an Gymnasien in neun Städten unseres Landes untergebracht. In diesen Klassen werden Schüler mit Mittlerer Reife oder mit Abschluß einer Berufsfachschule aufgenommen. Die meisten dieser Schüler kommen aus Realschulen. Mit dem Ausbau des Realschulwesens werden wir hier sicherlich einen weiteren Zugang zu verzeichnen haben.

Die Förderkurse in Speyer, an denen die Ausbildung in der Regel drei Jahre dauert, werden zur Zeit von 125 Schülern besucht. Der Unterricht ist, wie Sie wissen, unentgeltlich, ebenso die Unterbringung und Verpflegung im Heim. Es werden Ausbildungshilfen gezahlt und bei Verheirateten auch Familienunterstützung gewährt. Ich glaube, wir können uns mit dem Zweiten Bildungsweg, den wir jetzt in den kommenden Jahren wesentlich ausbauen wollen, auch gegenüber anderen Ländern sehen lassen. Ich habe in diesen Tagen vom Ministerium einen Herrn nach Hessen geschickt, um auch den Neubau des Hessen-Kollegs, das fast zur gleichen Zeit mit unserem ins Leben gerufen wurde, zu besichtigen. Wir haben auch Erfahrungen gesammelt bei der Besichtigung des Zweiten Bildungsweges in Oberhausen, der ja in der Bundesrepublik der erste und bahnbrechende gewesen ist.

Die Sonderaufbauschulen, die gut begabte Absolventen von Volksschulen, die Lehrer werden wollen, aufnehmen und in fünf Jahren zur Sonderreife für die Pädagogische Hochschule führen sollen, bestehen zunächst in Speyer und in Daun in der Eifel jeweils am Aufbaugymnasium. Es sind zur Zeit zwei Klassen mit 66 Schülern. Es ist aber erst ein Versuch, meine Damen und Herren, ich kann Ihnen über Erfolg oder Mißerfolg zur Zeit noch kein endgültiges Urteil abgeben. Alle diese Maßnahmen, die Förderkurse in Speyer, die besonderen Oberstufenklassen an den Gymnasien und

(Kultusminister Dr. Orth)

die Sonderaufbauschulen wurden der höheren Schule - damit komme ich zurück auf das, was ich vorhin sagte - zur Betreuung übertragen. Diese Tatsache hat die räumliche und personelle Situation an den höheren Schulen doch recht spürbar beeinflusst. So darf ich nunmehr, meine Damen und Herren, aus meinen Darlegungen das Fazit ziehen und zusammenfassend folgendes sagen:

Wenn die Fakten nun einmal in allen Ländern bewiesen haben, daß Bewerber von Gymnasien mit voller Hochschulreife nicht ausreichen, um den Bedarf an Volksschullehrern zu decken, wenn also demgemäß Sonder- und Notmaßnahmen ergriffen werden müssen, ist auch nach meiner Meinung nichts Abträglicheres für die Lehrerbildung an einer Maßnahme, die in anderen Berufssparten - ich darf sie noch einmal nennen: bei Diplom-Volkswirten, bei Diplom-Kaufleuten, Diplom-Ingenieuren, Chemikern - auch längst üblich und anerkannt ist. Daß dabei gleichzeitig - auch das möchte ich noch einmal betonen - die Achtung vor dem Lehrerstand und seiner hohen Aufgabe ein bedeutendes Gewicht zukommt, glaube ich, habe ich durch meine Darlegungen hinreichend bewiesen.

Die Volksschule hat gesellschaftlich, wirtschaftlich und politisch für das allgemeine Wohl eine zu hohe Aufgabe, meine ich, als daß wir es verantworten könnten, sie etwa über einem Streit wegen standespolitischer Zutraglichkeit oder Zulässigkeit von Hilfen, die wir der Volksschule und dem Volksschulkind geben müssen, stagnieren zu lassen. Das alles durfte ich einmal an Grundsätzlichem zur Antwort auf die Fragen, die an die Landesregierung gestellt wurden, voransetzen. So ergibt sich die Beantwortung der Fragen wie folgt:

1. Zunächst die kurzfristigen Maßnahmen, die wir eingeleitet haben:

a) Wir haben uns seit Jahren bemüht, möglichst viele Lehrer nach Erreichung der Altersgrenze im Dienst zu behalten. Zur Zeit sind es 100.

b) Ebenso haben wir versucht, Lehrerinnen, die aus dem Schuldienst wegen Heirat ausgeschieden waren, zur gegebenen Zeit dann, wenn sie es mit ihren Pflichten als Hausfrau vereinbaren konnten, für die Wiederaufnahme des Dienstes zu bewegen. Bisher haben wir 177 dieser Lehrerinnen für den Schuldienst wieder gewonnen.

c) Wir haben 61 landwirtschaftliche Berufsschullehrer, für die in der Berufsschule keine Beschäftigungsmöglichkeit mehr bestand, in Sonderkursen umgeschult und beschäftigen sie als Volksschullehrer.

d) Wir nehmen Sport-, Werk- und Gymnastiklehrer des freien Berufs, die zwar keine Lehrbefähigung für die Volksschule haben, aber in ihrem Beruf eine entsprechende Schule durchlaufen haben - es ist vorhin schon davon gesprochen worden, Sportschulen, Gymnastikschulen, Werkseminar - zur Beschäftigung in ihren Fächern in der Volksschule als Fachlehrer im Angestelltenverhältnis auf. Diese Maßnahme ist erst seit einigen Monaten angelaufen. Zur Zeit haben wir 20 dieser Hilfskräfte bei uns im Volksschuldienst tätig. Insgesamt macht die Zahl der Personen, die ich bisher für diese Maßnahmen genannt habe, 360 Lehrer in unserem Schuldienst aus.

2. Einige Maßnahmen sind seit längerer Zeit in meinem Hause geplant.

a) Wie im Lande Nordrhein-Westfalen soll durch die Änderung der Ruhensvorschriften nach § 169 des Landesbesoldungsgesetzes für die zur Pensionierung an-

stehenden Lehrer ein stärkerer Anreiz geschaffen werden, als Angestellte weiter im Dienst zu bleiben. Über diese Maßnahmen wird bei der Landesregierung beraten, und zwar dann, wenn von seiten des Bundes eine entsprechende Gesetzesvorlage vorliegt und damit der Herr Innenminister unseres Landes die Maßnahme auf ihre beamtenrechtliche Konsequenz erst überprüfen kann.

b) Es ist bei den zuständigen Ressorts der Landesregierung von mir angefragt worden, ob eine Regelung wie in Nordrhein-Westfalen möglich wäre, daß Lehrer bis zu fünf Stunden wöchentlich bezahlten nebenamtlichen Unterricht an der eigenen Schulform oder im eigenen Schulsystem erteilen können. Mit einer solchen Regelung hatte man zwar einen Anreiz für die Lehrer geschaffen, über die Pflichtstundenzahl hinaus Unterricht zu erteilen. Aber, meine Damen und Herren, eine nähere Prüfung dieser Frage hat gezeigt, daß eine zusätzliche Vergütung in bedenklichem Maße hergebrachte Grundsätze des Berufsbeamtentums berühren würden, die für die Gesamtentwicklung des Beamtenrechts von weittragender Bedeutung wären. Und deshalb kann darüber eine endgültige Entscheidung im Augenblick nach meiner Meinung noch nicht getroffen werden.

Nun sollten wir aber noch ein weiteres, glaube ich, zur Diskussion stellen. Zwei Länder der Bundesrepublik bilden in einjährigen Kursen Aushilfskräfte für den Volksschuldienst aus. Männer und Frauen im Alter von 32 bis 52 Jahren, die eine höhere Schule besucht haben oder eine abgeschlossene Ausbildung in ihrem Spezialberuf nachweisen, können sich melden. Die Ausbildung geschieht an jeweils zwei Tagen in der Woche. Es wird dann allerdings kein Abschlusszeugnis erteilt, auch keine Lehrbefähigung zugesprochen, sondern nach erfolgreicher Ausbildung werden diese Absolventen im Angestelltenverhältnis in der Volksschule beschäftigt und nach Gr. V b BAT bezahlt. Lehrpersonen dieser Art, die sich dann besonders bewähren, sollen später die Möglichkeit haben, an einer Pädagogischen Hochschule die Lehrbefähigung nachzuholen. Ich sagte vorhin schon: Wir sollten vielleicht einmal im Kulturpolitischen Ausschuß über eine solche Maßnahme, die Bedenken genug in sich trägt, diskutieren.

c) Auch wäre die Möglichkeit zu überlegen, ebenso wie es im Lande Hessen zur Zeit anläuft, Lehrkräfte für die Fächer Leibesübungen, Hauswirtschaft, Nadelarbeit, Bildnerische Erziehung und Werken, in einem besonderen Ausbildungslehrgang mit Lehrbefähigung für diese Fächer auszubilden. Es ist für unser Land errechnet - das muß ich Ihnen einmal sagen -, daß durch einen Einsatz solcher Fachlehrer an unseren mittleren und großen Schulen - für die kleinen eignet es sich ja nicht - ein Unterrichtsbedarf gedeckt werden kann, der insgesamt 200 Volksschullehrer, die heute mit dieser Aufgabe betraut sind, einsparen würde. Allerdings müßten dafür bei uns - wie ich vorhin schon sagte - ein entsprechendes Institut oder immerhin Ausbildungsmöglichkeiten mit entsprechender Ausstattung und entsprechenden Lehrkörpern neu errichtet werden. In Hessen ist vorgesehen, diese Ausbildung in vier Jahren nach der Mittleren Reife, also nicht nach Abitur oder Fakultätsreife durchzuführen. Sie schließt mit der sogenannten Ersten Fachprüfung für das Musisch-Technische Lehramt - so heißt die amtliche Bezeichnung - ab und berechtigt zum Unterricht an Volksschulen in den Fächern, die der Kandidat in seiner Ausbildung gewählt hat. Nach Ablegung der zweiten Lehrprüfung kann der Fachlehrer als Beamter in der Besoldungsgruppe A 9 angestellt werden.

Meine Damen und Herren! Ich habe ausdrücklich gesagt, daß ich diese Maßnahmen nur zur Diskussion

(Kultusminister Dr. Orth)

stellen möchte. Ich mache keinen Hehl daraus, bitte auch, aus meinen vorausgegangenen grundsätzlichen Ausführungen über Relation der Notmaßnahmen zum hochschulmäßigen Volksschullehrer zu entnehmen, daß ich mich nur schweren Herzens entschließen könnte, diesen Weg einer minderen Lehrerbildung zu gehen. Ich würde mich nur dazu entschließen können, wenn das Hohe Haus in dem Entschluß dem Lehrermangel sofort und mit allen Mitteln zu begegnen, zustimmen würde.

Schließlich darf ich Ihnen noch eine weitere Maßnahme vortragen. Mein Ministerium hat angeordnet, daß die Ausbildung von Volksschullehrerinnen für die Fächer Hauswirtschaft, Nadelarbeit, Leibesübung nunmehr an allen Pädagogischen Hochschulen unseres Landes, also nicht wie seither nur in Koblenz oder Worms, stattfinden soll. Bei allen Neu- und Erweiterungsbauten der Pädagogischen Hochschulen sollen die dafür notwendigen Einrichtungen eingeplant werden. Es hat sich gezeigt, daß es notwendig ist, die Fächerkombination, die bis dahin nach dem Besoldungsrecht auf die drei genannten Fächer festgelegt ist, in Zukunft elastischer zu gestalten, zum Beispiel durch Ersatz von Leibesübungen durch Musik.

Auch auf diesem Wege werden wir zusätzliche Lehrkräfte auf die Dauer in beachtlicher Zahl gewinnen können. Die Zahl der Studenten an unseren Pädagogischen Hochschulen soll auch dadurch weiter angehoben werden, daß Bewerber zum Studium über eine Begabtenprüfung zugelassen werden können, für die Mittlere Reife und eine abgeschlossene Berufsausbildung die Voraussetzungen sein sollen. Das Interesse, das wir bis jetzt schon gefunden haben für eine solche Prüfung, ist beachtlich. Und ich hoffe - so zeigt auch die Praxis in den anderen Ländern -, daß wir jährlich auf diesem Wege weitere 100 Studenten zusätzlich für unsere Pädagogischen Hochschulen gewinnen können. Nun zum Schluß, meine Damen und Herren! Um zu ermessen, wie weit der Kreis der Notmaßnahmen zu spannen ist - darüber müssen wir uns ja unterhalten -, um überschauen zu können, wie weit man gehen darf, um die Reihen der Lehrer in den Schulen einmal zugunsten der Ausbildung der Kinder, aber nicht minder auch zur Entlastung der stark angespannten Lehrerschaft aufzufüllen, darf ich Ihnen nunmehr eine Übersicht über den Personenstand und den Personalbedarf an unseren Volksschulen bekanntgeben.

Zur Zeit sind an den Volks- und Hilfsschulen unseres Landes 10 760 Lehrer tätig; im Jahre 1956 waren es rund 9 000. Wir haben also die Zahl um 1 760 Lehrer erhöhen können; das sind rund 20 v. H. Steigerung. Bei einer Klassenmeßzahl 40 - und das haben wir ja in unserem Volksschulgesetz festgelegt, daß wir diese Klassenmeßzahl anstreben müssen - sind weitere tausend Lehrer notwendig, während für die Einführung des neunten Schuljahres ebenfalls tausend Lehrer und zum Ausbau der Volksschuloberstufe noch einmal tausend Lehrer benötigt werden. Das wären also insgesamt rund 13 750 Lehrer. Das heißt, es fehlen, um alle Maßnahmen für die Zukunft zu erfüllen, rund 3 000 Lehrer. Und dazu kommen nunmehr für die steigende Schülerzahl in den nächsten Jahren bis etwa 1970 - denn wir nehmen an, daß die Geburtenzahl wahrscheinlich auch in den nächsten Jahren auf gleicher Höhe bleiben wird - noch einmal 650 Lehrer, so daß wir also alles in allem wohl 3 600 Lehrer zusätzlich benötigen und den Personalstand um diese Zahl vermehren müssen. Das bedeutet, wir brauchen ein Drittel mehr Lehrer, als wir im Augenblick zur Verfügung haben.

Es kann nicht bezweifelt werden, daß sich bei dem außerordentlichen Umfang des Lehrermangels eine all-

gemeine Beseitigung von heute auf morgen nicht ermöglichen lassen wird. Das ist auch in dem Bericht der Kultusministerkonferenz von allen Kultusministern für alle Länder zugegeben und der Öffentlichkeit in dieser Form vorgetragen worden. Wir müssen also deshalb sowohl die kurzfristigen Maßnahmen als auch die langfristigen Maßnahmen, die beide eine spürbare Linderung des derzeitigen Lehrermangels bringen sollen, nebeneinander erwägen.

Zum Abschluß darf ich noch folgendes sagen. Die Einführung des neunten Schuljahres und der zügige Ausbau der Volksschuloberstufe sind dringliche Anliegen. Und deshalb sollten Maßnahmen zur Deckung des Lehrerberarfs allseitige Zustimmung finden, wenn dadurch die notwendige Verbesserung in der Volksschule erreicht werden könnte.

Dieses wichtige und unerläßliche Ziel rechtfertigt es auch, Wege zu beschreiten, die zwar der gewohnten Ausbildung nicht voll entsprechen, die aber doch als vorübergehende, zeitlich begrenzte Maßnahmen den erforderlichen Bestand an Lehrern zu erbringen vermögen. Denn nur so kann die Volksschule in den Stand versetzt werden, die anzustrebende Leistungssteigerung sowie eine größere erzieherische Wirksamkeit für jetzt und für die Zukunft zum Wohle unserer Kinder zu erreichen.

(Beifall bei den Regierungsparteien.)

**Vizepräsident Piedmont:**

Wird eine Aussprache gewünscht? - Das ist der Fall. Ich eröffne die Aussprache und erteile das Wort dem Herrn Abgeordneten Fuchs (SPD).

**Abg. Fuchs:**

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die Zahlen, die der Herr Kultusminister zum Schluß seiner Ausführungen genannt hat, sind dazu angetan, die Sorgen um unser Volksschulwesen noch zu verstärken. Eigentlich müßten diese Zahlen so stark alarmierend wirken, daß viele unserer Verantwortlichen Tag und Nacht darüber nicht zur Ruhe kommen könnten, nämlich in dem Wissen darum, daß hier Tatsachen vor uns stehen, die mit der Entwicklung unserer jungen Generation, mit der Entwicklung unseres Volkes in den nächsten zehn, zwanzig und dreißig Jahren entscheidend zusammenhängen.

Es lohnt sich sicher - es ist ja offensichtlich der Wunsch der CDU, daß man etwas tiefer und auch etwas weiter zurückgreift -, bei dieser Gelegenheit auch über einige Fakten zu sprechen, die zum Ausdruck bringen, daß in den vergangenen Jahren manches versäumt worden ist, rechtzeitig anzupacken und einzuleiten.

(Sehr richtig! und Beifall bei der SPD.)

Es gibt zahlreiche Beweise - man könnte viel aus Debatten zitieren, nicht aus Rechthaberei, sondern um der Sache willen -, daß in diesem Hause seit Jahren oft und laut genug gewarnt und ganz bestimmte Forderungen erhoben wurden, Forderungen, die der Beseitigung des Lehrermangels dienen sollten.

Wenn ich hier zum Beispiel feststelle, daß in den Jahren 1951 und 1952 sage und schreibe 250 Studierende an unseren Akademien waren, dann ist das bedrückend. Das ist damals offensichtlich unter der Vorstellung geschehen: Das reicht, das läuft - wie auch in späteren Jah-

(Fuchs)

ren immer wieder gesagt wurde: Diese Cassandra-Rufe sind völlig fehl am Platze; wir haben alles eingeleitet; das läuft alles; wir werden in zwei Jahren - manchmal hieß es auch: in drei oder vier Jahren - den Lehrermangel behoben haben. Das wurde auch durch den jetzt amtierenden Kultusminister bei verschiedenen Gelegenheiten gesagt und von der CDU mit Beifall aufgenommen. Wir müssen feststellen, daß diese Prognosen, die in den Jahren 1958, 1959 und 1960 gestellt worden sind, ohne sachliche Fundierung in die Welt gesetzt wurden.

(Beifall bei der SPD.)

und daß damit der Eindruck erweckt wurde: Regt euch doch nicht auf; das läuft alles; in zwei, drei Jahren werden wir die Lücken - wie es so schön heißt - geschlossen haben. Viele wußten damals schon, daß das nicht stimmt. Leider hat die Mehrheit in diesem Hause aber trotzdem die Meinung tatkräftig unterstützt, als ginge alles in Ordnung.

Und lassen Sie mich eine andere Zahl nennen. Von den 2 954 Abiturienten, die zu Ostern 1963 in Rheinland-Pfalz das Abitur abgelegt haben (ohne die sogenannten Sonderklassen), hatten 605 den Wunsch geäußert, Volksschullehrer zu werden. Das ist zunächst eine recht ansehnliche Zahl,

(Abg. Dr. Kohl: Beachtlich!)

wenn von 2 954 Abiturienten 605 Volksschullehrer werden wollen. Aber, meine Damen und Herren, diese Zahl - die an sich viel zu niedrig ist; wir wissen, wir brauchen mehr -

(Abg. Dr. Kohl: Ach, Herr Fuchs!)

- Ja, sie ist zu niedrig; sie reicht ja nicht aus. -

(Abg. Dr. Kohl: Sie können doch nicht alle Abiturienten zu Lehrern machen!)

Diese Zahl 605 setzt sich zusammen aus 433 Mädchen und 162 Jungen. Das ist doch ein Faktum, das von -

(Abg. Dr. Kohl: Das ist doch auf der ganzen Welt so!)

- Aber, Herr Kollege Dr. Kohl, man muß diese Tatsache doch auch hier ganz nüchtern aussprechen. Es genügt nicht, absolute Zahlen zu nennen, sondern man muß feststellen, daß sage und schreibe nur 162 männliche Abiturienten Lehrer werden wollen. Und ähnlich sieht es ja auch aus, wenn wir die Zahl der Besucher an den Pädagogischen Hochschulen nehmen. Es heißt zwar: Die Zahlen steigen, und das geht flott voran. Sicher, meine Damen und Herren, sind die Zahlen gegenüber 1951 oder 1952 verbessert worden; da gibt es gar keinen Zweifel. Aber auch hier muß man doch folgendes sehen:

(Abg. Völker: Das Problem muß man sehen!)

Während 1950 die Studierenden an den Akademien noch zu 54 v. H. männlichen Geschlechts waren, beträgt die Prozentzahl der männlichen Studierenden im Jahre 1962 nur noch 38.

Herr Kultusminister, ich hätte außerdem gewünscht, daß Sie feststellen, daß wir zum Beispiel im Wintersemester 1961/62 einen Rückgang der Studierenden an den Pädagogischen Hochschulen von insgesamt 8,5 Prozent hatten.

Wenn man die Gesamtzahl der Studierenden im Wintersemester 1962/63 an unseren fünf Pädagogischen Hochschulen betrachtet, so sind das 1 733 Studierende; davon sind 658 Männer und 1 075 Frauen!

Meine Damen und Herren, es ist hierüber schon einmal gesprochen worden. Unser Fraktionsvorsitzender, Kollege Otto Schmidt, hat bereits einmal zu dem Thema „Die Frau im Lehrerberuf“ einiges zum Ausdruck gebracht. Wir freuen uns darüber, daß so viele Mädchen sich dazu entschließen, den Lehrerberuf zu ergreifen. Aber, meine Damen und Herren, wir müssen gleichzeitig sehen, daß ein erheblicher Teil dieser Mädchen kurz oder wenige Jahre nach Beendigung der Ausbildung aus dem Lehrerberuf durch Heirat wieder ausscheidet. Das ist eine ganz klare Feststellung, die man treffen muß.

(Unruhe bei der CDU.)

Ja, meine Damen und Herren, man muß das zu diesem Punkt sagen, um damit sachlich zum Ausdruck zu bringen, daß diese absolute Zahl der Zunahme der Studierenden noch nichts Endgültiges darüber aussagt, ob damit dem Lehrermangel auch wirksam entgegengetreten werden kann.

(Beifall der SPD.)

Man muß dabei auch die Schwierigkeit der Verwendung von Lehrerinnen beispielsweise in der Oberstufe der Volksschule sehen; aber das sei nur nebenbei erwähnt. Der Herr Kultusminister hat - unterstützt von der CDU - sehr breit und ausführlich über „Sondermaßnahmen“ oder „Notmaßnahmen“ gesprochen.

Im übrigen, Herr Kollege Schwarz, habe ich mich eben über Sie gefreut, nicht, weil das Thema nicht ernst ist, sondern weil wir uns über jeden freuen, der bereit ist, eines Tages Buße zu tun,

(Heiterkeit und Beifall bei der SPD.)

der bereit ist, einiges von dem abzubitten, was er vor Jahren und noch vor Monaten in diesem Hause anders und mit anderem Inhalt gesagt hat.

(Abg. Dr. Kohl: Herr Kollege Fuchs, dann kämen Sie aber aus Sack und Asche nicht mehr heraus! - Heiterkeit bei der CDU.)

- Herr Kollege Dr. Kohl, das war jetzt sehr kollegial zum Ausdruck gebracht. Aber man muß doch einmal sagen, daß das vor einigen Monaten hier ganz anders von Ihrer Seite zum Ausdruck gebracht wurde.

(Sehr gut! und Beifall bei der SPD. - Abg. Dr. Kohl: Jawohl! Ich sage es noch einmal: Sie kommen aus Sack und Asche nicht mehr heraus, wenn das so ist!)

Wir freuen uns darüber, meine Damen und Herren, weil wir den Appell an die Gemeinsamkeit in diesem Hause in diesen entscheidenden Lebensfragen unseres Volkes vor Jahren bereits an Sie gerichtet haben, doch leider oft vergebens.

(Beifall der SPD.)

Wir würden uns freuen, wenn der Appell an diese gemeinsame Verantwortung von Ihnen ernst gemeint wäre. Sie können sich darauf verlassen: wir werden Ihnen noch oft Gelegenheit geben, in diesen vier Jahren Ihr gemeinsames Bewußtsein in diesem Hohen Hause unter Beweis zu stellen.

(Beifall bei der SPD.)

Es ist sehr breit über „Sondermaßnahmen“ und „Notmaßnahmen“ gesprochen worden. Der Herr Kultusminister - das möchte ich anerkennen - hat zwar immer wieder, um offensichtlich das unruhige Gewissen etwas zu beruhigen, gesagt: „Aber ich möchte ganz klar sagen: Abitur und hochschulmäßige Ausbildung, dabei

(Fuchs)

bleiben wir!“ Und hier liegt eben des Pudels Kern. Hier liegt ein tiefer Widerspruch, meine Damen und Herren, auf den ich gleich näher eingehen werde. Lassen Sie mich noch darauf aufmerksam machen, daß es in den Bundesländern zwischen Regierung und Opposition nicht so ist, wie es dargestellt wurde, daß es jeweils ein Zufallsspielchen ist, je nachdem, wo jemand seinen Standort bezieht, sondern hier geht es, so meine ich, auch ein ganz klein wenig um die Unterscheidung zwischen denen, die aufgeschlossen, modern und fortschrittlich an diese Fragen herangehen, und denen, die konservativ und rückständig in diesen Fragen denken. Auch das sei einmal festgestellt!

Ich zitiere mit Genehmigung des Herrn Präsidenten - -

(Abg. Dr. Kohl: Ja! Nur sitzen Sie dann auf der falschen Seite in diesem Hause, Herr Kollege Fuchs! - Ach-Ach-Rufe und Unruhe bei der SPD. - Abg. Völker: Das ist überheblich! Überheblich sind Sie von Natur aus!)

- Es braucht noch viel Zeit, damit wir wenigstens erkennen, daß Ihr guter Wille vorhanden ist, in diesen Fragen etwas Anschluß zu finden.

Meine Damen und Herren! Ich darf den nordrhein-westfälischen Kultusminister zitieren. Er gehört der CDU an und hat recht beachtliche Ausführungen zu der gleichen Frage gemacht, ausgeführt in den „Rheinpfälzischen Schulblättern“; sicherlich ist diese Quelle bei einem Teil der CDU unverdächtig.

(Abg. Dr. Kohl: Die sollten Sie regelmäßig lesen!  
Abg. Völker: Das macht er doch! - Abg. Dr. Kohl: Sie lesen zu wenig!)

- Ich lese sie, Sie können sich darauf verlassen. Ich muß feststellen, Herr Kollege Dr. Kohl, daß diese Leute in vielen Dingen fortschrittlicher denken als Sie in Ihrer CDU, meine Damen und Herren, damit wir darüber keine Meinungsverschiedenheit haben!

(Beifall der SPD.)

Nun lassen Sie mich bitte zitieren, was der Kultusminister von Nordrhein-Westfalen, Herr Professor Dr. Mikat, im Landtag von Nordrhein-Westfalen dazu gesagt hat:

Mein Mißtrauen gegen alle Wege, die etwa sagen, vorübergehend Mittlere Reife als Voraussetzung zum Zugang zur Pädagogischen Hochschule rührt doch daher, weil ich nicht auf der einen Seite den Aufbau der Pädagogischen Hochschule zur wissenschaftlichen Hochschule betreiben und auf der anderen Seite die Voraussetzungen zum Besuch dieser Institution kürzen kann.

Hier liegt das Problem, vor dem wir stehen.

Meine Damen und Herren, mir wäre es lieber gewesen, und es hätte sicherlich diesem Problem mehr gedient, wenn der Herr Kultusminister heute die Bereitschaft zum Ausdruck gebracht hätte, endlich einmal den entscheidenden und ersten Schritt zu tun, den die meisten anderen Bundesländer bereits gegangen sind, nämlich unsere Pädagogischen Hochschulen wirklich zu wissenschaftlichen, voll ausgebauten Hochschulen umzugestalten.

(Anhaltender Beifall der SPD.)

Jetzt sind wir in der Situation, daß wir auf dem Gebiet der Pädagogischen Hochschule auf halbem Wege stehen geblieben sind

(Zurufe von der SPD: Jawohl! Sehr richtig!)

und nunmehr in der Form von Notmaßnahmen wiederum halbe Wege beschreiten! Wir sagen als Sozialdemokraten: Der erste und entscheidende Schritt, der jetzt erfolgen muß, ist der tatsächliche Ausbau der Pädagogischen Hochschulen zu wissenschaftlichen Hochschulen mit allen Attributen, die dazu gehören!

(Sehr richtig! bei der SPD.)

Das ist nicht nur die Rektoratsverfassung; das ist doch nur ein Teilstückchen davon! Da muß man bereit sein, das in vollem Umfange anzuerkennen! Das ist unsere Forderung Nr. 1, die wir an diesem Tage erneut erheben; denn wenn man nicht den großen Rahmen so absteckt, daß der Lehrerberuf tatsächlich „attraktiv“ ist, wie es heute so schön heißt, dann sind die Behelfsmaßnahmen erst recht ein untaugliches Objekt!

(Abg. Haehser: Sehr richtig!)

Ich muß zuerst einmal einen großen Rahmen abstecken! Ich muß dem Abiturienten in diesem Lande sagen: Wenn du dein Abitur machst, und du willst Lehrer werden, dann ist dir das und das gegeben, und der und der Weg steht dir offen!

(Abg. Dr. Kohl: Herr Kollege Fuchs!)

- Ja?

(Abg. Dr. Kohl: Stimmt es, daß Sie den Studienrat in der Dorfschule wollten?)

- Aber, Herr Kollege Dr. Kohl, diese Frage, ob ich damit den Studienrat in der Dorfschule wolle, zeigt,

(Abg. Dr. Kohl: Beantworten Sie mir bitte die Frage!)

daß Sie offensichtlich die wichtige Aufgabenstellung der Volksschule von heute noch nicht begriffen haben!

(Zurufe von der SPD: Bravo! Bravo! - Starker Beifall der Opposition. - Abg. Dr. Kohl: Beantworten Sie bitte die Frage! - Abg. Haehser: Wen wundert das bei Herrn Kollegen Dr. Kohl! - Zurufe von der SPD: Eine Fangfrage!)

- Herr Kollege Dr. Kohl, das sage ich Ihnen ganz klar und offen: Wir brauchen den Volksschullehrer mit einer vollakademischen Ausbildung, die ihn Instand setzt, seine schwierigen Aufgaben zu erfüllen! Ob Sie ihn Studienrat nennen oder wie auch sonst, das lasse ich dahingestellt.

(Abg. Dr. Kohl: Das wollte ich genau hören!)

Unsere Forderung ist - ich möchte sie nochmals klar herausstellen -, endlich unseren Pädagogischen Hochschulen den Status der wissenschaftlichen Hochschule zu geben. Damit, meine Damen und Herren, verbinden wir gleichzeitig die Forderung, daß in diesem Landtag endlich ein modernes, fortschrittliches Lehrerbildungsgesetz zu verabschieden ist.

(Beifall bei der SPD.)

Bei einem so wichtigen Beruf, der offensichtlich ja alle bewegt, da machen wir es mit Rechtsverordnungen, da regeln wir alles im Schoße der Regierung. Wir haben uns damals schon dagegen gewehrt, und ich möchte es heute noch einmal ganz deutlich sagen, eine so wichtige Frage kann und darf nur durch Gesetz geregelt sein. Wir verlangen deshalb dieses moderne Lehrerbildungsgesetz in diesem Lande!

(Fuchs)

Lassen Sie mich unsere dritte Forderung in diesem Zusammenhang anmelden. Wir müssen auch unser Volksschulwesen draußen im Lande sehen. Und da sagen wir Ihnen, wir müssen etwas schneller, etwas aufgeschlossener an diese Fragen herangehen: Ausbau der Volksschul-Oberstufe und Beseitigung der großen Zahl von Zwergschulen draußen im Lande.

(Sehr gut! bei der SPD.)

Ich hätte gerne einmal eine Rechnung von dem Herrn Kultusminister gehört, wieviel Lehrer er einsparen könne, wenn er an die Zusammenlegung dieser Zwergschulen energisch herangehe.

(Beifall bei der SPD.)

Vielleicht ist er bisher überhaupt noch nicht an diese Frage - ich meine draußen in der Praxis - energisch herangegangen. Deshalb unsere Forderung: Stoppt die weitere Zersplitterung unseres Volksschulwesens draußen, schafft die Voraussetzung für leistungsfähige Mittelpunktschulen!

(Sehr richtig! bei der SPD.)

Auch das hängt mit der Behebung des Lehrermangels zusammen und damit, wie man diesen Lehrerberuf attraktiver machen kann.

Die nächste Forderung: Wir müssen die Zahl der Abiturienten vermehren!

(Richtig! bei der SPD.)

Wir müssen die höhere Schule mehr an das Dorf heranbringen. Sonst nützt das alles nichts. Natürlich wirkt das erst in sechs, sieben, acht Jahren, aber, meine Damen und Herren, wenn wir nicht heute anfangen, dauert es noch länger. Und in zehn Jahren stehen wir wieder hier, machen uns Vorwürfe und sagen, damals haben wir es wieder nicht erkannt.

(Sehr gut! bei der SPD.)

Das bedeutet also: Mehr Abiturienten und die höhere Schule näher an das Dorf heranzubringen! Daran kommen wir gar nicht vorbei. Baut auch die Oberstufe des Zweiten Bildungsweges besser aus! Herr Kultusminister, Sie haben gesagt: wir haben das Hessen-Kolleg besichtigt. - Sicher, aber die dortigen Studierenden machen das Abitur. Ich stelle hier noch einmal fest, daß wir bis zur Stunde in Rheinland-Pfalz keine Oberstufe des Zweiten Bildungsweges haben, die zum Abitur führt.

(Sehr richtig! bei der SPD.)

Das Speyerer Institut ist eben in dieser Hinsicht nur eine Behelfsmaßnahme, eine halbe Maßnahme. Auch daran kann man nicht vorbei.

Deshalb fordern wir den stärkeren Ausbau des Zweiten Bildungsweges, damit wir draußen im Land und in den Städten mehr Begabungen erfassen können, die bisher über den normalen Bildungsweg nicht erfaßt worden sind. Ich habe - und das möchte ich mit großem Bedauern zum Ausdruck bringen - vorhin etwas von Aufbauklassen gehört. Ich glaube, es wird als fünfjährige Aufbauschule tituliert. Ich höre, daß in Daun, ich weiß nicht wo noch - -

(Abg. Schwarz: Speyer!)

- In Daun und Speyer, ich möchte es wiederholen - -

(Abg. Dr. Kohl: Es kann doch nicht alles in

Mainz sein, Herr Fuchs! - Heiterkeit bei der CDU.)

- Nein, ich habe es nur wiederholt. In Daun und in Speyer also wurde eine fünfjährige Aufbauschule eingerichtet. Ich muß ganz ehrlich gestehen, ich höre das zu erstmal.

(Abg. Dr. Kohl: Das war im Ausschuß, verehrter Herr Kollege!)

- Im Ausschuß haben wir über diese Schulform nicht gesprochen.

(Abg. Dr. Kohl: Natürlich haben wir darüber gesprochen! - Abg. Kuhn: Nein, im Ausschuß haben wir nichts davon gehört! - Abg. König: Das war im CDU-Ausschuß in der vorigen Woche!)

- Wir haben einmal über Sondermaßnahmen gesprochen, ich weiß nicht über was -

(Abg. Wallauer: Das ist doch eine ganz alte Schulform! - Heiterkeit bei der CDU.)

- Ja, aber, Herr Kollege Wallauer, was alt ist, muß nicht unbedingt auch in die heutige Zeit passen.

(Abg. Wallauer: Das ist eine wohlprobierte Schulform aus den zwanziger Jahren!)

- Aber, Herr Kollege Wallauer, es geht einfach darum, daß so wichtige Maßnahmen auf dem Gebiete der Schulpolitik nicht ohne Unterrichtung und Rücksprache mit dem zuständigen Ausschuß erfolgen können.

(Sehr richtig! und Beifall bei der SPD.)

Was hat denn dieses Parlament sonst noch für Zuständigkeiten in diesen wichtigen Fragen? Ich wehre mich nur dagegen - ich spreche jetzt gar nicht über die Schule selbst -, wenn es heißt: „Ich und meine Herren haben das beschlossen.“ Ich will also sagen, daß das Parlament Anspruch darauf hat, über diese Dinge unterrichtet zu werden. Wir müssen Gelegenheit haben, darüber zu sprechen.

(Sehr richtig! bei der SPD.)

Vielleicht hilft diese Große Anfrage dazu, daß wir über diese Dinge sprechen können. Es wird von „Sonderreife“ gesprochen. Ich muß sagen, wie der Begriff der „Sonderreife“ definiert ist, auch das weiß ich nicht. Auch darüber ist nicht gesprochen worden.

(Abg. Dr. Kohl: Aber, Herr Fuchs, das stimmt doch nicht!)

Über diese Begriffe im Zusammenhang der Aufbauschule mit der Sonderreife - -

(Abg. Dr. Kohl: Natürlich ist darüber gesprochen worden!)

- Meine Damen und Herren, nun da mögen Sie dabei gewesen sein, ich jedenfalls habe bis zur Stunde nichts vernommen, daß sich der Kulturpolitische Ausschuß mit diesen Fragen beschäftigt habe.

(Abg. Dr. Kohl: Der neue Ausschuß sicher noch nicht!)

Wir wünschen, daß diese Dinge in dem zuständigen Fachausschuß besprochen werden.

Meine Damen und Herren! Lassen Sie mich noch eine Frage anscheiden, nämlich die Forderung, die wir heute erneut erheben und die zu diesem großen Rah-

(Fuchs)

men für den Volksschullehrer gehört. Der Herr Kultusminister - oder vielleicht auch die CDU - hätte zumindest auch ein paar Worte sagen müssen zur materiellen Seite dieser Angelegenheit.

(Sehr richtig! bei der SPD.)

Man kann diese Gesamtfrage nicht behandeln, ohne gleichzeitig auch auf die Frage der Besoldung einzugehen. Ich will das nicht vertiefen. Aber ich möchte an dieser Stelle noch einmal sehr deutlich zum Ausdruck bringen, daß wir Sozialdemokraten die Lehrerbesoldung, die L-Besoldung, fordern, weil wir der Meinung sind, daß nur auf diesem Weg den Anliegen und Gegebenheiten des Lehrerstandes Rechnung getragen werden kann.

(Sehr richtig! und Beifall bei der SPD.)

Auch das sei als Forderung angemeldet! Der Herr Kultusminister hat auch über die anderen Lehrer, wie Realschullehrer, Studienrat und Berufsschullehrer gesprochen. Auch hier muß einiges getan werden. Es wird nach meiner Ansicht sogar höchste Zeit, Herr Kultusminister, daß wir besondere Einrichtungen in diesem Lande zur Ausbildung unserer Berufsschullehrer schaffen.

(Abg. Schwarz: Das hat er ja gesagt!)

- Ja, er hat gesagt, man müßte das einmal prüfen. Ich sage hier, es ist höchste Zeit, daß wir so etwas einrichten.

(Abg. Hachser: Sehr richtig! - Jahrelang versäumt worden!)

Die Sache der Realschullehrer -

(Zuruf des Abg. Dr. Kohl.)

- Ja, aber dann, Herr Kollege Dr. Kohl, haben sie ja noch jahrelang Schwierigkeiten, ob das Abschlußexamen von Frankfurt auch in Rheinland-Pfalz anerkannt wird.

(Abg. Dr. Kohl: Natürlich ist es anerkannt worden!)

- Jahrelang haben die Leute doch Schwierigkeiten damit gehabt.

(Abg. Dr. Kohl: Das stimmt doch auch nicht!)

- Natürlich stimmt es!

(Abg. Dr. Kohl: Sie wissen, daß die Frage des Abiturs in diesem Berufszweig in allen Bundesländern ansteht; das stimmt doch nicht, was Sie sagen!)

Unsere Forderung ist, daß diese besonderen Einrichtungen im Zusammenhang mit der Universität für die Heranbildung unserer Berufsschullehrer schnellstmöglich - -

(Abg. Dr. Kohl: Warum sollen wir es beispielsweise nicht mit dem Saarland gemeinsam machen?)

- Wenn das schnell möglich ist, habe ich nichts dagegen einzuwenden, nur es muß geschehen, es muß vorangehen.

Meine Damen und Herren! Im Zusammenhang mit der notwendigen Zahl der Realschullehrer bin ich nicht ganz so optimistisch wie der Herr Kultusminister. Entweder Sie haben eine andere Vorstellung als wir von dem Tempo und der Zügigkeit im Zusammenhang mit dem Aufbau des Realschulwesens,

(Abg. Dr. Kohl: Denken Sie an die Verabschiedung des Gesetzes!)

oder aber dieser Ihr Optimismus in bezug auf die notwendige Zahl an Realschullehrern ist doch sehr bedenklich. Ich bin der Meinung, auch hier muß einiges mehr getan werden. Sie wissen, daß auch wir der Meinung sind, daß der Volksschullehrer, der Realschullehrer werden will, dazu die Chance bekommen soll. Hier sollte man sich überlegen, ob man diesen Volksschullehrern nicht die Möglichkeit gibt, in besonderen Ferienkursen an der Universität sich auf diese Realschullehrerprüfung vorzubereiten. Andere Länder haben dafür besondere Institute an ihren Universitäten bereits eingerichtet. Durch einen Erlaß der Landesregierung vom August dieses Jahres sind zwei „Pädagogische Semester“ eingeführt worden. Die angehenden Realschullehrer sollen diese Pädagogischen Semester an den Pädagogischen Hochschulen des Landes absolvieren können. Herr Kultusminister! Ich habe große Bedenken - und die bestehen offensichtlich bei den Realschullehrern auch -, daß wir die Realschullehrer nun auch in Zusammenhang bringen mit konfessionell orientierten Einrichtungen, wie die Pädagogische Hochschule. Ich meine, es reicht, wenn wir uns mit dieser Problematik der nur konfessionellen Lehrerbildung in diesem Land - hoffentlich sehr bald - hier auseinandersetzen haben. Mein Anliegen ist, daß ich hier ganz klar zum Ausdruck bringe, daß wir die Realschullehrer in ihrer Ausbildung nicht auch noch in Zusammenhang bringen sollten mit konfessionellen Hochschulen.

(Kultusminister Dr. Orth: Wer tut denn das?)

- Ich habe ja gesagt, daß die zwei Pädagogischen Semester an den Pädagogischen Hochschulen abgeleistet werden können. -

Man muß in diesem Zusammenhang auch die Forderung erheben, daß die Lehrstühle für Pädagogik und Soziologie an der Mainzer Universität voll besetzt werden, daß sie nämlich so besetzt werden, daß sie auch den Anforderungen, die an angehende Realschullehrer gestellt werden, gerecht werden.

Leider gibt es für den Realschullehrer bis zur Stunde kein einheitliches Berufsbild. Auch das ist nach meiner Ansicht eine Aufgabe, die in Angriff genommen werden muß.

Wenn man das alles zusammenfaßt, dann wird einem die Vielzahl und die Vielfalt der gestellten Aufgaben bewußt. Wir sind uns seit Jahren darüber im klaren, daß das nur unter Anspannung aller Kräfte gelöst werden kann und daß man dazu die echte innere Bereitschaft mitbringen muß. Man muß aber - wie es ein hoher Kirchenfürst in den letzten Wochen gesagt hat - auch liebgeordnete Vorstellungen aus der Vergangenheit über Bord werfen.

(Beifall bei der SPD.)

Wir werden jedenfalls alles tun, um den Forderungen, die die Volksschule, die Lehrer und Eltern mit Recht an uns stellen, gerecht zu werden.

(Beifall bei der SPD.)

**Vizepräsident Piedmont:**

Das Wort hat der Herr Abgeordnete Martenstein (FDP)

**Abg. Martenstein:**

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Man ist versucht, jedem der hier vorgetragenen Argumente, die wir hören konnten, eine gewisse

(Martenstein)

Berechtigung einzuräumen oder zuzusprechen. Ich meine aber, man sollte sich ganz allgemein zu dem Grundsatz bekennen, daß man hier bei dieser Debatte keinen Hauptschuldigen zu suchen hat.

Die Vorschläge zur Behebung der Lehrernot haben bisher von keiner Seite her einen Beitrag geliefert, der einem Patentrezept gleichkommt. Wir sollten uns deshalb nicht so sehr auf die Frage konzentrieren, was wurde denn bisher für die Schule getan, sondern ich glaube, wir sind es der Volksschule und ihrer Zukunft schuldig, die Frage zu stellen, was sollen wir für diese unsere Schule in der Zukunft tun.

Dazu zunächst eine grundlegende Bemerkung! Der Herr Kultusminister hat bereits in seiner Rede darauf hingewiesen, daß unser Volksschulgesetz, das im Jahre 1955 erlassen worden ist, im Grundsatz eine Meßzahl von 40 Kindern je Klasse vorsieht. Diese Meßziffer ist noch nicht erreicht. Das wissen wir alle. Wir liegen bei einer durchschnittlichen Klassenstärke, die etwas ganz anderes ist als die vorgesehene Meßziffer, nämlich leicht unter 40. Dabei muß man wissen, wenn man diese Ziffer kennt, daß es dann Klassen geben muß, die weit über 40 liegen.

Der Herr Kollege Fuchs hat die Lehrerbesoldungsfrage angeschnitten. Wir sind der Meinung, daß über diese Dinge auch zu gegebener Zeit gesprochen werden muß. Wir alle wissen, daß der Lehrer an den höheren Schulen besser besoldet ist und daß der Volksschullehrer gegenüber dem Beamten im Verwaltungsdienst im Durchschnitt eine leichte Bevorzugung hat. Man muß wissen, der Lehrer bezieht nach vier bzw. sechs Semestern, Herr Kollege Fuchs, ein Anfangsgehalt. Der Lehrer der höheren Schulen studiert mindestens ein Jahr länger und hat zwei Jahre Referendarzeit. Er bezieht ab dem ersten Tag seiner Referendarzeit kein Anfangsgehalt, sondern lediglich einen Unterhaltsbeitrag. Das sind alles Dinge, die in einem Zusammenhang gesehen werden sollten.

Wir sollten in dem Zusammenhang jedoch feststellen, daß der Mangel an Lehrern nicht allein mit Gehaltserhöhung behoben werden kann.

(Beifall bei den Regierungsparteien.)

Das schließt nicht aus, daß wir uns sehr ernsthaft mit der Verbesserung der Volksschullehrerbesoldung zu beschäftigen haben, schon deshalb, weil wir glauben, damit eine zusätzliche Beruhigung in die Lehrerschaft tragen zu können. Meine Damen und Herren! Aber auch hier eine ganz nüchterne Feststellung! Die Besoldungsneuordnung für die Lehrerschaft schafft noch keinen zusätzlichen Lehrer.

(Beifall bei der CDU.)

Es sind eine Reihe von Dingen vorgetragen worden, die da und dort anders gemacht worden sind, unter anderem der Vorschlag, pädagogisch interessierte und begabte Frauen in Kurzlehrgängen für bestimmte Unterrichtsaufgaben auszubilden. Das hat man in Niedersachsen getan. Wir sollten uns hier mit dem Herrn Kultusminister solidarisch erklären, indem wir sagen, wir stimmen der Ablehnung dieses sogenannten „Pädagogischen Volkssturmes“ zu. Das Hausfrauenprojekt scheint uns in der Tat nicht die Lösung der anstehenden Frage in sich zu tragen.

Dagegen haben wir uns darüber gefreut, Herr Minister, daß Sie diese Anordnung, die in Nordrhein-Westfalen

gegeben worden ist, in ihrer Bedeutung beamtenrechtlich überprüfen lassen, daß nämlich dort - ich lese vor -

vollbeschäftigte hauptamtliche Lehrkräfte über ihre Pflichtstundenzahl hinaus beschäftigt werden können, und zwar an den eigenen Schulen oder anderen Schulen derselben Form gegen Vergütung.

Wir sind der Meinung, daß hier in der Tat eine beamtenrechtliche Überprüfung dieser nordrhein-westfälischen Maßnahme notwendig ist. Wenn Sie zu der Auffassung kommen sollten, die etwa so lautet, daß bei aller Beachtung beamtenrechtlicher Grundsätze einer solchen Entscheidung auch hier in Rheinland-Pfalz zugestimmt werden sollte, dann würden wir diese Entscheidung begrüßen.

Meine Damen und Herren! In Hessen ist es wieder zu anderen Lösungsvorschlägen gekommen. Dort versucht man, wie Sie wissen, mit einem verkürzten Studium an den Pädagogischen Hochschulen für die Grundstufe der Volksschule eine Entlastung der Volksschule insgesamt zu erreichen. Sie sehen, allüberall, ganz unabhängig davon, wie und wo regiert wird, man hat sich mit dieser Frage der Volksschullehrernot, des Lehrermangels, so oder so beschäftigt. Man mußte sich damit beschäftigen und auseinandersetzen. Wir als Freie Demokraten sind der Meinung, wenn wir schon hier die Mitverantwortung tragen, daß wir auch eine Reihe von Vorschlägen dem Hohen Hause zu unterbreiten haben, Vorschläge, die einmal von seiten der Regierung beachtet oder zumindest geprüft werden sollten. Wir sind der Meinung, daß die Halbtagslehrerstellen, die von verheirateten Lehrerinnen bisher schon da und dort übernommen werden konnten, auch vermehrt werden könnten, wenn man sich bemühte, diese Frauen anzuschreiben, und zwar so, daß sie sich in ihrer früheren Berufstätigkeit noch einmal angesprochen sehen, so daß sie auch bereit sind, zu kommen.

(Abg. Dr. Kohl: Die Erfahrungen in Nordrhein-Westfalen sind schlecht!)

Es kommt darauf an, wie man schreibt, Herr Kollege Kohl.

(Abg. Dr. Kohl: Das meine ich nicht!)

Mir ist eine Anschrift - nicht hier in diesem Lande vollzogen - von Bayern her bekannt. Ich habe bei der Lektüre dieses Schriftstückes den Eindruck gehabt, daß der Beauftragte des bayerischen Staates sich wirklich im Ton vergriffen hat. So kann ein Unteroffizier mit seinen Soldaten sprechen, aber nicht der Beauftragte eines Kultusministeriums mit Lehrern, die er zur Mitarbeit aufzurufen hatte,

(Abg. Dr. Kohl: Das ist nicht das Problem, Herr Kollege!)

und für die früher gehabte Tätigkeit neu gewinnen will. Ich spreche von Bayern und nicht von Rheinland-Pfalz.

(Abg. Dr. Kohl: Nach Ihrem Vorschlag gehen dann viele Volltagslehrerinnen als Halbtagslehrerinnen. So war es in Nordrhein-Westfalen!)

- Das muß nachgeprüft werden; das kann durchaus sein. Alle diese Dinge sind sehr differenziert; das weiß ich. Man hat es nicht mit Sachen zu tun, sondern mit lebendigen Menschen, die man in ihrer Entscheidung niemals im voraus abschätzen kann. Darüber hinaus sollte man sich nach wie vor bemühen, pensionierte Lehrer zu gewinnen. Das sind aber Gedanken, die Herr Kultusminister Dr. Orth schon angesprochen hat.



(Martenstein)

Es ist noch zu überlegen - das ist ein Vorschlag, den ich bitte, von seiten des Ministerium aufzugreifen -, ob man einer Entscheidung zustimmen kann, eine zwar weniger solide aber wohl schnellere Ausbildung für die Lehrerschaft im ganzen sicherzustellen, indem man statt der „Semester“ „Trimester“ macht. Das ist eine Sache, die man auch einmal überlegen kann. Man würde damit in der Not, in der wir stehen, die Studiendauer verkürzen und hätte trotzdem die angeforderte Semesterzahl.

Weiter bitten wir, von seiten des Kultusministeriums einmal darüber nachdenken zu wollen, ob es eine Möglichkeit gibt, bestimmte Akzente auf einem Fachgebiet im Zuge der Ausbildung der Volksschullehrerschaft bei den Pädagogischen Hochschulen zu setzen. Wir stehen auf dem Wege zum Fachlehrer auch bei der Volksschule. Wenn wir es mit der Volksschule und ihrem Ausbau in den Oberstufen ernst nehmen, werden wir in absehbarer Zeit den Fachlehrer haben. Der Trend geht dorthin. Wir finden, daß wir in der Richtung etwas tun sollten. Dazu müßte allerdings eine Ergänzungsprüfung kommen, die auch honoriert werden müßte. Soweit ich bisher unterrichtet bin, geschieht das nicht.

Meine Damen und Herren! Wir haben eine Besoldungs-Novelle vor uns. Wir sollten bei ihrer Beratung an die Möglichkeit eines zusätzlichen Fleißaufwandes und seiner Honorierung denken. Weiter sind wir durchaus der Meinung - wir freuen uns, daß das Kultusministerium bereits diese Dinge als Aufgabe gesehen und ergriffen hat -, daß Fachlehrer für bestimmte technische und musische Fächer in die Volksschularbeit gestellt werden, also Schulhelfer, so möchte ich einmal sagen, eines neuen Types ohne die pädagogische Gesamtverantwortung des Volksschullehrers. Darüber hinaus sind wir der Auffassung, daß sicher Überlegungen am Platze sind, da und dort den Volksschullehrer noch ein bißchen mehr in die Gesamtverantwortung und Mitwirkung in der Schulverwaltung zu bringen. Beförderungsmöglichkeiten sollten noch überlegt werden, wo sie angebracht sind. Ich kenne schließlich die Bemühungen des Landes auf dem Gebiete der Dienstwohnungserstellung, besonders bei neuen Schulen. Da sind geradezu hervorragende Leistungen aufzuweisen. Ich denke aber auch an die vielen alten Schulen, wo die Dienstwohnungen noch nicht in einem guten Zustand sind. Auch da sollten wir auf dem flachen Lande noch mehr als bisher tun.

Nun, meine Damen und Herren, das sind so einige Dinge, die man als Sofortmaßnahmen in etwa ansprechen kann. Aber jetzt ein paar grundsätzliche Betrachtungen, die ich anspreche im Verhältnis zu ein paar Gedanken, die Sie, Herr Kollege Fuchs, ausgesprochen haben. Da gestatten Sie mir aus Gründen der Objektivität, eine Wahrheit auszusprechen. Daß wir im Grundsatz zu der simultanen pädagogischen Hochschule stehen, brauche ich nicht zu sagen. Wir kennen und respektieren aber auch die Verfassung. Aber eben weil wir objektiv sind, stelle ich fest: Das Vorhandensein kollektiver Pädagogischer Hochschulen ist nicht ein Grund für den derzeitigen und vielleicht auch zukünftigen Lehrermangel. Die Tabellen, die ich mir angesehen habe, lassen ganz deutlich erkennen, daß man keineswegs behaupten kann, daß dort, wo der Lehrermangel am stärksten ist, es keine simultanen Hochschulen gäbe. Im Lande Baden-Württemberg, das den stärksten Lehrermangel hat, gibt es fünf simultane Lehrerbildungsanstalten und lediglich zwei katholische und eine evangelische Lehrerbildungsanstalt. Obwohl also im Lande Baden-Württemberg

die simultane Lehrerbildung die vorherrschende Lehrerbildungsform ist, haben die Baden-Württemberger den stärksten Mangel an Nachwuchskräften. Das muß ausgesprochen werden aus Gründen der Objektivität, wie ich auch feststelle, daß das Land Hessen in der Tabelle der Länder mit dem größten Lehrermangel an fünfter Stelle steht. Und in Hessen, meine Damen und Herren, gibt es nur simultane Lehrerbildungsanstalten.

Ich darf also sicherlich daraus den Schluß ziehen: Es ist kein hinreichendes Argument, zu sagen, die konfessionelle Lehrerbildung sei in unserem Lande mithin schuldig an dem Lehrermangel. Alle Länder, unabhängig davon, welche Lehrform sie für die Lehrerbildungsanstalt gesucht und gefunden haben, sind von dieser Not gleichermaßen betroffen. Daß einige Länder weniger betroffen sind, ist kein Grund, daraus zu folgern, daß etwa eine Partei besser vorgesorgt habe als die andere.

(Abg. Dr. Kohl: Sehr gut! - Beifall bei der CDU.)

Zu langfristigen Maßnahmen zur Behebung des Lehrermangels bekennen wir uns uneingeschränkt. Herr Kollege Fuchs hat davon gesprochen, daß die höheren Schulen vermehrt werden müssen, daß mehr Abiturienten geschaffen und mehr höhere Schulen auf das Land hinausgebracht werden müßten. Dazu sagen wir uneingeschränkt ja, wie wir auch uneingeschränkt ja sagen zur notwendigen Hochschulreife zum Besuch der Pädagogischen Hochschulen. All das, was dazwischen gemacht wird, kann lediglich dazu dienen, schwierige Zeiten, die wir in diesen Entscheidungen zu überstehen haben, etwas leichter für die Volksschule und damit für das Land zu machen. Wir sind uns auch darüber klar, daß die normale Ausbildungszeit mit Sicherheit den Lehrermangel nicht beheben kann. In den nächsten zwölf Jahren sind eben nicht genügend Abiturienten zu erwarten, um mit einer ausreichenden Zahl von Studenten an den Pädagogischen Hochschulen rechnen zu dürfen. Das ist eben eine Sache der Geburtenjahrgänge. Das muß man ganz deutlich sehen.

(Abg. Dr. Kohl: Sehr gut!)

Ich muß sagen, es ist sehr viel erreicht, wenn jeder vierte Absolvent oder Abiturient einer höheren Schule Volksschullehrer werden will. Dann haben wir ein ganz ausgezeichnetes Ergebnis.

(Abg. Schwarz: Weit über dem Bundesdurchschnitt!)

- Das weiß ich nicht, da kann ich nicht mitreden. Ich muß aber in dem Zusammenhang wissen, Herr Kollege Schwarz, daß die Zahl der Abiturienten aus Gründen, die ich Ihnen eben genannt habe, in den nächsten Jahren fallen wird, so daß selbst, wenn die 25 v. H. bleiben, wir auf die Dauer in den nächsten Jahren eine geringere Zahl von Nachwuchskräften haben werden.

(Abg. Dr. Kohl: Wir brauchen auch in anderen Berufen Abiturienten, Herr Kollege!)

- Natürlich! Das trifft für alle Berufe zu, die die Reifeprüfung als Voraussetzung für den Beginn eines Berufsweges kennen.

Nun, meine Damen und Herren, in dem Zusammenhang noch eine Bemerkung. Ich bedaure immer, wenn ich hören muß, daß es Lehrer gibt, die in der Schule selbst vor der Übernahme des Lehrerberufes warnen. Sie sagen zu den jungen Leuten: Wollt ihr euch später einmal Ärger mit den Kindern machen, mit den Eltern, mit den Behörden und all den Umständen, die uns geläufig

(Martenstein)

sind? Sie sprechen auch vor den Klassen an höheren Schulen von dem Mangel an Aufstiegschancen, den der Lehrerberuf habe. Da muß ich doch sagen, das ist irgendwie heute schon angeklungen: Früher war das ein bißchen anders. Da haben die Lehrer die begabten Kinder ihrer Klassen aufgefordert, selbst Lehrer zu werden. Der Lehrerstand hat sich also selbst rekrutiert, indem die begabtesten Kinder der Volksschule geradezu angestiftet worden sind, in die Fußstapfen des Mannes zu treten, der im Augenblick ihr Lehrer war.

Und damit haben wir in der Vergangenheit doch zum mindesten eines erreicht: einen Zustrom ganz ausgezeichneter Begabungen in den Volksschuldienst; und von da aus ist auch in der Vergangenheit eine unerhörte geistige Stoßkraft von seiten der Lehrerschaft zu verzeichnen gewesen. Ich erinnere mich an diese und jene Darstellung, die ich gelesen habe, ja, ich erinnere mich an Erlebnisse, die ich selbst noch gehabt habe, welch ausgewachsene, hervorragende Persönlichkeiten hat den Lehrerstand aus dieser Tradition heraus zu stellen gehabt und wie sehr diese Lehrer, die für ihren Stand geworben haben, wußten, daß eine geringe Qualität des Bildungsdurchschnittes des Lehrstandes eben die Schule disqualifiziert und die Unterrichtsgestaltung fraglich macht.

Also, ich bin der Meinung, wir sollten hier von seiten des Landes die Lehrer anweisen, im Unterricht nicht abwertend über ihren Beruf zu sprechen, sondern zu versuchen, den Beruf aufzuwerten.

(Beifall des Abg. Wallauer.)

Nur dann werden wir überhaupt etwas von der Abiturientenvermehrung haben; denn mit der Ausschöpfung der Begabungsreserve allein ist gar nichts getan, wenn es nicht gelingt, die Begabungsreserve für diesen Beruf in Bewegung zu bringen.

(Abg. Schwarz; Sehr richtig!)

Die mögliche Lenkung der Begabten auf diesen Beruf, das ist die Aufgabe der Lehrer der höheren Schulen.

Nun hat der Herr Kultusminister davon gesprochen, daß auch im Bereich der Berufsschulen ernste Schwierigkeiten im Anzug sind. Wir kennen sie. Ich weiß eine ganze Reihe von Berufsschulen, die in der Tat nicht mehr in der Lage sind, die Pflichtstunden, die dort zu halten sind, halten zu lassen. Und ich darf jetzt doch einmal vor dem Hohen Hause öffentlich aussprechen, daß wir es außerordentlich bedauern, daß wir mit unserer Initiative im Jahre 1958 steckengeblieben sind, nämlich Diplomhandelslehrer an der Universität Mainz ausbilden zu lassen. Wir hatten damals von unserer Seite aus entsprechende Vorarbeiten geleistet. Es wäre mit einem Minimum von Aufwand möglich gewesen, die wirtschafts- und rechtswissenschaftliche Fakultät um die Ausbildung für diesen Berufsstand zu erweitern. Wir sind gescheitert, und ich muß sagen, Herr Minister, wir sollten dieses Versäumnis, das zu beklagen ist, so schnell wie möglich ungeschehen machen.

Ganz allgemein, meine Damen und Herren - damit komme ich langsam zum Schluß -, wir meinen: Lehrer für Schulen, ganz gleich, welcher Art, können nicht durch Geld und Verordnungen beschafft werden.

(Sehr richtig! bei der CDU.)

Was wir wollen, ist kurz gesagt. Wir wollen mindestens für jede Klasse einen Lehrer; und wir wollen für das neunte Schuljahr, das wir begrüßen, mehr als einen Lehrer; da braucht eine Klasse in der Tat mehr Lehrer als in der Volksschule allgemein.

Und, Herr Kollege Fuchs - er ist nicht da - es ist bestimmt nicht richtig, wenn Sie sagen - das könnte ich Ihnen geradezu nachrechnen, wenn ich hier Zeit hätte -, daß mit der Auflösung der einklassigen Schulen wesentliche Zahlen an Lehrkräften eingespart werden könnten. Ich sage das, obwohl wir gegen die Garantie der einklassigen Schulen sind, was ich hier deutlich aussprechen möchte. Wenn wir zu dieser Zusammenfassung von Schulen kommen wollen, wie es vielen von uns vorschwebt, dann wird für die einzelne Klasseneinheit - ich habe es eben ausgesprochen - ein erhöhter Aufwand von Lehrkräften notwendig sein. Nun, wie wir mit der Sache fertig werden, weiß ich noch nicht.

(Heiterkeit bei der SPD.)

- Ja, Sie wissen es auch nicht!

(Heiterkeit bei der CDU. - Abg. Dr. Kohl; Sehr gut! - Beifall bei der CDU und FDP. - Abg. Dr. Kohl: Nach der Rede des Herrn Fuchs wußte man gar nichts! - Erneute Heiterkeit bei der CDU.)

Ich meine aber, wir sollten erklären: Der errechnete Fehlbedarf ist alarmierend. Der Lehrerberuf muß zu Ansehen kommen. Daß das nicht allein von der Politik aus zu machen ist, das weiß jeder. Darüber hinaus soll man wissen - und das ist eine Zahl, die ich Ihnen wirklich einmal als eine hoffnungsfreudige Zahl in der Düsternis der Zahlenreihe, die hier angeboten worden ist, sagen möchte -: Wenn im Jahre 1938 9,65 Lehrkräfte und im Jahre 1960 10,2 Lehrkräfte auf je 1000 Beschäftigte entfielen, dann ist doch ein relativer, leichter Trend nach oben zu erkennen, und wir sind der Meinung, daß wir deshalb nicht unbedingt zu zweifeln haben. Das ist keine entscheidende Zahl, aber es ist immerhin eine Zahl, die uns etwas ermutigt.

Der Herr Kultusminister hat davon gesprochen, daß er diese und jene Fragen aufgreifen wird. Nun, meine Damen und Herren, wir begrüßen jede Initiative, die in dieser Notlage hilft. Er hat darüber hinaus davon gesprochen, daß der Lehrerberuf ein dienender Beruf sei. Ich füge an, er ist kein allzu lukrativer Beruf.

Die Lehrernot muß in einem größeren geistigen Zusammenhang gesehen werden. So sagt Jaspers, eine auf keiner Seite irgendwie umstrittene Persönlichkeit, an irgendeiner Stelle seiner philosophischen Schriften, daß unsere Krise nicht aus einem Grund erkennbar und begreifbar zu machen sei. Lehrernot ist bestimmt Ausdruck unserer geistigen Krise, in der wir stehen. Jaspers sagt weiter: Es ist schwer zu sagen, was ist; man erlebt lediglich den Substanzverlust.

Nun, meine Damen und Herren, ich möchte da überleiten zu einigen Betrachtungen, die der Herr Kollege Fuchs dann noch angeboten hat. Ich meine, es kommt nicht so sehr auf die äußere Form der Organisation der Bildungseinrichtungen an, sondern mehr auf den Geist ihrer Durchführung. Und er hat sich mit der ganzen Leidenschaft, die ihm als einem sachlich bewegten Politiker eigen ist, für die wissenschaftliche Hochschule eingesetzt. Meine sehr verehrten Herren von der sozialdemokratischen Fraktion! Wir haben die Änderung des Verfassungsartikels 36 vor uns. Wir werden uns zweifellos über diese und jene Probleme, gerade was Lehrerbildungsfragen und Lehrerbildungsgesetzsmöglichkeiten angeht, zu unterhalten haben.

Aber lassen Sie mich doch einmal folgendes sagen. Der Lehrer hat zu unterrichten und zu erziehen, und es ist die Aufgabe der Lehrerbildungseinrichtung, ihn auf

(Martenstein)

diese Aufgabe vorzubereiten. Es war Eduard Spranger, dieser berühmte Pädagoge und Psychologe, ein Mann, der in der internationalen pädagogischen Literatur auf Nummer 1 steht, der 1918 die Idee einer Hochschule für Menschenbildung entwickelte und sie deutlich, Herr Kollege Fuchs, gegen Universität und Technische Hochschule abgrenzte.

(Abg. Dr. Kohl: Sehr gut!)

Er begründete eine Pädagogik mit philosophischer Grundeinstellung. Er sah die Volksschulfächer mit dem Blick auf die jedem Fach innewohnenden Bildungswerte. Er sah die Notwendigkeit der psychologisch fundierten Unterrichtsmethoden. Und diese Dinge gaben ihm von da aus die schulpraktische Anweisung und damit zur Einleitung der Beckerschen Reform der zwanziger Jahre, die in der Hoch-Zeit der Pädagogik, in der Weimarer Zeit, die Akzente brachten. Becker hat ganz unumwunden gesagt: Spranger hat recht gehabt; die Aufgabe der Menschenbildung ist eine andere als die der fachwissenschaftlichen Forschung und Lehre. Erziehung hat dem Menschen zu helfen, sein Leben menschlich und sinnvoll zu führen. Und: Die Sinnzusammenfassung des Lebens ist keine Aufgabe spezieller Fachwissenschaft. Die Lehrerbildung bleibt bei der Universität irgendwie fremd im Bereich der freien Gegenstandsforschung.

(Abg. Dr. Kohl: Sehr gut!)

Meine Damen und Herren! Selbst die akademische Lehrerbildung hilft uns nicht weiter, wenn es nicht genug junge Menschen gibt, die von dem zeitlosen Auftrag erfüllt sind, Mitmenschen, gewollt oder ungewollt, im Sinne eines Aufstiegs zu einem höheren Sein zu beeinflussen.

(Beifall bei den Regierungsparteien.)

Daß dieser Beruf schwer ist, wird jeder Einsichtige zugestehen und auch gerne sagen. Daß dieser Beruf aber vor allem auch schön ist, das ist ein Argument, das wir aus dem Munde der Lehrer immer wieder hören möchten. Die Schwierigkeiten der Berufsausübung sind nicht zu leugnen. Aber man sollte auch die Schönheiten dieses Berufes nicht verschweigen. Das würde manchen Jungen und manches Mädchen veranlassen, auf den Gedanken zu kommen, daß es lohnend sei, diesen Beruf des Lehrers zu ergreifen.

Wir rufen also, meine Damen und Herren, nach pädagogischen Tatmenschen, die nach ihrer ganzen Veranlagung gar nicht anders können, als pädagogisch wirksam zu werden, und die wir brauchen in ihrer Selbstbestärkung und ihrer Tätigkeit als Lehrer, weil sie in dieser ihrer Lehrtätigkeit ihre eigene Seele wiedergefunden haben.

(Beifall bei den Regierungsparteien.)

#### Vizepräsident Piedmont:

Das Wort hat der Herr Abgeordnete Schwarz (CDU).

#### Abg. Schwarz:

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Lassen Sie mich zuvor sagen, daß es gut tut, von Herrn Kollegen Martenstein ein persönliches Bekenntnis zum Beruf des Lehrers zu hören, so wie er es

dargestellt hat. Es zeigt uns auch, wie schön und schwer diese Aufgabe ist. Ich glaube, dies hat sich wohlthuend abgesetzt von der Rede, die wir vorher - etwas stärker polemisiert - hier gehört haben.

(Abg. Dr. Kohl: Sehr gut! - Vereinzelter Beifall bei der CDU. - Unruhe bei der SPD.)

Herr Kollege Fuchs, Sie haben zu mir über meine Buße gesprochen. Gestatten Sie mir einleitend eine Bemerkung. Man könnte jetzt anfangen über das zu sprechen, was versäumt oder nicht versäumt worden ist. Lassen Sie mich eine Zahl nennen, die wir in diesen Tagen in Heft 9 des statistischen Berichts unseres Landesamtes erhalten haben, um so klarzustellen, wie verschieden die Situation des Jahres 1950 gegenüber der heutigen war. Im Jahre 1950 gab es in Rheinland-Pfalz 404 000 Kinder im Alter von 6 bis 14 Jahren - also im schulpflichtigen Alter -. Wir wußten genau, daß von 1950 rückwärts bis 1944 keine starken Geburtsjahrgänge vorhanden waren, so daß man damals - vom Bestand der Lehrer aus gesehen - manche andere Rechnung aufmachen konnte. Wir haben heute 424 700 Kinder im Alter von 6 bis 14 Jahren; das sind 20 v. H. Zuwachs. Man muß ganz deutlich sehen, daß etwa seit 1950, 1951 und 1952 die Geburtenzahl stark angewachsen ist, so daß hiermit ein Gesichtspunkt besteht, den man vielleicht hätte raten, aber nicht statistisch erfassen können.

Noch eine Bemerkungen zur Feminisierung des Volksschullehrerbestandes: Herr Kollege Fuchs, Sie haben so ein bißchen getan, als ob die Landesregierung schuld sei, daß es an den Pädagogischen Hochschulen so viele Mädchen gibt.

(Abg. Dr. Kohl: So konnte man es verstehen! - Zuruf des Abg. Fuchs.)

Diesen Eindruck konnte man gewinnen. Ich unterstelle Ihnen, Sie haben es nicht so gemeint!

(Abg. Fuchs: Sehr freundlich! - Abg. Theisen: Bitte etwas lauter!)

Ich will das nur vielleicht auch in Ihrem Sinne hier richtigstellen!

Wir haben hier zweifellos eine Erscheinung, die keine typisch rheinland-pfälzische und auch keine typische Erscheinung der Bundesrepublik ist. Wenn meine Information richtig ist, dann ist es so, daß im Durchschnitt alle Absolventinnen der Pädagogischen Hochschulen nur sechs Jahre im Schuldienst bleiben.

(Abg. Wetzel, G.: Sieben Jahre, der männliche Lehrer 28 Jahre!)

- Oder sieben Jahre! Man kann ja nun nicht das Zölibat für Lehrerinnen einführen! Das wäre eine schlechte Sache! So lange wir darauf verzichten müssen, wird es so bleiben.

(Heiterkeit im Hause. - Abg. Wetzel, G.: Man kann es attraktiver machen! - Abg. Dr. Kohl: Wir sollten von diesem Thema Abschied nehmen!)

Ich betone noch einmal, dies ist keine typisch deutsche Erscheinung! In den USA ist das Verhältnis acht zu zwei im aktiven Lehrerstand in der Volksschule. Selbst in der Sowjetunion, die eine gewisse Berufsplanung mit den Machtmöglichkeiten der Diktatur ausüben kann, ist das gleiche Problem vorhanden.

(Schwarz)

Was ich sagen will, ist folgendes: Wir sollten uns hier nicht mit dem Unterton des Vorwurfs Dinge sagen, die von den Fakten her selbstverständlich und unabänderlich sind. Es kommt doch entscheidend darauf an, daß es uns gelingt, diese Frage zu versachlichen und ordnungsgemäß zu sehen.

Wir haben am Speyerer Institut einen konkreten Versuch gemacht, mehr männliche Bewerber zu bekommen. Herr Minister, wenn ich recht unterrichtet bin, ist es doch so, daß am Speyerer Institut die männlichen Bewerber in der Überzahl sind, auch soweit sie zur Pädagogischen Hochschule gehen.

(Kultusminister Dr. Orth: Fast ausschließlich!)

Es ist nicht so, als ob nichts getan worden wäre. Wenn ich mich recht entsinne, haben wir, als wir in der letzten Legislaturperiode über das Speyerer Institut und dessen Kreierung gesprochen haben, Töne gehört, die doch etwas unterschiedlich von den heutigen sind.

(Abg. Dr. Kohl: Jawohl! - Abg. Fuchs: Es ist heute sehr deutlich zum Ausdruck gekommen, daß wir das Abitur wollen! - Abg. Dr. Kohl: Das sollten Sie überall sagen! - Abg. Fuchs: In Hessen ist es auch so!)

Ich sage das noch einmal ausführlich: Wer nur das Abitur will, wer bereit ist, nur mit dem Abitur an der Pädagogischen Hochschule studieren zu lassen, ist unglaubwürdig, wenn er gleichzeitig sagt, er wolle den Lehrermangel beseitigen! Das ist einfach der Tatbestand! Man sollte von ihm weggehen, da das einfach nicht möglich ist. Wir sollten das ganz deutlich sagen und uns bemühen, in dieser Sache zu gewissen Regeln zu kommen.

Herr Kollege Fuchs, nun zu der Buße, die ich hier getan haben soll. Ich muß Ihnen dazu folgendes sagen: Die seinerzeitige Rede war eine leidenschaftliche Rede für die Dorfschule und ich bekenne mich heute noch dazu. Ich bekenne mich gleichzeitig - auch das ist keine Erscheinung seit dem 31. März bei mir, denn Sie haben mich mit Aussagen zitiert, die ich vor dem 31. März getan habe - -

(Abg. Völker: Das ist interessant! - Abg. Fuchs: Ich habe den 31. März nicht genannt! Der scheint Ihnen nahezuliegen! - Heiterkeit bei der SPD. - Abg. Dr. Kohl: Natürlich, natürlich!)

- Ja, natürlich! Herr Kollege Fuchs, ich sage das ganz offen, weil Sie darauf angespielt haben. Ich finde, es ist sinnvoller, man sagt ganz deutlich, was Sie meinen!

Wir sollten hier eines tun. Ich gebe zu, da besteht ein Unterschied zwischen Ihnen und uns. Für Sie ist - den Eindruck hat man - alles, was neu ist, gut, weil es neu ist.

(Abg. Dr. Kohl: Jawohl!)

Wir prüfen zuerst das Neue, ob es gut ist. Das ist der Unterschied!

(Zuruf von der SPD: Ach, ach! - Heiterkeit im Hause. - Beifall der CDU. - Abg. Fuchs: Da brauchen Sie aber sehr lange dazu! Ein Jahr geben wir Ihnen ja, aber das ist zu viel!)

Umgekehrt haben Sie heute gesagt, als der Herr Kollege Wallauer rief, die Aufbauschule sei eine sehr alte Schule, „nicht alles, was alt ist, muß gut sein!“ Darüber

sind wir uns einig! Nur ist für uns allerdings auch nicht alles schlecht, was alt ist! Das ist wiederum der Unterschied!

(Abg. Fuchs: Das ist ja klar! Darüber sind wir uns einig! - Abg. Völker: Hat jemand was dazu gesagt?)

Herr Kollege Fuchs, dann haben Sie von einem großen Rahmen gesprochen. Es ist sehr leicht, einen großen Wurf zu machen und Idealvorstellungen zu entwickeln!

(Abg. Fuchs: Nein! Ich habe konkrete Forderungen gestellt! - Abg. Dr. Kohl: Keine haben Sie gestellt! - Abg. Fuchs: Jawohl! - Abg. Dr. Kohl: Nein, haben Sie nicht! - Abg. Fuchs: Ich habe noch mehr!)

- Natürlich. Sie haben konkret gesagt: Wir fordern die Wissenschaftlichkeit der Pädagogischen Hochschulen und die L-Besoldung. Sie haben gemeint, damit sei der Lehrermangel beseitigt. Dazu muß ich Ihnen folgendes sagen: Wir fühlen uns in der konkreten Verantwortung - ich glaube, ich darf hier, soweit ich den Herrn Kollegen Martenstein verstanden habe, für die Koalitionsparteien reden -, in der wir uns als Regierungsparteien in diesem Lande befinden, dazu verpflichtet, konkrete, detaillierte und spezifizierte Maßnahmen aufzuführen und durchzuführen, um in absehbarer Zeit die Not des Lehrermangels zu beseitigen! Das sind für uns keine Behelfsmaßnahmen; es sind für uns Sondermaßnahmen und - wenn Sie es wollen - Notmaßnahmen.

Ich möchte nunmehr speziell zu dem Wort „Behelfsmaßnahmen“ etwas sagen: Solange wir in unserem Sprachgebrauch - auch in der parteipolitischen Diskussion - glauben, dauernd von „Behelfsmaßnahmen“ im Zusammenhang mit der Volksschule reden zu müssen, leisten wir den schlechtesten Beitrag zur Attraktion der Volksschule. Wir sollten auch hier den - -

(Abg. Dr. Kohl: Sehr gut! - Abg. Fuchs: Das Wort ist von Ihnen dauernd gebraucht worden! - Heiterkeit bei der SPD.)

- Natürlich! Der Herr Minister hat von „Notmaßnahmen“ gesprochen, die wir im Augenblick brauchen.

(Erneut Heiterkeit bei der SPD.)

- Momentchen! Der Herr Kollege Fuchs hat diese kleine und schöne Nuance der deutschen Sprache nicht beachtet und die „Notmaßnahmen“ zu „Behelfsmaßnahmen“ abgestuft.

Auch wenn der Herr Minister von „Behelfsmaßnahmen“ gesprochen hat - ich habe es nicht gehört -, so bin ich trotzdem der Meinung, daß diese Formulierung nicht richtig ist! Wir sollten in der Diskussion um die Volksschule und den Lehrermangel nicht auf eine Ebene kommen, daß wir durch unsere Diskussion einen Beitrag dazu leisten, daß noch weniger junge Leute zur Volksschule gehen,

(Beifall der CDU.)

sondern wir sollten unsere Diskussion so führen, daß wirklich sichtbar und deutlich wird - wie es der Herr Kollege Martenstein eben ausgeführt hat -, daß der Lehrerberuf ein schöner, wenn auch schwerer Beruf ist. Wir sollten alle einen Beitrag dazu leisten, daß die Attraktion dieses Berufes auch in der Art der Diskussion in diesem Hohen Hause gewahrt wird!

(Beifall der Regierungsparteien. - Abg. Völker: Das wollen wir ja!)

**Vizepräsident Piedmont:**

Meine Damen und Herren! Wortmeldungen liegen nicht mehr vor.

(Zuruf: Der Herr Kultusminister!)

- Entschuldigung! Das Wort hat der Herr Kultusminister.

**Kultusminister Dr. Orth:**

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die Ausführungen des Herrn Kollegen Fuchs geben mir Veranlassung, noch einmal kurz auf das, was er gesagt hat, einzugehen. Zunächst einmal darf ich feststellen, was gerade eben - -

(Zurufe aus dem Hause: Lauter! Man versteht nichts! Es ist nichts zu hören!)

Zunächst, Herr Kollege Fuchs, darf ich feststellen, daß ich mit Ihnen bedauere, daß in den letzten Jahren immer mehr die Zahl der weiblichen Bewerber an den Pädagogischen Hochschulen zugenommen und die Zahl der männlichen Bewerber abgenommen hat. Wenn Sie nunmehr sagen, von 2 400 Abiturienten hätten sich 605 für den Lehrerberuf entschieden, und davon seien nur 160 männliche Bewerber, dann darf ich dazu sagen, das war die Veranlassung in den letzten Jahren, warum wir diese Sonderklassen-Oberstufen eingeführt haben, in denen wir fast nur Jungen haben. Und nun zum Zweiten Bildungsweg! Ich kann Ihnen da nicht folgen, wenn Sie sagen, das sei nur ein halber Weg. Der Zweite Bildungsweg in Speyer und sein Bildungsziel unterscheiden sich von dem, was in Oberhausen oder im Hessen-Kolleg geboten wird, in keiner Weise! Wir haben lediglich, weil der Raum nicht ausreicht und weil wir viel mehr Bewerber haben, als wir unterbringen können - das ist in Oberhausen genauso wie in Hessen -, diejenigen ausgewählt, die bereit waren, sich dem Lehrerberuf zuzuwenden. Wenn wir aber feststellen, daß der Lehrermangel im Augenblick der größte Notstand ist in allen Beamtenkategorien und in allen Berufssparten, die wir in Deutschland haben, dann glaube ich, war gerade diese Maßnahme notwendig. Es war auch gerechtfertigt, daß man gesagt hat, wir können in der ersten Zeit nur Bewerber nehmen, die sich für den Volksschullehrerberuf entschieden haben.

Wenn man bedenkt, daß es doch alles Leute über 21 Jahre sind, die aus einem Beruf kommen, dann glaube ich, muß man ihnen unterstellen, daß sie wissen, was sie wollen. Es sind strebsame Leute, die eine Brücke hinter sich abbrechen und die einfach in einen neuen Beruf hineingehen und sicherlich nicht mehr nach der Ablegung der Prüfung vor der Frage stehen: Was will ich werden? Und trotzdem, Herr Kollege Fuchs, Sie waren bei der Eröffnung des Speyerer Instituts dabei, wenn ich mich recht erinnere. Ich habe dort ausdrücklich gesagt: Sollte trotzdem einer dieser Bewerber am Ende seiner Ausbildung feststellen, daß der Lehrerberuf ihm nicht zusagt und daß er in einem anderen Beruf Besseres und mehr leisten würde, so kann er mit dem Zeugnis, das wir nach einer Fachprüfung ausstellen und das dann eine andere Fakultätsreife zuerkennt, zu einer Universität gehen. Das habe ich klar und deutlich in meiner Ansprache bei der feierlichen Eröffnung des Zweiten Bildungsweges gesagt.

Herr Kollege Fuchs! Der Herr Ministerpräsident hat doch in seiner Regierungserklärung ausdrücklich gesagt, daß wir nicht bei dem, was wir bis jetzt in Speyer geschaffen haben, stehenbleiben, sondern daß in Speyer mit einem großen Neubau dieses Institut ausgebaut wird und daß wir ein zweites Institut innerhalb des Landes - ich nehme an, im nördlichen Landesteil - aufmachen.

Es ist klar und deutlich gesagt worden - ich habe es auch im Kulturpolitischen Ausschuss wiederholt erklärt -, daß bei unserem Zweiten Bildungsweg, sobald wir ihn genügend ausgestaltet und ausgebaut haben, die volle Universitätsreife zuerkannt wird.

(Abg. Dr. Kohl: Sehr gut!)

Ich meine also, so sollte man nicht kritisieren! Was Sie vorgetragen haben, war wirklich Kritik um der Kritik willen.

(Abg. Hachser: Na, na, na, Herr Minister!)

- Doch, so war es, Herr Haehser. Ich komme gleich darauf zu sprechen. Schauen Sie einmal, was soll es denn heißen, wenn Sie jetzt sagen: Ich höre hier zum erstenmal, dieser Kultusminister richtet nun in Speyer und in Daun eine neue Schulart ein und hat uns, dem Parlament, nichts gesagt, und tun darüber so gekränkt. Erstens habe ich etwas gesagt, Herr Kollege Fuchs, und zwar haben wir es im Kulturpolitischen Ausschuss vorgetragen.

(Abg. Barthel: Zu welchem Termin und zu welchem Zeitpunkt? Das stimmt nicht, Herr Minister!)

- Ich weiß es jetzt nicht auswendig. Also, auf jeden Fall ist von meinem Ministerium darüber gesprochen worden. Selbst wenn es nicht geschehen wäre, Herr Kollege Barthel - aber es ist geschehen -.

(Abg. Barthel: Nein, es ist nicht geschehen!)

dann muß ich Ihnen sagen, es handelt sich hier um eine Aufgabe der Exekutive, und sie hat das Recht dazu!

(Abg. Kuhn: Aha!)

- Ja, bitte, ich habe Ihnen heute morgen - -

(Abg. Fuchs: Das ist Ihre Meinung, na gut!)

- Ja, sicher, das ist unser Recht als Regierung. Ich habe Ihnen heute morgen gesagt - -

(Abg. Barthel: Sie dürfen aber nicht sagen, daß im Kulturpolitischen Ausschuss darüber gesprochen worden ist.)

- Warum darf ich das nicht sagen? Das würden Sie, wenn Sie als Kultusminister hier ständen, für sich genauso in Anspruch nehmen, wie ich das für mich tue.

(Beifall bei der CDU.)

Herr Kollege Fuchs! Ich habe doch vorhin ausdrücklich gesagt, diese Schulform, die jetzt an den Aufbaugymnasien als eine Sondermaßnahme - um dem Lehrerberuf Bewerber zuzuführen - eingerichtet worden ist, steht noch im Stadium der Bewährung. Wir können noch gar nicht sagen, ob wir es beibehalten oder nicht. Darüber werde ich Ihnen zur gegebenen Zeit auch im Kulturpolitischen Ausschuss unsere Erfahrung und die endgültige Entscheidung vortragen.

(Kultusminister Dr. Orth)

Nun, Herr Kollege Fuchs, haben Sie gesagt, wir sollten also mehr höhere Schulen errichten oder unsere höheren Schulen ausbauen. Wir sollten mehr Abiturienten bei unseren höheren Schulen gewinnen. Hier stimme ich Ihnen zu. Wir sind auf dem Weg, und wir haben schon viel in den letzten Jahren erreicht. Wir werden die Zahl der Abiturienten, gemessen im Prozentsatz an den Volksschülern, in der nächsten Zeit wesentlich steigern, vor allem dann, wenn wir jetzt an den Ausbau unseres Realschulwesens gehen. Wir haben ja in unserem Realschulgesetz vorgesehen, daß jeder begabte Realschüler nach seinen sechs Klassen den Anschluß an ein mathematisch-naturwissenschaftliches Gymnasium und an ein neusprachliches Gymnasium findet, so daß er nach sechs Jahren Realschule ohne jede Schwierigkeit durch das Hinüberwechseln zu einem der beiden Gymnasien, die ich genannt habe, auch dort ein volles Abitur ablegen kann.

Aber, Herr Kollege Fuchs, nun wollen wir einmal die Dinge betrachten, wie sie sich uns ganz real bieten. Wir haben in dem kleinen Rheinhessen 18 höhere Schulen. Wir haben in der Pfalz 45 höhere Schulen, wir haben also 63 Gymnasien. Sie sind in der Geographie der Pfalz genauso heimisch wie ich. Lassen Sie mich einmal fragen, wo könnten wir auf dem Lande noch ein Gymnasium einrichten, wenn wir in der Pfalz - ich sehe jetzt einmal von den großen Städten ab - in den kleinen Städten und Dörfern, wie Annweiler, Dahn, Lauterecken, Winnweiler und Marnheim, überall bereits Gymnasien haben? Sagen Sie mir einmal, wo Sie da noch mit Erfolg auf eine Frequenz ein Gymnasium neu erbauen wollen?

Sie wissen doch, daß wir in den letzten Jahren gerade unser höheres Schulwesen so ausgebaut haben, daß die Chance auch für alle besteht, eine höhere Schule zu besuchen, zumal wir doch bei den Aufbaugymnasien überall - jetzt wieder in Daun in der Eifel - ein Internat für die Landjugend errichtet haben. Oder wenn wir jetzt zum Beispiel - um bei Daun zu bleiben - in einer solchen Stadt, die ein großes ländliches Einzugsgebiet hat, neben einem Aufbaugymnasium mit Internat auch noch ein neusprachliches Gymnasium erbauen, dann dürfen Sie doch nicht sagen, wir würden hier nicht genug tun!

Aber, bedenken Sie mit mir einmal ein Problem. Nehmen wir einmal an, wir könnten von heute auf morgen nunmehr die Zahl der Abiturienten wesentlich steigern und wir blieben bei dem günstigen Prozentsatz, daß 25 Prozent der Abiturienten Lehrer werden. Dann müßten wir 100 Abiturienten ausbilden, um 25 Lehrer zu haben. Wenn ich das an einer großen Anzahl von Schulen tun will, dann sagen Sie mir einmal, wo ich dann die Philologen und die Studienräte hernehmen soll, die an diesen Schulen unterrichten.

Sie sehen doch, da stoßen sich die Dinge hart im Raum. Meine Damen und Herren, man muß doch auch etwas Geduld haben in all den Dingen. Sie sehen doch, daß wir auf dem Weg des Voranschreitens sind; aber man kann doch nicht von heute auf morgen alles fordern.

Nun haben Sie vorhin noch von der Ausbildung der Realschullehrer gesprochen, Herr Kollege Fuchs. Ich meine, das sollte man hier in diesem Hohen Hause nicht tun; denn Sie unterstellen dem Kultusminister, er wolle die Ausbildung der Realschullehrer an konfessionellen Lehrerbildungsanstalten durchführen.

(Abg. Fuchs: So habe ich das nicht gesagt! Ich habe von zwei pädagogischen Semestern gesprochen!)

- Na also, einen Moment! Sie wissen, daß der Artikel 36 unserer Verfassung einzig und allein den Volksschullehrer betrifft. Nach Artikel 36 der Verfassung werden die Volksschullehrer getrennt nach Bekenntnissen ausgebildet. Künftig wird die Ausbildung sowohl getrennt nach Bekenntnissen als auch christlich-simultan erfolgen. Über den Realschullehrer besteht diese Bestimmung nicht. Deshalb dürfen Sie uns nicht unterschieben, als wollten wir hier etwas einführen, was praktisch nicht einmal in der Verfassung verankert ist.

(Abg. Fuchs: Herr Minister, Sie haben es doch eingeführt!)

- Nein, ich habe es nicht eingeführt!

(Abg. Fuchs: In der Ausbildungsvorschrift vom August dieses Jahres steht ganz klar drin: Zwei pädagogische Semester an den Pädagogischen Hochschulen!)

- Ja, sicher, also gut! Gehen wir einen Schritt weiter. Wenn wir morgen eine simultane Pädagogische Hochschule haben, dann kann der -

(Abg. Fuchs: Das ist etwas anderes, wir haben sie noch nicht!)

- Aber, jetzt bitte ich Sie doch. Streiten wir jetzt um Dinge, die zurückliegen, oder um Dinge, die wir in der Zukunft vor uns haben?

Ich verstehe Sie wirklich nicht.

(Abg. Fuchs: Das ist jetzt im August geschehen durch die Ausbildungsrichtlinien!)

Darüber ist bei uns gesprochen worden. Es kann sich zum Beispiel ein evangelischer Aspirant für diese Ausbildung genauso gut in Koblenz einschreiben, wie er sich in Worms einschreiben kann. Das Studium der vier Semester an dieser Pädagogischen Hochschule hat er sowieso. Ich meine also, konstruieren wir doch da nicht Dinge, die nicht bestehen. Ich hätte mich wirklich gefreut, Herr Kollege Fuchs, wenn uns das, was ich Ihnen heute vorgetragen habe, wirklich aus der Sorge und der Not heraus, vor denen wir stehen, in einer Diskussion vereint hätte.

Wenn Sie nun dem ausweichen und erklären, jetzt und in dieser Stunde ist der wissenschaftliche Charakter der Pädagogischen Hochschule zu fordern, jetzt und in dieser Stunde ist ein Lehrerbildungsgesetz zu fordern, dann muß ich Ihnen sagen, damit hätten Sie an dem Zustand, vor dem wir stehen, aber auch gar nichts geändert.

(Beifall bei den Regierungsparteien. - Abg. Haehser: Aber für die Zukunft würden wir damit etwas ändern.)

- Gut, dann wollen wir zu gegebener Zeit über die Dinge reden.

(Zurufe bei der SPD: Aha!)

- Was heißt aha? Mein Gott, wenn Sie eine Pädagogische Akademie haben -

(Anhaltender Widerspruch bei der SPD.)

- Es hat doch keinen Sinn! Herr Kollege Fuchs! Ich wollte zum Abschluß nur noch eines sagen. Ich gebe gar nichts dafür - und ich sage das mit aller Deutlichkeit -

(Kultusminister Dr. Orth)

wenn die Länderregierungen ihre Pädagogischen Hochschulen als „wissenschaftliche“ deklarieren und nebenher den „Volkssturm“ holen und ihn in die Volksschule hineinschicken. Dafür gebe ich nichts!

(Beifall bei der CDU.)

Ich glaube, aus meinen Ausführungen war klar und deutlich zu erkennen, daß wir an der hochschulmäßigen Ausbildung des Lehrers festhalten und die Lehrerbildung an den Pädagogischen Hochschulen eigener Prägung - weil der Lehrerberuf eine besondere Aufgabe hat - für richtig halten.

Glauben Sie mir, Herr Kollege Fuchs, das Ansehen der Pädagogischen Hochschulen von Rheinland-Pfalz - erkundigen Sie sich einmal bei dem Dozentenverband - ist wahrlich ein sehr hohes.

(Beifall bei den Regierungsparteien.)

**Vizepräsident Piedmont:**

Das Wort hat der Herr Abgeordnete Fuchs (SPD).

**Abg. Fuchs:**

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich glaube, der Herr Kultusminister war es, der gesagt hat, ich hätte vorhin Kritik um der Kritik willen geübt. Herr Minister, das haben Sie sich etwas zu leicht,

(Kultusminister Dr. Orth: Das habe ich mir nicht zu leicht gemacht!)

fast zu billig gemacht. So kann man ein ernst vorgebragtes Anliegen nicht abtun.

(Lachen bei der CDU.)

Meine Damen und Herren! Sie können ruhig darüber lachen.

(Abg. Schwarz: Herr Kollege Fuchs, die SPD hat bei mir auch gelacht.)

Ich sage Ihnen hier, die Forderung von uns, das Lehrerstudium in dem Rahmen durchzuführen, wie ich es vorhin noch einmal unzweideutig und klar zum Ausdruck gebracht habe, besteht nicht seit heute, Herr Minister, sie besteht auch nicht seit gestern, sondern sie besteht, seitdem dieser Landtag zusammengetreten ist.

(Beifall bei der SPD.)

Das ist doch gar nichts Neues! Sie sagen, man solle das nicht überstürzen. Natürlich, wir wollen keine Experimente mit unseren Kindern, auch nicht mit unseren Lehrern, aber, meine Damen und Herren, das Nichtüberstürzen darf doch nicht heißen, daß dem Grunde nach in dieser Entwicklung nichts oder kaum Spürbares geschieht. Darauf kommt es doch an.

Sie sagen, unsere Pädagogischen Hochschulen hätten ein hohes Ansehen, ich soll bei dem Dozentenverband nachfragen. Meine Damen und Herren! Was soll das? Fest steht doch, daß die jetzt bestehenden Pädagogischen Hochschulen die Voraussetzungen nicht erfüllen, die notwendigerweise an eine wissenschaftliche Hochschule gestellt werden müssen.

(Sehr gut! bei der SPD.)

Das ist eine Tatsache. Der Herr Kollege Schwarz hat es selbst angedeutet, als er gesagt hat: Wir müssen ihnen aber wenigstens die Rektorsverfassung geben. Es gibt noch viele, viele andere Dinge; auch die Doppelbesetzung von Lehrstühlen. Ich will sie gar nicht alle aufzählen; denn, Herr Minister, Sie wissen es doch wahrscheinlich noch viel besser als ich, was zu einer solchen Hochschule gehört. Deshalb möchte ich diese ganz klare Forderung hier noch einmal unterstreichen. Das ist nicht Kritik um der Kritik willen, sondern das geschieht in der Tat aus der Sorge um den Fortbestand und die Fortentwicklung eines so wichtigen Berufes wie dem des Lehrers,

(Abg. Völker: Aus der Verantwortung heraus!)

und aus sonst gar keinem Anliegen heraus.

Herr Minister, sind Sie nicht überzeugt, daß meine Ausführungen maßvoll waren? Ich glaube, daß diese Ausführungen auch unter dem Gesichtspunkt geführt worden sind, daß es ein Minister nicht immer leicht hat, ja daß es ein Kultusminister in diesem Lande besonders schwer hat, vielleicht wegen der Koalition, vielleicht wegen der Regierung; ich weiß nicht, wegen was. Ich hätte in der Tat - ich sage das jetzt nicht als Vorwurf - in der Sache noch viel härter werden und vieles zitieren können.

Herr Präsident! Gestatten Sie mir, ein Zitat von meinem Platz zu holen, das ich eben vergessen habe. -

(Vizepräsident Piedmont: Bitte! - Abg. Dr. Kohl: Wenn dadurch die Erleichterung kommt, Herr Kollege Fuchs, warum nicht!)

- Es kann sein!

Meine Damen und Herren! Die Forderungen, die wir gegenüber der Pädagogischen Hochschule gestellt haben, sind auch von dem amtierenden Kultusminister bereits im Jahre 1958 zum Vortrag gebracht worden. Ich darf das zitieren. Der Herr Kultusminister hat vor der Vertreterversammlung der Lehrer in Speyer am 26. Januar 1958 folgendes erklärt:

Das Abitur, die Reifeprüfung einer höheren Schule, muß künftig die Voraussetzung zum Studium für den Lehrerberuf sein.

(Kultusminister Dr. Orth: Auch heute noch!)

Und da meine ich, sollten wir zunächst die Pädagogischen Akademien in ihrem Range heben. Den Aufbau hätte ich mir so vorgestellt: Da ließe sich eine sehr schöne Symbiose herstellen zwischen unseren Pädagogischen Hochschulen und unserer Landesuniversität, daß ein Teil der Studienzeit nach meiner Meinung zur Hälfte oder zum größeren Teil an der Pädagogischen Hochschule abgelegt werden soll. Aber Jeder Studierende, der angehende Lehrer, sollte auch ein oder zwei oder drei Semester zur Universität gehen.

- Er wollte sie sogar zur Universität schicken -

Er sollte auch dort einmal die Universitas der Wissenschaft, an der er teilhaben soll, kennenlernen. Wenn wir das alles erreicht haben, können wir darangehen, unsere Schulen zu verbessern.

Herr Minister! Wenn ich das wörtlich nehme, können Sie seit fünf Jahren nicht darangehen, unsere Schulen in diesem Lande zu verbessern. Aber so will ich es

(Fuchs)

gar nicht ausdrücken. Ich will nur sagen, was Sie selbst vor fünf Jahren gesagt haben, fordern wir erneut. Und was wir für unsere Schulen viel früher gefordert haben, das ist keine wie aus der Pistole geschossene, sondern eine aus der Entwicklung notwendige Forderung. Sie bleibt im Raum stehen, und wir werden Sie auch von dieser Forderung nicht befreien.

Nun haben Sie über die Zahl der Abiturienten eine Rechnung aufgemacht. Wenn sie stimmte, meine Damen und Herren, hätte der Herr Minister heute zum Ausdruck gebracht, daß es überhaupt nicht möglich ist, die notwendige Zahl an Abiturienten hervorzubringen, die den Lehrerberuf ergreifen will.

(Kultusminister Dr. Orth: Nein, das habe ich nicht gesagt!)

- Doch, Sie haben hier gerechnet und gesagt: Wir haben doch schon überall die höheren Schulen, und rechnen Sie einmal für die Zukunft, wenn von hundert Schülern allein 25 Lehrer werden wollen, woher sollen denn die Philologen und die anderen Berufe kommen? - Das haben Sie hier zum Ausdruck gebracht.

(Kultusminister Dr. Orth: Nein, das habe ich nicht gesagt!)

- Doch, Herr Minister, das haben Sie gesagt!

(Kultusminister Dr. Orth: Nein!)

- Gut, dann habe ich Sie mißverstanden. Sie haben auch gesagt: Die Zahl der höheren Schulen braucht nicht erhöht zu werden. Sicher, wir haben eine Reihe.

(Abg. Schwarz: Wir haben drei neue!)

Nur habe ich gesagt, wir brauchen offensichtlich noch mehr höhere Schulen und solche, die wir näher an die Dorfbevölkerung heranbringen. Der Herr Minister sagte, wir sollen ihm noch Orte benennen, wo höhere Schulen hinkommen können. Das kann geschehen. Wenn dem so wäre, daß das Reservat der Begabungen - es ist kein schönes Wort, aber es gibt offenbar kein besseres - schon weitgehend erschöpft sei, dann muß unsere Bevölkerung in Rheinland-Pfalz weniger intelligent sein als in anderen Ländern. Das ist aber wahrlich nicht so. Wenn von den vergleichbaren Jahrgängen in Rheinland-Pfalz 4 Prozent zum Abitur kommen -

(Abg. Dr. Kohl: Das ist eine Zahl von vor zwei Jahren, die auch nicht mehr stimmt!)

- Na gut, dann sind es 4,6 v. H.

(Abg. Kölsch: Woanders ist die Relation nicht günstiger geworden! - Abg. Dr. Kohl (zur Abg. Kölsch gewandt): Wo ist woanders? - Es sind jetzt 8 Prozent, genau das doppelte!)

- Herr Kollege Dr. Kohl, wir brauchen uns gar nicht darüber zu streiten, daß in der Tat die Zahl der Abiturienten auch im Prozentverhältnis der Geburtenjahrgänge in Rheinland-Pfalz nicht so hoch ist wie in vergleichbaren anderen Bundesländern.

(Abg. Dr. Kohl: Sicherlich, aber warum? Das müssen Sie auch sagen!)

- Das ist ja meine Forderung. Wir müssen versuchen, mit unseren Schulen näher zu den Menschen hinzukom-

men. Ich bin nicht der Meinung, daß der Herr Minister recht hat, daß hier schon alles getan sei, was möglich ist.

(Abg. Dr. Kohl: Das hat er doch gar nicht gesagt, Herr Kollege Fuchs!)

- Sehen Sie, Herr Kollege Dr. Kohl, ich bin ja nicht so böseartig, zu sagen, daß das, was Sie dauernd dazwischenrufen, eine Kritik um der Kritik willen ist. Man sollte solche Dinge sehr ernst nehmen.

(Abg. Dr. Kohl: Das tun wir!)

Wir werden uns auch in den kommenden Jahren darüber zu unterhalten haben.

Noch ein Wort zum Zweiten Bildungsweg, Herr Minister. Ich stelle noch einmal fest: Es gibt in Rheinland-Pfalz als dem einzigen Land der Bundesrepublik keine Oberstufe des Zweiten Bildungsweges, die zum Abitur führt. Der junge Mann, der nach Speyer geht, bekommt das Zeugnis in die Tasche, daß er Pädagogik studieren kann. Sie haben vorhin gesagt: Wenn einer den Wunsch äußere, nicht Lehrer zu werden, dann bekäme er das Zeugnis für die Hochschulreife. So einfach ist es doch wohl nicht, Herr Minister. Er muß sich doch dafür einer Sonderprüfung unterziehen. So, wie Sie es vorhin dargestellt haben, hat es sich angehört, als daß einer kommt und sagt: Hören Sie mal, ich habe gar keine Lust, Lehrer zu werden. Und dann geben Sie ihm einfach das Zeugnis der Hochschulreife, um zur Universität zu gehen. So ist es vorhin hier dargestellt worden.

(Lebhafte Unruhe bei der CDU.)

So ist es nicht! Er muß eine Sonderprüfung ablegen.

(Abg. Dr. Kohl: Da haben Sie recht, so ist es nicht. So ist es aber auch nicht gesagt worden!)

Wir meinen, daß diese Oberstufe des Zweiten Bildungsweges mehr ausgebaut werden muß.

(Abg. Dr. Kohl: Da sind wir einer Meinung, Herr Kollege Fuchs!)

Ich verstehe nicht, warum das nicht schneller geht. Der Herr Minister sagte, es seien mehr Bewerber da, als man aufnehmen könne. Ist das nicht eine traurige Feststellung im Jahre 1963, daß man nicht die paar Räume mehr schaffen kann?

(Abg. Schwarz: Herr Kollege Fuchs, das ist doch billig. In Hessen ist es genauso!)

- Aber das ist gar nicht billig, Herr Kollege Schwarz, sondern ganz ernst gemeint.

(Weitere Unruhe bei der CDU.)

- Sie müssen es sich halt anhören, es nutzt Ihnen gar nichts. Ich muß sagen, es ist schon eine bittere Feststellung, speziell auch im Hinblick auf den notwendigen Lehrerberuf.

(Kultusminister Dr. Orth: Drüben über dem Rhein ist es genauso wie hier, Herr Kollege Fuchs!)

- Sie wissen aber, daß andere Länder viel mehr solcher Institute haben. Sie wissen auch, daß sie mehr Teilnehmer haben.

(Abg. Dr. Kohl: Das ist gar nicht wahr, wo denn? Es gibt ja nur drei Institute!)



(Fuchs)

- Herr Kollege Dr. Kohl, die Zahl der Besucher der Oberstufe des Zweiten Bildungsweges ist in jedem anderen Bundesland höher als in Rheinland-Pfalz.

Herr Kollege Schwarz, nun zu Ihren Ausführungen. Ich muß ehrlich sagen, ich habe mir vorhin überlegt, als Sie gesagt haben, der Lehrerberuf werde abgewertet, wenn man von Notmaßnahmen usw. spreche, welchen Ausdruck man wählen soll.

(Abg. Schwarz: Behelfs-, habe ich gesagt!)

- Herr Kollege Schwarz, das ist ja wohl ein Wortspiel. Man kann auch der Meinung sein, daß der Begriff „Notmaßnahme“ noch härter ist. Ich habe mir die ganze Zeit überlegt, welchen Ausdruck man dafür finden kann. Sie haben heute morgen ausführlich über Sondermaßnahmen gesprochen. Der Herr Kultusminister hat sich ebenfalls sehr lange damit beschäftigt. Ich hoffe, daß wir uns im Kulturpolitischen Ausschuß darüber eingehend und sehr ernst unterhalten können.

(Abg. Dr. Kohl: Das ist der Sinn der Sache!)

Das alles aber enthebt Sie in diesem Hause nicht der Verpflichtung, dem Lehrernachwuchs die ihm zustehende Hochschule zu geben. Und es enthebt Sie nicht der Verpflichtung, auch den besoldungsmäßigen Rahmen für unsere Lehrer so zu gestalten, daß dieser Beruf in der Tat noch vom Staat her die notwendige Anerkennung erfährt.

(Beifall bei der SPD.)

#### Vizepräsident Piedmont:

Das Wort hat der Herr Abgeordneter Dr. Kohl (CDU).

(Abg. Völker: Machen Sie jetzt nicht wieder alles kaputt, Herr Kollege!)

Abg. Dr. Kohl:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Verehrter Herr Kollege Völker, sind Sie unbesorgt, ich will Ihre Ruhe nicht stören, obwohl das reizvoll wäre, sondern möchte hier versuchen, bei diesem wirklich ernstesten Thema zu einem friedlichen Abschluß zu kommen.

Herr Kollege Fuchs, der Herr Kultusminister und der Herr Kollege Schwarz haben meines Erachtens zu Recht gesagt, daß Sie nur von Versäumnissen sprachen und zu wenig von den Leistungen, die mindestens auch aus Ihrer Sicht feststellbar sind. Man kann natürlich, verehrter Herr Kollege Fuchs, der Meinung sein, daß es nicht Aufgabe der Opposition ist, eine Laudatio zu halten, sondern Aufgabe der Regierungsfraktion, die die Regierung trägt. Trotzdem sollte man sich überlegen, ob man nicht auch von ihrer Seite anerkennen soll, was geschehen ist, wenn man im gleichen Atemzug von Gemeinsamkeit spricht. Insofern muß man sich doch überlegen, ob der Vorwurf „Kritik um der Kritik willen“ nicht berechtigt ist.

Wir haben bei dieser Anfrage erreichen wollen, daß das Hohe Haus und damit die Öffentlichkeit unseres Landes Gelegenheit erhält, einmal die großen Sorgen um den Nachwuchs in unseren Schulen und den Lehrernachwuchs genau zu prüfen. Wir haben jedoch, wenn ich das alles überblicke, eine recht sachkundige und gute Diskussion geführt, wenn ich nur an das persön-

liche Bekenntnis des Herrn Kollegen Martenstein, der hier als ein erfahrener Mann seines Berufes gesprochen hat, denke. Ich meine, wir sollten uns über eines klar sein: gleich, ob hier eine Regierungskoalition der CDU/FDP regiert oder meinetwegen der Kultusminister von der Sozialdemokratie gestellt würde.

(Unverständlicher Zwischenruf des  
Abg. Müller, Herb.)

- Bitte schön, Herr Kollege Müller, von diesem Traum träumen Sie schon viele Jahrzehnte und Sie haben seine Erfüllung doch nicht erlebt.

(Beifall bei der CDU.)

Ich will Ihnen aber die Hoffnung nicht nehmen, das wäre unfair.

(Heiterkeit im Hause.)

Sie sollen in dieser Hoffnung weiterleben.

(Abg. Haehser: Wir wissen, wie wohl diese  
Hoffnung begründet ist!)

- Aber, Herr Kollege Haehser, wenn ich Sie betrachte, dann würde ich das auch sagen.

(Lebhafte Heiterkeit im Hause.)

Meine Damen und Herren! Es gibt einfach bestimmte Grundtatbestände, mit denen wir uns heute bei der Frage des Lehrernachwuchses auseinandersetzen müssen. Und das sagen Sie, meine Damen und Herren von der SPD, draußen viel zu wenig in der öffentlichen Diskussion. Deswegen müssen wir es in aller Sachlichkeit nachtragen. Die Tatsache, daß wir heute in unseren Gymnasien die geburtenschwachen Jahrgänge von 1943, 1944 und 1945 haben - Jahrgänge, die deshalb so geburtenschwach sind, weil die damaligen Zeitläufe dementsprechend waren, Zeitläufe, die niemand von uns zu vertreten hat - ist mitentscheidend. Auf einer solchen Grundlage - insofern hat der Kultusminister natürlich völlig recht, Herr Kollege Fuchs - kann man natürlich nicht erwarten, daß wir in einer besonders großen Zahl den Lehrernachwuchs gewinnen können. Denn leider Gottes geht die statistische Schere auseinander: auf der einen Seite die 20jährigen, aus den geburtenschwachen Jahrgängen, auf der anderen Seite die geburtenstarken Schuljahrgänge unserer Zeit. Daß diese geburtenstarken Jahrgänge vorhanden sind, das scheint mir, nebenbei bemerkt, kein schlechtes Zeichen für diese Zeit und für die Politik, die in dieser Zeit getrieben wurde, zu sein. Aber das nur nebenbei.

(Beifall bei der CDU.)

Dann ist ein zweites. Der Herr Minister hat zu Recht - und ich habe eigentlich bedauert, daß Sie dazu kein Wort gefunden haben - davon gesprochen, daß der Lehrerberuf - und zwar verstehe ich darunter in diesem Falle Lehrerberufe in allen Bereichen - ich habe das auch bei meiner Rede zum Kultusetat im vergangenen Dezember ausgeführt - heute in der öffentlichen Meinung, in den Prestigevorstellungen unseres Volkes nur gering eingestuft wird. Es nützt uns nichts, wenn wir hier jetzt gemeinsam beklagen und sagen: Der Lehrer hat nicht mehr die Reputation wie früher, wo häufig das Dreigestirn Pfarrer, Lehrer und Bürgermeister die dörfliche Gemeinschaft bewegt und beherrscht haben. Die Dinge haben sich geändert, und wir müssen uns mit diesen geänderten Verhältnissen auseinandersetzen.

(Abg. Völker: Ganz richtig!)

(Dr. Kohl)

Wir müssen hier neue Wege gehen. Wir können aber eines nicht ändern - und wer behauptet, daß er das kann, dem würde ich zum mindestens unterstellen, daß er nicht mit offenen Karten spielt -: Wir können nicht ändern, daß dieser Beruf überwiegend, und zwar in der ganzen Welt - Herr Schwarz hat das auch schon gesagt -, ein Frauenberuf geworden ist, mit dem zusätzlichen Risiko, daß ein Großteil der jungen Lehrerinnen wegen Heirat schon sehr bald aus ihrem Beruf ausscheidet, und häufig - und das ist eine Entwicklung, die sich in Amerika schon vor zwanzig Jahren anbahnte - dann aber mit 40, 45 Jahren wieder in den Lehrerberuf zurückkommt. Damit müssen wir uns auseinandersetzen. Wir können das bedauern, meine Damen und Herren; aber wir können es nur zu einem sehr geringen Umfange ändern.

Zur Frage der Abiturienten möchte ich hier auch ein Wort sagen. Es wird bei dieser Debatte natürlicherweise nur vom Lehrernachwuchs gesprochen. Bei der geringen Zahl der vorhandenen Abiturienten aus den geburtenschwachen Jahrgängen müssen auch alle anderen Berufe, auch wichtige akademische Berufe, bei denen das Abitur eine unabdingbare Voraussetzung ist, mit steigenden Schwierigkeiten kämpfen, so daß wir gar nicht umhinkönnen, die Maßnahmen, die der Herr Kultusminister eingeleitet hat, mit zu erwägen.

Und, Herr Kollege Fuchs, ich vermag nicht einzusehen, warum wir angesichts des Lehrermangels in unserem Lande zunächst einmal bei dem ersten Schritt, der Einrichtung des Speyerer Instituts, nicht so handeln mußten, wie wir gehandelt haben, und dort nur die Fakultätsreife verleihen. Das ist in keiner Form eine Diskriminierung des Berufsstandes, sondern das ist - es ist auch in Speyer bei der Eröffnung deutlich gesagt worden - eine Übergangslösung, die wir auch für eine Übergangszeit bejahen. Es gibt heute, ich glaube, mit Ausnahme des juristischen und des philologischen Berufes, in jeder anderen Laufbahn, auch akademischen Laufbahnen, die Durchgangsmöglichkeit über die sogenannte Fachschule. Ob es ein Diplom-Landwirt ist, ob es ein Diplom-Volkswirt ist, ob es ein Diplom-Chemiker ist, der über ein Chemotechnikum mit einem guten Examen den Aufstieg erreicht -, solche Möglichkeiten gibt es überall. Und wenn es diese Möglichkeiten überall gibt, dann ist es auch in diesem Fall keine Diskriminierung.

Wir sind uns völlig einig, daß wir die Institute des Zweiten Bildungsweges soweit wie möglich ausbauen wollen. Die Koalitionsparteien haben sich beim Abschluß der Koalition auch dazu verpflichtet, daß wir so bald wie möglich im Nordteil unseres Landes - der Ort ist noch nicht bestimmt - ein zweites Institut errichten. Darüber hinaus treten wir dafür ein, das jetzt bestehende Speyerer Institut in seiner baulichen Voraussetzung zu verbessern.

Wenn Sie sehen, was der Steuerzahler an Mitteln aufbringt für jeden Stipendiaten des Zweiten Bildungsweges in Speyer, dann scheint es mir auch berechtigt zu sein, daß wir zunächst einmal den dringendsten Mangelberuf, den wir auch von seiten des Staates mitzubedenen haben, nämlich den Lehrerberuf, mit Absolventen des Zweiten Bildungsweges versorgen. Dafür hat auch die Bevölkerung Verständnis, wenn man es ehrlich sagt.

(Beifall bei der CDU.)

Und ein zweites, Herr Kollege Fuchs. Sie sprachen wieder - das ist die alte Mär aus dem vergangenen Wahlkampf - vom Prozentsatz der Abiturienten in

Rheinland-Pfalz. Zunächst stelle ich noch einmal, zum wievielten Male fest: Sie arbeiten hier mit veralteten Zahlen; die sind natürlich für Ihre Argumentation günstiger, sie bleiben aber trotzdem unrichtig, weil sie veraltet sind.

(Abg. Kölsch: Nein, nein! Rufen Sie bitte nachher einmal an!)

- Ich brauche da nicht anzurufen, ich weiß das, verehrte Frau Kollegin!

(Abg. Kölsch: Wir haben die richtige Zahl!)

Ich kann nur feststellen, daß wir in Rheinland-Pfalz in der Pro-Kopf-Zahl Abiturienten zur Gesamtbevölkerung einen Rückstand haben, meine Damen und Herren, das hat nie jemand bestritten. Was wir aber bestritten, ist, daß Sie daran politische Konsequenzen knüpfen, die einfach unrichtig sind, weil nämlich in diesen Konsequenzen nicht enthalten ist die Geschichte dieses Raumes links des Rheins in den letzten 150 Jahren, die ganz anders gelaufen ist als vergleichsweise in Berlin, in Hamburg, als vergleichsweise - - bitte schön!

(Abg. Fuchs: Die Stadtstaaten nehme ich nicht als Beispiel!)

- Also, gut, dann nehmen Sie meinerwegen das Beispiel Hessen. Nun, verehrter Herr Kollege Fuchs, nehmen wir mal das Beispiel Hessen.

(Zuruf des Abg. Schwarz.)

- Einen Augenblick!

Hessen hat rund 4,6 Millionen Einwohner. Nehmen Sie die Stadtregion Frankfurt mit 1 Million Einwohnern heraus, dann haben Sie ein Land, das praktisch genauso groß ist wie Rheinland-Pfalz jetzt. Mit einer ähnlichen Struktur, mit ländlich weiten Gebieten - in Oberhessen und im Odenwald - und mit Städten, wie auch wir sie haben; Hessen hat dann im Vergleich sogar noch ein paar Großstädte mehr. Wenn Sie einmal diese Statistik aufmachen, werden Sie feststellen, daß in Hessen die Verhältnisse keinen Deut anders sind als hier in Rheinland-Pfalz.

(Beifall bei der CDU. - Zuruf des Abg. Fuchs.)

- Doch, Herr Kollege Fuchs! Ich kann bloß nicht zwei verschiedene Größen miteinander vergleichen.

Sie können auch - vorhin kam wieder der Vorwurf als Zwischenruf; ein Zwischenruf, der mir völlig unverständlich ist - aus Ihrer Sicht, so wie die moderne Sozialdemokratie sich vom Volke her gerne begriffen sehen möchte -, nicht jede einzelne Dorfschule auflösen; auch Sie müssen ein Interesse an einer vernünftigen Größenordnung der heimatgebundenen Volksschule draußen haben. Und wenn Sie dies alles mit den geographischen und den soziographischen Verhältnissen unseres Landes konfrontieren, kommen Sie gar nicht drumherum, daß auch Rheinland-Pfalz in einem bestimmten Umfang für die Zukunft Kleinschulen haben wird, und zwar weil die Verhältnisse uns dazu zwingen. Genau wie auch heute noch, meine Damen und Herren von der SPD, Hessen Kleinschulen besitzt; bloß sprechen Sie dort weniger davon; dort werden die Dinge anders dargestellt.

Es steht für uns außer Frage, daß unsere ganze Energie in diesen Jahren darauf gerichtet sein muß, die Bildungsreserve - es ist ein schreckliches Wort, aber es

(Dr. Kohl)

hat sich leider Gottes in die Debatte eingeschlichen und hält sich - überall in unserem Lande voll zu aktivieren, voll auszuschöpfen. Inwieweit das möglich ist, Herr Kollege Fuchs, indem man, wie Sie sagen, die Gymnasien näher ans Dorf heranführt - das ist nämlich die Konsequenz Ihrer Formulierung -, das wage ich hier nicht ohne weiteres zu beurteilen. Wenn Sie eine solche Möglichkeit nachweisen, haben Sie die Stimmen der CDU-Fraktion dafür.

(Abg. Fuchs: Gut!)

Ich fürchte nur, verehrter Herr Kollege Fuchs, es wird Ihnen schwerfallen, über das hinaus, was nicht nur der Kultusminister hier sagte, sondern was Sie im Kulturpolitischen Ausschuß des vergangenen Landtages anlässlich einer Vorlage des Kultusministeriums zum Thema Ausbau der Gymnasien in Rheinland-Pfalz mitbeschlossen haben - und Sie werden nicht bestreiten können, daß wir darüber gesprochen haben -, -

(Abg. Fuchs: In dem Falle haben wir darüber gesprochen!)

- Gut! Wir sind jetzt, glaube ich, Herr Minister, bei 106 Vollgymnasien in unserem Lande; so ungefähr ist die Zahl, etwas über hundert. Wenn Sie oder jemand aus dem Ministerium nachweisen kann, daß nun an diesem oder jenem Ort ein Bedürfnis für ein Gymnasium besteht, dann findet das sicherlich unsere Billigung. Nur kann man es nicht so machen, daß man in jeden Kreis drei oder vier Gymnasien setzt und gleichzeitig, meine Damen und Herren, nicht daran denkt, daß dieses Land nicht nur im Bereich der Schulpolitik Verpflichtungen hat, sondern in vielen anderen Bereichen genauso, und daß wir uns, relativ gesehen - auch hier sollten Sie doch mal den hessischen Vergleich anstellen -, sehr viel günstiger stellen als vergleichsweise Hessen.

Meine Bitte wäre: Wenn Sie in Zukunft über diese Frage sprechen, ziehen Sie tatsächlich vergleichbare Größen heran, und ziehen Sie keine Größen heran, die sich mit unseren Verhältnissen nicht vergleichen lassen.

(Abg. Fuchs: Aber, Herr Kollege!)

Meine Damen und Herren! Wir von der Christlich-DEMokratischen Union sind entschlossen, alle Wege mitzugehen, alle Wege zu unterstützen, die so schnell wie möglich eine Beseitigung der Lehrernot herbeiführen. Wir sind bereit, alle Vorschläge genau zu prüfen; und wir sind so modern, meine Damen und Herren, wie Sie von der Sozialdemokratie, trotz all ihrer Wandlung in der jüngsten Zeit, gar nicht sein können.

(Heiterkeit und Beifall bei der CDU.)

Seien Sie versichert - wir haben es, der Herr Ministerpräsident für die Landesregierung und ich für die Fraktion der CDU, von dieser Stelle aus schon einmal erklärt -: Wir werden in diesen vier Jahren eine dynamische Politik mit dynamischen Mitteln machen.

(Abg. Fuchs: Das haben wir heute gemerkt!)

Und, meine Damen und Herren, wir werden uns dabei von niemandem - ich sage es Ihnen noch einmal - übertreffen lassen, gerade in diesen Fragen, die hier angesprochen wurden.

Wir sind der Meinung, daß es hier um eine wichtige Frage der deutschen Politik und insonderheit der Landespolitik geht. Es geht hier um eine entscheidende

Frage der Zukunft unseres Volkes. In dieser Frage werden wir so unseren Mann stehen, wie wir uns das vorstellen.

Herr Kollege Fuchs, wir sind bereit, wenn wir über diese Debatte im Ausschuß noch einmal sprechen, die Vorschläge, die Sie leider hier nicht gemacht haben, entgegenzunehmen.

(Abg. Fuchs: Ich habe sehr konkrete Vorschläge gemacht!)

Ein Vorschlag, den Sie gemacht haben, war die Einführung der L-Besoldung.

(Abg. Fuchs: Aber, Herr Kollege Dr. Kohl, das war ein Vorschlag! - Widerspruch bei der SPD und Zurufe: Das war ein Vorschlag!)

- Entschuldigung, wo ich in Ihren Vorschlägen anfangen, müssen Sie mir überlassen. Sie haben unter anderem - wenn Sie das beruhigt - die L-Besoldung verlangt. Es ist sehr die Frage - Sie wissen das so gut wie ich -, ob Sie dadurch einen einzigen Lehrer mehr gewinnen. Ich habe Zweifel.

Sie haben das Verlangen gestellt auf Einführung wissenschaftlicher Pädagogischer Hochschulen. Sie haben nicht ganz klar gesagt, ob Sie diese an die Universitäten legen wollen oder einen anderen Ort. Daraus ergibt sich für uns auch noch keineswegs eine Lösung zur Behebung des Lehrermangels.

Wir sind mit Ihnen, meine Damen und Herren von der SPD, in der Forderung einig: Es muß alles getan werden, um die Pädagogische Hochschule in unserem Lande - das hat vorhin der Herr Kollege Schwarz bereits ganz deutlich gesagt - so schnell wie möglich in ihrer Ausgestaltung in einen Zustand zu bringen, der uns befriedigt.

Aber, Herr Kollege Fuchs, es ist nicht damit getan, daß man sagt: wissenschaftliche Hochschulen. Sie brauchen für diese wissenschaftlichen Hochschulen ein Dozentenkollegium. Es gibt wenig Länder - ich vermisste das eigentlich in den Ausführungen des Herrn Kultusministers -, die so viele Anstrengungen unternommen haben wie das Land Rheinland-Pfalz für den Nachwuchs an Dozenten für die Pädagogischen Hochschulen in unserem Lande. Das ist eine hervorragende Leistung unseres Landes, und wir haben hier eine ganze Menge qualifizierter Nachwuchskräfte herangebildet. Wir sind allerdings der Meinung, mit Titulaturen allein ist es nicht getan. Die tatsächlichen Verhältnisse an den Hochschulen müssen dem völlig entsprechen.

Wir müssen beispielsweise - und das war eine Voraussetzung für uns in der Fraktion - in der Frage der Rektoratsverfassung dann tatsächlich entsprechende Kollegien haben, die in ihrer Mehrheit dem entsprechen, was an einer wissenschaftlichen Hochschule an Qualifikation vorausgesetzt wird.

(Abg. Fuchs: Sind wir uns einig, daß wir die wissenschaftliche Hochschule wollen?)

- Nein, Herr Kollege Fuchs, so einfach können wir es uns nicht machen.

(Abg. Fuchs: Das wollte ich nur wissen!)

- Was Sie mit der wissenschaftlichen Hochschule wirklich wollen, haben Sie hier nicht gesagt. Darüber werden wir uns wohl in wenigen Wochen in einem ande-

(Dr. Kohl)

ren Zusammenhang unterhalten müssen. Herr Kollege Fuchs, darüber wollen wir heute nicht sprechen. Man merkt die Absicht; wir sind aber trotzdem nicht verstimmt, wir sind nur etwas aufmerksam.

(Abg. Fuchs: Es ist die Frage, ob das eine oder das andere wichtiger ist!)

Wir werden alles unterstützen, was dem Ausbau unserer Pädagogischen Hochschulen dient. Ich sage es noch einmal: Wir sind sehr gespannt auf Ihre Vorschläge und auf das, was Sie außer den Forderungen „wissenschaftliche Hochschulen“ und „Einführung der L-Besoldung“ uns noch vorschlagen. Beides erscheint uns für den Augenblick etwas wenig.

(Abg. Fuchs: Es ist noch mehr, Herr Kollege Dr. Kohl! - Abg. Haehser: Mehr kann er nicht aufzählen, Herr Kollege Fuchs!)

Wir sind mehr von dem überzeugt, was der Herr Kultusminister hier vorgetragen hat; denn das waren meines Erachtens, alles in allem gesehen, beachtliche Tatsachen, und deswegen freuen wir uns über diesen Bericht.

(Beifall der CDU.)

#### Vizepräsident Piedmont:

Das Wort hat der Herr Abgeordnete Schmidt (SPD).

Abg. Schmidt:

Herr Präsident Meine Damen und Herren! Der Herr Kollege Dr. Kohl hat vorhin uns eine hoffnungsvolle Sache angekündigt, indem er sagte: „Die Landesregierung und wir als CDU-Fraktion...“ - er hat es vielmehr umgekehrt gesagt - „Wir als CDU-Fraktion und die Landesregierung werden in den nächsten vier Jahren hier eine dynamische Politik betreiben!“

(Abg. Dr. Kohl: Unbedingt!)

Vielen Dank, Herr Kollege Dr. Kohl, ob dieser Ankündigung,

- a) werden wir Ihnen dabei helfen,
- b) haben Sie damit die Richtigkeit der Wählerentscheidung von 31. März dieses Jahres unterstrichen.

(Starker Beifall der SPD.)

Wenn die Änderung der Mehrheitsverhältnisse allein zu diesem Erfolg geführt hat, dann sind wir heute noch den Wählern dafür sehr dankbar.

(Sehr gut! und Beifall bei der SPD.)

Es gibt doch keinen Zweifel darüber, daß in den vergangenen Jahren gerade die Kultur- und Schulpolitik dieses Hauses unter der einseitigen Mehrheit der CDU allzu stark gelitten hat.

(Sehr gut ! und Sehr richtig! bei der SPD.)

Wir freuen uns daher über jede neue Erkenntnis und über jeden Fortschritt, den wir in Ihrem kulturpolitischen Denken feststellen können.

(Abg. Fuchs: Sehr gut!)

Wir sind Ihnen nicht böse darüber, sondern es kommt am Ende auch uns auf die Sache an.

Wir werden nicht allzu stark in der Vergangenheit herumkramen, wenn es darum geht, vorwärts zu kommen. Aber, Herr Kollege Dr. Kohl, ich warne Sie, es sich immer wieder allzu leicht zu machen;

(Abg. Dr. Kohl: Das müssen Sie auch an Ihre eigene Adresse sagen!)

denn hin und wieder könnten wir dann doch gezwungen sein, festzustellen, wie das alles einmal hier gesehen wurde.

Ich möchte Sie vor einem zweiten Irrtum warnen, nämlich bei dem Vergleich mit Hessen die Stadt Frankfurt einfach herauszunehmen und zu sagen, was dann übrig bleibt, ist uns ähnlich. Das wäre genauso, als wenn wir wirtschaftspolitisch die Stadt Ludwigshafen

(Abg. Dr. Kohl: Nein, da haben Sie drüben Kassel!)

bei der Beurteilung der rheinland-pfälzischen Wirtschaftskraft herausnehmen wollten.

(Zurufe von der SPD: Sehr richtig!)

Herr Kollege Dr. Kohl, so kann man es doch nicht machen! Daß die Stadt Frankfurt für Hessen einen großen Anziehungspunkt besitzt, auch bezüglich des Besuchs von höheren Schulen, steht doch außerhalb jeden Zweifels,

(Abg. Dr. Kohl: Das habe ich doch gesagt!)

- Entschuldigen Sie, deshalb können Sie sie doch nicht herausnehmen!

(Abg. Dr. Kohl: Doch!)

Tatsache ist und bleibt - und das können Sie nicht bestreiten -, daß bis zur Stunde das Land Rheinland-Pfalz bezüglich des Prozentsatzes der Abiturienten noch immer im Vergleich zu den ähnlichen Ländern auf der Bundesebene am Schluß liegt und noch immer die niedrigste Zahl hat.

(Zurufe von der SPD: Jawohl! - Abg. Dr. Kohl: Das habe ich doch auch gesagt!)

Man soll doch nicht so tun, als ob diese Tatsache nicht mehr bestünde!

(Abg. Dr. Kohl: Entschuldigen Sie, das habe ich gesagt!)

- Nein. Sie haben in Ihren Ausführungen versucht, diese Tatsache zu verschleiern oder zum Vergessen zu bringen, sonst hätte ich mich doch nicht zu Wort gemeldet!

Einig sollten wir uns darüber sein, daß wir diese Tatsache nicht schnell genug aus der Welt räumen können.

Noch eine Erinnerung an den Herrn Kultusminister bezüglich der L-Besoldung: Wenn ich richtig unterrichtet bin, hat die Kultusministerkonferenz vor einiger Zeit einstimmig empfohlen, die L-Besoldung einzuführen.

(Zurufe von der SPD: Jawohl!)

Herr Kultusminister, wenn dem so ist, sollten Sie auch hier im Landtag zu dieser Empfehlung stehen! Wir Sozialdemokraten werden Ihnen bei der nächsten Haushaltsberatung dazu Gelegenheit geben!

(Anhaltender und starker Beifall der SPD.)

**Vizepräsident Piedmont:**

Meine Damen und Herren! Wortmeldungen liegen nicht mehr vor. Ich schließe die Aussprache.

Ich schlage dem Hohen Hause vor, die Große Anfrage dem Kulturpolitischen Ausschuß als Material zu überweisen. - Das Haus ist damit einverstanden.

Ich rufe auf **Punkt 3** der Tagesordnung -

(Unruhe im Hause. - Verschiedene Zurufe:  
Mittagspause!)

- Meine Damen und Herren! Mittagspause? Ich hatte gedacht, daß die Große Anfrage noch begründet wird. Vor der Aussprache würden wir dann die Mittagspause einlegen, weil sonst in der technischen Abwicklung vielleicht Schwierigkeiten wegen der Länge der Pause entstehen.

(Verschiedene Zurufe: Nein!)

- Ich unterbreche dann die Sitzung. Wiederbeginn ist um 14.15 Uhr. Die Sitzung ist unterbrochen.

Unterbrechung der Sitzung: 12.48 Uhr.

Wiederbeginn der Sitzung: 14.20 Uhr.

**Vizepräsident Piedmont:**

Meine Damen und Herren, die Sitzung ist wieder eröffnet.

Ich rufe auf **Punkt 3** der Tagesordnung:

**Große Anfrage der Fraktion der SPD betr. Ausstattung der Pädagogischen Hochschulen**

- Drucksache II/22 -

Zur Begründung der Großen Anfrage erteile ich - -

(Abg. Fuchs: Zur Geschäftsordnung! Ich bezweifle die Beschlußfähigkeit des Hauses! - Abg. Völker:  
Das Haus ist nicht beschlußfähig!)

- Herr Abgeordneter Fuchs, nach der Geschäftsordnung ist erst bei der Abstimmung oder einer Beschlußfassung die Beschlußfähigkeit des Hauses festzustellen. Ich habe die Abgeordneten gebeten, um 14.15 Uhr wieder hier zu erscheinen, um die auf der Tagesordnung stehenden Punkte zu beraten.

Ich erteile Herrn Abgeordneten Barthel (SPD) das Wort zur Begründung der Großen Anfrage.

(Anhaltende Unruhe bei der SPD. - Abg. Völker:  
Das ist ein Ding der Unmöglichkeit! Das ist eines Parlamentes nicht würdig!)

**Abg. Barthel:**

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich habe im Auftrag der sozialdemokratischen Fraktion die Große Anfrage Drucksache II/22, betreffend die Ausstattung der Pädagogischen Hochschulen unseres Landes, zu begründen. Der Zusammenhang zwischen der Anfrage, die wir heute stellen, über die Ausstattung unserer Pädagogischen Hochschulen und dem Thema, das wir heute Vormittag miteinander diskutierten, ist sicherlich auch allen denjenigen klar, die heute früh von dem Rednerpult aus die bessere Ausstattung unserer Pädagogischen Hochschulen nicht als eine unabdingbare Voraussetzung zur Milderung des Lehrermangels ansehen wollten.

Die Debatte heute früh hat eigentlich - so möchte ich sagen - sehr hoffnungsvoll begonnen. So wurde von dem Kollegen Schwarz davon gesprochen, daß unsere Volksschulen auf einer Basis beruhten, die vor Jahrzehnten gegründet worden sei, und man nunmehr daran gehen müsse, diese Basis in irgendeiner Form zu verändern. Er sprach auch davon, daß die hochschulmäßige Ausbildung der Volksschullehrer unter keinen Umständen angetastet werden dürfe. Er sprach schließlich davon, daß das Problem, unsere Pädagogischen Hochschulen zu wissenschaftlichen Hochschulen zu erheben, durchaus im Rahmen der künftigen Debatte hier in diesem Hause und im Kulturpolitischen Ausschuß auch von der CDU mit zur Diskussion gestellt werden könne. Das waren Töne, angeblasen von einem etwas kräftigen Märzwind, die uns sehr gut gefallen haben, Herr Kollege Schwarz.

(Abg. Haehser: Sehr gut!)

Wir haben auch Ihren Appell an die Gemeinsamkeit gehört. Wir sind bereit, in diesen Fragen, die Sie hier angeschnitten haben und die ich genannt habe, mit Ihnen sehr eng zusammenzuarbeiten. Damit aber sind bereits zwei Fragen, welche die innere Ausstattung der Pädagogischen Hochschule betreffen, angeschnitten.

Auch der Herr Kultusminister hat zunächst in seinen Ausführungen - auch vielleicht etwas getragen von diesem Märzwind - einen Ton angeschlagen, den wir bei ihm nicht immer gewohnt waren. Er sprach von den großen Sorgen, die er beim Thema Lehrermangel habe. Auch das hat uns außerordentlich gefreut, und wir werden ihn in seinen Bemühungen, diesen Lehrermangel zu beheben, bei allen Maßnahmen unterstützen, allerdings nicht so bedingungslos, wie heute ein Sprecher der FDP hier sagte, daß er jede Form der Maßnahmen begrüßen und gutheißen werde.

Etwas bedenklicher wurden wir allerdings bereits, als bei den langfristigen Maßnahmen zur Beseitigung des Lehrermangels uns nämlich Maßnahmen genannt wurden, die wir nicht zu den langfristigen zählen können, nämlich die Sonderkurse der Gymnasien, die Aktionen Daun und Speyer, während die eigentlichen Probleme, die mein Kollege Fuchs angesprochen hat und die wir als langfristige Maßnahmen zur Beseitigung und Behebung des Lehrermangels nannten, von ihm nicht in dieser Ausführlichkeit dargelegt wurden. Eines dieser Probleme ist die bessere Ausgestaltung und Ausstattung unserer Pädagogischen Hochschulen.

Ich hatte an und für sich die Absicht, mich etwas mehr über die innere Ausgestaltung und Ausstattung der Pädagogischen Hochschulen im Rahmen unserer Anfrage zu verbreitern. Nachdem heute früh so außerordentlich viel darüber gesagt worden ist, möchte ich diesen Passus meiner Ausführungen zugunsten der Zeit fast ganz streichen und nur einige wenige Bemerkungen zur inneren Ausstattung der Pädagogischen Hochschulen machen, die mir wesentlich erscheinen.

Wir waren uns heute früh in der Frage einig, daß die pädagogische Ausbildung unserer künftigen Volksschullehrer hochschulmäßig sein solle. Das waren die Ausführungen der Sprecher aller Fraktionen einschließlich des Herrn Kultusministers. Ich habe leider in den Ausführungen des Sprechers der CDU-Fraktion und des Herrn Kultusministers eine Interpretation darüber vermisst, was sie eigentlich unter „hochschulmäßig“ verstehen.

Etwas sorgenvoller wird man, wenn man es mit der inneren Ausstattung der Pädagogischen Hochschulen ernst meint und hört, daß die Fakultätsreife ohne wei-

(Barthel)

teres eine Sache sei, die man im übrigen Wirtschaftsleben jederzeit beobachten und sehen könne. So wurden der Sozialwirt herangezogen und eine Reihe von Beispielen genannt, die ich nicht wiederholen möchte. Ich weiß nicht, Herr Kultusminister, ich kann mir diese Frage einfach nicht beantworten. Aber es scheint mir unwahrscheinlich zu sein, daß es Ihnen nicht klar sein sollte, daß das, was Sie hier als „Fakultätsreife“ bezeichnen, im Grunde genommen keine ist; denn eine Fakultätsreife in Pädagogik würde mitbeinhalten, daß es eine Fakultätsreife wäre für die philosophische Fakultät aller Universitäten. Wir haben also nicht eine Fakultätsreife - obwohl heute früh dauernd davon gesprochen wurde - als Voraussetzung zum Studium an den Pädagogischen Hochschulen, sondern eine „verminderte Fakultätsreife“, ein vermindertes Abitur, nämlich die Fakultätsreife, und dann noch einmal eine Verminderung, eine Verdopplung der Verminderung.

Zum Problem der wissenschaftlichen Hochschule, das wesentlich zur inneren Ausstattung der Pädagogischen Hochschule gehört, möchte ich nicht die Einzelheiten vortragen, die es zu dem Problem vorzutragen gälte. Einige sind bereits genannt worden: Rektoratsverfassung, die Ausgestaltung der studentischen Selbstverwaltung, die andere Form der Berufung der Professoren unserer Pädagogischen Hochschulen, die von vielen als etwas herabwürdigend empfunden wird, da sie vor einem Herrn des Kultusministeriums noch einmal ihre Fähigkeiten nachprüfen lassen müssen, nachdem sie bereits ein Semester berufen waren, und eine ganze Reihe von anderen Dingen.

Herr Kollege Dr. Kohl hat heute morgen gesagt, daß der Herr Kultusminister außerordentlich viel zur Berufung von Professoren getan habe und er den Weg beschreiten wolle, wissenschaftliche Hochschulen im Laufe der Zeit zu schaffen.

(Abg. Dr. Kohl: Ich habe gesagt, für die Ausbildung des Dozentennachwuchses, verehrter Herr Kollege! - Abg. Dr. Neubauer: Und nicht für wissenschaftliche Hochschulen!)

- Wenn Sie von der Ausbildung des Dozentennachwuchses gesprochen haben, dann habe ich das in der Eile etwas mißverstanden oder überhört.

(Abg. Dr. Kohl: Sie wollten etwas anderes hören!)

Ich konzidiere Ihnen, daß gerade für die Ausbildung des Dozentennachwuchses im Rahmen der Volksschullehrerausbildung durchaus in diesem Lande etwas getan wird, was wir als vorbildlich anerkennen wollen.

(Sehr gut! und Beifall bei der CDU.)

Zur Frage der Berufung der Hochschullehrer unserer Pädagogischen Hochschulen muß ich aber sagen, daß es eine ganze Reihe von Beispielen gibt, die man anders bezeichnen könnte als „sehr viel Mühe“ und „vorbildlich“.

Ich kenne eine ganze Reihe von Professoren an Pädagogischen Hochschulen anderer Länder, die es dort inzwischen geworden sind, weil sie bei uns nicht so lange warten wollten, bis die Bürokratie ihre Arbeit erledigt hätte. Ich bin bereit, im Kulturpolitischen Ausschuß dem Herrn Kultusminister die Namen dazu nennen.

(Abg. Dr. Kohl: Das wäre verdienstlich!)

Zum inneren Ausbau der Pädagogischen Hochschulen als wissenschaftliche Hochschulen gehört zweifellos die

personelle Ausstattung. Und wenn der Herr Kultusminister der Meinung ist, daß diese noch nicht ausreicht und genügt, dann sollte er das unseres Erachtens mit aller Deutlichkeit sagen. Unsere Pädagogischen Hochschulen sind etwa nach dem Vorbild der preußischen Pädagogischen Hochschulen gestaltet. Diese Hochschulen sahen vor, daß etwa für 300 bis 400 Studenten 24 Professoren vorhanden sein müßten. Nun, das würde bedeuten, daß die Ausstattung unserer Pädagogischen Hochschulen heute bei 130 bis 140 Dozenten liegen müßte, von denen etwa zwei Drittel Professoren wären. Daß dem nicht so ist, wissen wir alle. Ich glaube sogar, wir müssen zugeben, daß dem bei uns heute nicht so sein kann.

Aber, Herr Minister, wir hätten von Ihnen erwartet, daß Sie uns auch hier sagen würden, daß Sie außerordentlich große Sorgen hätten. Vielleicht könnten wir Ihnen dann bei der Behebung dieser Sorgen etwas helfen.

(Abg. Dr. Kohl: Sie sind so freundlich heute, Herr Barthel!)

Nur diese Bemerkungen zur inneren Ausstattung der Pädagogischen Hochschulen heute! Wir werden zu gegebener Zeit Ihnen unsere Vorstellungen zu diesem Thema in aller Ausführlichkeit entwickeln. Das wird vielleicht gar nicht allzulange dauern.

Kommen wir nun zur sogenannten äußeren Ausstattung, zur materiellen Ausstattung. Wenn man hier die Verlautbarungen in der Presse liest, die zumindest vor dem 31. März abgegeben wurden, dann ist bei uns alles in Ordnung. Wir befinden uns in einer ausgezeichneten Aufwärtsentwicklung, und wir haben eigentlich nach den Worten des Herrn Ministers keinen Grund zur Klage. Dafür zwei Beispiele: In dem Buch „Kulturpolitik der Länder“, das einen Rechenschaftsbericht gibt über die Jahre 1961 und 1962, sagt der Herr Kultusminister zur räumlichen Ausstattung - nur von der spreche ich jetzt noch -, daß sie fortschreitet. An den Pädagogischen Hochschulen Worms und Kaiserslautern wurden neue Turnhallen, an der Pädagogischen Hochschule Koblenz ein neues Lehrergebäude in Dienst gestellt; bauliche Erweiterungsmaßnahmen sind bei der Pädagogischen Hochschule Trier im Gange, bei den Pädagogischen Hochschulen Worms und Koblenz geplant usw.

Der Leser dieser Zeilen muß doch eigentlich den Eindruck haben, daß es bei uns sehr gut vorwärts geht so gut es eben die Lage gestattet. Ich könnte ein zweites Beispiel im Wortlaut hier zitieren, geschrieben vom Herrn Minister persönlich am 17. März 1963 unter der Überschrift „Zeugnisse der kulturellen Verantwortung“. Auch hier sagt uns der Herr Minister, was alles geschehen ist. Der unbefangene Leser, der vielbeschäftigte Journalist muß den Eindruck haben, daß alles das geschieht, was eigentlich zum Ausbau unserer Pädagogischen Hochschulen geschehen müßte.

Es bleibt aber eine Frage. Wenn man sich nämlich gelegentlich mit den Studenten und den Professoren der Pädagogischen Hochschulen unterhält, dann hört man dort eine ganz andere Rede. Man fragt sich dann, ist das, was hier in der Staats-Zeitung unter „Zeugnisse der kulturellen Verantwortung“ steht, ein Rechenschaftsbericht oder - etwas übertrieben gesagt - sind das Wunschvorstellungen. Oder sollen sie eine beruhigende Wirkung auf unsere Öffentlichkeit ausüben und insbesondere dem Wähler sagen - es war ja der 17. März -, bei uns ist alles in Ordnung?

(Barthel)

Interessant sind in diesem Zusammenhang zwei andere Pressemotiven, die allerdings ein anderes Datum tragen und von woanders kommen, nämlich vom 27. April in der „Rheinpfalz“ und vom 4. Mai in der Wormser Zeitung. Da steht - ich darf zitieren - in der „Rheinpfalz“:

Wenn der Bau der Hochschule mit seinem großartigen Waldkomplex auf den ersten Blick auch als ideal erscheint, so haben Leitung, Verwaltung und Professoren doch große Sorgen. Die Hochschule, die im Jahre 1964/65 schätzungsweise 600 bis 700 Studenten haben wird, ist aber mit 400 Studenten bereits in großer Raumnot. Die drei Heimgebäude bieten für 100 Studenten Wohnraum. Die Verpflegung wird mangels einer geeigneten Mensa in einem viel zu kleinen Speiseraum und sogar im Keller gereicht.

Und so geht es weiter.

(Abg. Dr. Kohl: Das ist an allen deutschen Universitäten so, verehrter Herr Kollege, auch an wissenschaftlichen Hochschulen!)

Dann darf ich noch aus dem Bericht von Worms zitieren. Der Direktor der Pädagogischen Hochschule, Professor Eyslein, sagte am 3. oder 4. Mai - der Zeitungsbericht stammt vom 4. Mai - bei der Eröffnung des Semesters unter anderem, daß die räumlichen Verhältnisse an der Hochschule seit vielen Jahren unzureichend sind und besonders der Lehrbetrieb hierunter außergewöhnlich zu leiden hat. Bezüglich der Erweiterung stellte er fest, daß seit Jahren immer wieder Pläne gemacht und wenn diese fertig waren, immer wieder verworfen wurden. Der Lehrermangel kann nur dann behoben werden, wenn man sich der Ausbildungsmöglichkeiten für die Lehrerschaft annimmt, sagt Professor Eyslein.

Erschreckend war der Einblick in den innerhochschulischen Betrieb, den er gab. So werden zum Beispiel Vorlesungen in einem Saal, der nur 168 Sitzplätze hat, in der Regel von 200 Studenten besucht usw. Ich möchte nicht alles vorlesen.

(Abg. Dr. Kohl: Gehen Sie einmal an die Universität München, Herr Kollege, oder nach Frankfurt!)

- Herr Kollege Dr. Kohl! Wenn Sie woanders, in anderen Ländern und an anderen Stellen etwas bemerken, was nicht in Ordnung ist, so darf ich doch annehmen, daß Sie sich das Recht herausnehmen, das zu sagen. Mehr und nichts anderes habe ich hier getan und werde ich tun.

(Abg. Schwarz: Das bestreitet Ihnen niemand, Herr Kollege Barthel!)

Wie ist eigentlich so etwas möglich? Auf der einen Seite eine - ich möchte fast sagen - rosarote Darstellung unserer Verhältnisse, es geht rüstig vorwärts, es wird gebaut und auf der anderen Seite

(Abg. Dr. Kohl: Rosarot! - Abg. Beckenbach: Rosa-Schwarz!)

so schwere und schwerwiegende Mängelrügen von verantwortlichen Männern im Bereich der Pädagogischen Hochschulen!

Sogar das Fernsehen durfte nach Worms kommen und dort - entgegen früheren Zeiten, in denen man von seiten des Kultusministers einiges dagegen hatte, als zum Beispiel einmal das Fernsehen eine einklassige Schule aufs Korn nehmen wollte - ohne weiteres Aufnahmen machen.

(Abg. Dr. Kohl: Herr Barthel, haben Sie den Tip gegeben?)

- Herr Kollege Dr. Kohl, es könnte sein, daß es dem Herrn Kultusminister in diesem einen Falle gar nicht ungelegen kam. Etwas anderes ist allerdings, daß man das Fernsehen dann in Kaiserslautern fortgeschickt hat mit der Bemerkung, und zwar von seiten des Direktors in Kaiserslautern sei alles in Ordnung. Er ist lange Jahre Vorsitzender des Evangelischen Arbeitskreises der CDU gewesen.

(Abg. Dr. Kohl: Das ist doch keine Schande!)

- Nein, keine Schande, ganz im Gegenteil. Ich wollte dies nur als Bemerkung in Parenthese anfügen.

(Abg. Dr. Kohl: Haben Sie das Fernsehen nach Kaiserslautern gerufen?)

- Nein, das habe ich nicht! Nun, die Frage erhebt sich, was ist eigentlich nun richtig? Geht es bei uns, an unseren Pädagogischen Hochschulen rüstig vorwärts, wird normalerweise weitergebaut, so wie man das auf Grund der Baulage und der Finanzlage des Landes erwarten kann, oder ist das nicht der Fall?

Ich will ganz kurz und rein scheinwerferartig die einzelnen Pädagogischen Hochschulen einmal kurz beleuchten und versuchen, Theorie und Wirklichkeit Ihnen darzustellen:

**Kaiserslautern:** Eine evangelische Pädagogische Hochschule mit 490 Studentinnen und Studenten, in einer schönen Lage, ein schönes und gut gebautes Haus, aber leider nur für 300 Studentinnen und Studenten ausreichend. Im „Bericht der Kulturpolitik“ der Länder steht, daß dort eine neue Turnhalle gebaut sei. In den „Zeugnissen kultureller Verantwortung“ steht darüber hinaus, daß ein Lehrsaalgebäude in Angriff genommen worden sei. Ich konnte im Etat der Jahre 1960 bis 1963 - der Bericht galt für 1962 - keine Mittel finden für den Bau eines Lehrsaalgebäudes. Soweit ich mich in Kaiserslautern umgesehen habe auf dem Gelände, ist dort bis heute auch noch kein einziger Stein für dieses Lehrsaalgebäude in Bewegung gesetzt worden. Erst für 1964 ist in der Planung ein Betrag von 800 000,- DM vorgesehen. Ich weiß nicht, wie man dazu kommt, darzustellen, daß Lehrsaalgebäude in Angriff genommen worden seien, nur weil die Pläne bereits drei Jahre fix und fertig sind. Man hätte sagen müssen: Die Pläne sind fertig, aber wir konnten noch nicht bauen. - Heute sind in dieser Pädagogischen Hochschule keine ausreichenden Seminarräume für Deutsch, Gemeinschaftskunde und Geschichte vorhanden. Man benutzt dort Wohnräume des Studentenwohnheimes, die viel zu dunkel sind. Man pfercht 35 Studentinnen und Studenten in einen Raum, in dem sie noch nicht einmal sitzen, geschweige denn arbeiten können. Man hat keine Möglichkeit, das Arbeitsmaterial auszuteilen. Man hat keine Bücherregale usw. Alles das fehlt. Wir wären dem Herrn Kultusminister zu Dank verpflichtet, wenn er dem Hohen Hause und dem Kulturpolitischen Ausschuß sowie dem Haushalts- und dem Finanzausschuß diese seine Sorgen - wenn es Sorgen sind - so darstellen würde und nicht in der Öffentlichkeit die schriftliche Erklärung abgäbe, daß dort allerhand im Bau sei.

**Landau:** Eine katholische Pädagogische Hochschule mit 370 Studenten. In dem Bericht für das Jahr 1961/62 - ich bitte sie, gut zuzuhören - steht in „Kulturpolitik der Länder“: Ein völliger Neubau wird 1963 in Angriff genommen. - In dem anderen Bericht „Zeugnisse kul-

(Barthel)

tureller Verantwortung“ steht: Planung weitergeführt. - Das ist ein kleiner, aber bedeutsamer Unterschied. Die Pädagogische Hochschule in Landau ist sehr mangelhaft untergebracht, ich glaube - das wird auch der Herr Kultusminister nicht bestreiten -, man darf ruhig sagen, völlig unzulänglich. Wer hier anderer Auffassung ist, dem empfehle ich, sich diese Pädagogische Hochschule einmal in einzelnen anzusehen. Und wer schon einmal in Landau ist, sollte sich auch den Physik- und Chemiesaal des Naturwissenschaftlichen Gymnasiums ansehen. Dann wird er sich vielleicht in eine Zeit um die Jahrhundertwende versetzt sehen. Bei solchen Zuständen darf man nach meiner Meinung einfach nicht sagen, daß alles in Ordnung sei. Daß hier ein Neubau notwendig ist, hat auch das Kultusministerium eingesehen und erfreulicherweise einen Betrag von 25 Millionen DM bereits im Jahre 1961 vorgesehen. Im Etat 1962 stehen wieder 150 000,- DM. Im Jahre 1961 ist aber nichts gebaut worden, im Jahre 1962 dagegen nach den Etatunterlagen von den 150 000,- DM nur 9 546,- DM. Im Jahre 1963 stehen sogar 900 000,- DM im Etat. Wir haben aber bereits Oktober 1963. Auch in Landau ist noch nicht ein einziger Stein bewegt worden, um den Neubau der Pädagogischen Hochschule in Angriff zu nehmen.

Wenn man mit Professoren und Studenten dort spricht, dann sagen sie ähnlich, wie ich es später auch in Koblenz hörte: Es werden immer neue Pläne gemacht. - Das wird auch bekräftigt durch ein Zeitungsbericht vom Februar 1963. Auch dieses Datum ist bemerkenswert. Da war ein ausgezeichnetes und schönes, modernes Modell einer Pädagogischen Hochschule in Landau in den pfälzischen Zeitungen. Einige Monate später sah man in den gleichen pfälzischen Zeitungen ein Kasernengelände, das das Ministerium allem Anschein nach zum Ankauf für die Pädagogische Hochschule in Aussicht genommen hatte. Daraus nähren sich sicher die Überlegungen der Professoren, daß dort immer neue Pläne gemacht und die alten verworfen würden, daß man aber bis heute noch nicht zu bauen begonnen habe.

Worms: Eine evangelische Pädagogische Hochschule mit 390 Studentinnen und Studenten. Hier sind die vorliegenden schriftlichen Berichte mit am interessantesten. Wir haben vorhin die Ausführungen von dem Direktor, Professor Eysel, gehört. Im Etat für 1960 steht ein Betrag von 300 000,- DM für einen Hörsaalflügel; im „Ist“ von 1960 steht nicht ein einziger Pfennig. Im Etat für 1962 stehen wiederum 100 000,- DM, im „Ist“ stehen nur 40 000,- DM. Kann damit ein Hörsaalgebäude gebaut werden? In den „Zeugnissen kultureller Verantwortung“ steht, daß bauliche Erweiterungsmaßnahmen geplant seien. - Das sind allem Anschein nach die 100 000,- DM. - Aber für 1963 und 1964 ist wiederum nicht ein einziger Pfennig im Etat vorgesehen. Ich kann mir dieses Rätsel ohne die Erklärungen des Herrn Kultusministers, die er uns nachher, so hoffe ich, geben wird, nicht zusammenreimen. Es sind drei verschiedene Aussagen, die der Wirklichkeit widersprechen. Wenn wir uns in Erinnerung rufen, was der Direktor der Pädagogischen Hochschule gesagt hat, daß seit Jahren für den eigentlichen Lehrbetrieb nichts mehr getan worden sei, dann müssen wir die Frage erheben, warum eigentlich nicht, Herr Minister? Wir dürfen erwarten, daß Sie uns diese Frage beantworten.

Pädagogische Hochschule in Trier: Nach den Ausführungen in dem Buch „Kulturpolitik der Länder“ sind dort bauliche Erweiterungsmaßnahmen

im Gange. Das ist ein Bericht, der für die Jahre 1961/62 gegeben wurde. Nach der Staats-Zeitung heißt es: Ein Erweiterungsbau steht unmittelbar vor seinem Beginn. Das war im März 1963. Die Auskunft von seiten des Direktors der Pädagogischen Hochschule würde lauten wenn man ihn jetzt anriefe: Der Erweiterungsbau - der bereits 1961/62 im Gange war -, ist heute noch nicht begonnen. Begonnen und abgeschlossen ist eine Umbauaktion im ersten Abschnitt. Es bestehen keine ausreichenden Übungsräume für eine Reihe von Fachdisziplinen. Es fehlen auch Arbeitsräume, andere sind schlauchähnlich, so daß man nicht recht arbeiten kann! Gewiß, es ist ein altes Gebäude; vor einigen Jahren hat mich der nicht mehr im Lande Rheinland-Pfalz weilende Professor Pöggeler an der Pädagogischen Hochschule einmal dort durchgeführt und mir gezeigt, wie alt dieser Bau ist; denn die Mauern sind ganz beachtlich dick.

(Abg. Dr. Kohl: Herr Kollege Barthel, Sie sollten zum Rechnungshof gehen mit Ihrer Kenntnis!)

Im Etat stehen 7,8 Millionen DM für ein Projekt. Aber 1962 sind wiederum nur 57 000,- DM verbaut worden und 1963 allem Anschein nicht viel mehr.

Ich komme zur letzten Pädagogischen Hochschule und richte meinen Scheinwerfer nach

Koblenz: 470 Studenten zur Zeit; im Bericht „Kulturpolitik der Länder“ steht, daß ein neues Lehrsaalgebäude in Dienst gestellt sei und bauliche Erweiterungsmaßnahmen geplant seien.

In der Staats-Zeitung steht unter der Überschrift „Zeugnisse kultureller Verantwortung“, daß neue Lehrsäle fertiggestellt bzw. in Angriff genommen seien - Februar 1963 -. Im Etat des Jahres 1960, 1961 und 1962/63 und 1964 steht für die Pädagogische Hochschule Koblenz nicht ein einziger Pfennig.

(Abg. Fuchs: Wer hat das denn gebaut, Herr Kollege?)

Sind das drei Aussagen und mithin drei Wahrheiten? Ich wußte nicht, als ich mir die Unterlagen besorgt hatte, was ich damit anfangen sollte. Ich ging nach Koblenz und befragte mich. Die erste Antwort, die ich von einem Herrn der Pädagogischen Hochschule Koblenz erhalten habe, möchte ich Ihnen im Wortlaut sagen. Er sagte: Ach du lieber Gott, wir sollen immer alles aufnehmen und wir wissen nicht, wohin wir die Leute setzen sollen, wir platzen doch jetzt schon buchstäblich aus den Nähten! Nachdem sich dieser Herr der Pädagogischen Hochschule Koblenz von seinem ersten Schrecken erholt hatte, versuchte ich einmal mit ihm zu klären: Was ist in Koblenz eigentlich geschehen und was nicht? Koblenz hat 1958/59 bis nahe 1960 einen Neubau und Altumbau erhalten. Aber der Bericht war doch über die Jahre 1961 und 1962.

(Abg. Fuchs: Die beiden haben sich im Datum geirrt, Herr Kollege!)

Es ist alles sehr ordentlich. Alle Lehrsäle sind vorhanden, die man braucht für eine Zahl - so meinte der Herr - von etwa 300 Studenten. 470 sind heute dort.

(Kultusminister Dr. Orth: Gott sei Dank!)

- Ja, natürlich, da sind wir völlig einer Meinung, Herr Minister.

(Abg. Dr. Kohl: Wollen Sie die anderen 170 heim-schicken?)



(Barthel)

- Nein! Man hätte aber dafür sorgen müssen, daß die 170 wenigstens Platz haben. Aber es kommt noch schlimmer, Herr Kollege. Ich habe Ihnen eine Rechnung, nämlich bei den fünf Pädagogischen Hochschulen, noch gar nicht aufgemacht, die ich Ihnen jetzt noch aufmachen werde.

Nach der Verordnung des Herrn Kultusministers, die wir ebenfalls begrüßen, in der er sagte, daß Ende 1964 Anfang 1965 die sechs Semester verwirklicht werden sollen, haben wir in Koblenz - um dieses eine Beispiel zu nennen, die Zahlen für die anderen rechnen Sie sich bitte selber aus - etwa 600 bis 700 Studenten. Wenn aber schon 300 im Jahre 1963 Anfang 1964 keinen Platz haben, dann haben 600 Ende 1964 Anfang 1965 überhaupt keinen Platz.

(Abg. Dr. Kohl: Das ist überzeugend!)

- Ich bin froh, Herr Kollege Dr. Kohl, daß ich Sie wenigstens einmal in meinem Leben überzeugen konnte.

(Abg. Beckenbach: Das ist eine Leistung! - Abg.

Fuchs: Er wird sich aber in der Zwischenzeit überlegen, wie er das noch aus der Welt schafft!)

- Es wird ihm schwerfallen! - Ich darf zusammenfassen: Worms, Trier und Landau sind in ihren Bauten alt und unzureichend. Koblenz und Kaiserslautern haben moderne, zweckdienliche Bauten. Sie sind aber einfach zu klein, und zwar viel zu klein. Den Bedarf an Mitteln für eine ausreichende Unterbringung der Studenten, die wir jetzt dort erfreulicherweise haben, zu schätzen, ist außerordentlich schwierig. Ich würde sagen, es sind 60 bis 70 Millionen DM an Baukosten erforderlich. Das Kultusministerium hat selbst ja auch einige Projekte in den Jahren 1960 bis 1963 vorgesehen. Es ist zwar nur die Hälfte, nämlich 33,4 Millionen DM. Aber es wäre immerhin durchaus ein Betrag, über den man reden könnte, wären die Projekte in den Jahren, in denen sie vorgesehen waren, Wirklichkeit geworden. Etatmittel allerdings - hier ist schon der erste Pferdefuß - wurden nicht für diese 33 Millionen DM eingeplant oder wenigstens einen beachtlichen Teil davon. Denn auch wir haben Verständnis dafür, daß Projekte nicht heute geplant und morgen schon gebaut werden können. Aber die Summe von Etatmitteln von nur 4,3 Millionen DM in den Jahren 1960 bis 1963 scheint uns nun doch ein wenig sehr viel zu wenig. Es ist so, daß wir dann fast 9 bis 10 Jahre brauchen, um den augenblicklichen Bedarf zu befriedigen. In den 8 bis 10 Jahren ist aber, wenn all die guten und weniger guten Maßnahmen, die uns heute der Herr Kultusminister zur Beseitigung des Lehrermangels angekündigt hat, verwirklicht werden, diese Zahl doppelt so hoch geworden.

Noch bedenklicher wird es, wenn man sich ansieht, was von diesen 33,4 Millionen DM, die projektiert waren, tatsächlich verbaut worden sind. Die Zahl kann ich hier nicht einwandfrei sagen für die Jahre 1960 bis 1962. Denn unser Etatentwurf hat leider eine Lücke. Er weist die Projekte, die fertiggestellt sind, nicht mehr in der Ist-Spalte aus. Aber ich schätze, daß es etwa 1,8 Millionen DM sind. Sollten es mehr sein, würde ich mich sehr freuen, wenn dieser Betrag wesentlich überschritten worden wäre.

Man wird vielleicht nachher sagen, wir würden einfach nur Forderungen stellen, ohne die Schwierigkeiten auf dem Bausektor zu berücksichtigen.

(Abg. Dr. Kohl: Das kann man nicht sagen!)

Nun, wir haben nicht erwartet, daß alles verwirklicht werden kann. Und wir geben auch einige Schwierigkei-

ten auf dem Bausektor zu. Wenn aber das Problem des Lehrermangels und damit im Zusammenhang das Problem der Lehrerbildung, wie heute alle Sprecher des Hohen Hauses dargelegt haben, ein Problem ersten Ranges ist, wenn davon mit unsere Zukunft entschieden wird - wie der Herr Kollege Schwarz, glaube ich, heute früh formuliert hat -, dann müssen wir allerdings fragen: Sind, wenn wir 60 Prozent des Raumbedarfs haben und damit rechnen müssen, daß 1964/1965 nur 45 bis 50 Prozent zur Verfügung stehen, weil die Studentenzahlen infolge der sechs Semester gewachsen sind, dies wirklich Zeugnisse kultureller Verantwortung oder sind es Zeugnisse kultureller Versäumnisse?

Der Herr Minister wird uns konkret sagen müssen, was er zumindest in den nächsten Jahren gedenkt, tatsächlich zu erstellen. Es hat wenig Sinn, rückwirkend sich diese Versäumnisse vorzurechnen. Es wäre sicherlich besser und sinnvoller, wenn wir erfahren würden, was auf diesem einen Sektor geschehen kann, um einen kleinen bescheidenen Beitrag zur Beseitigung des Lehrermangels mit zu leisten.

Meine Damen und Herren! Es war kein schöner Katalog, den ich hier vorlegen mußte. Ich habe ihn nicht vorgelegt aus Lust an der Kritik oder gar aus Lust am Ärgern, sondern einfach mit aus der Sorge heraus, daß wir nur dann wirklich dazu kommen werden, den Lehrermangel zu beseitigen, wenn wir nicht nur Sonder-, Not- oder Behelfsmaßnahmen, wie Sie sie auch nennen mögen, in Erwägung ziehen, sondern wenn wir diejenigen langfristigen Maßnahmen mit einplanen für die nächsten vier Jahre, die uns von vielen Seiten vorgeschlagen worden sind, die wir Ihnen hier schon wiederholt auf den Tisch des Hauses gelegt haben. Auch mein Kollege Fuchs hat sie heute noch einmal vor Ihnen ausgebreitet. Sie besagen nichts anderes als das, was auch die Kultusministerkonferenz - mit der Stimme des Herrn Kultusministers, so muß ich annehmen, denn dort können nur einstimmige Beschlüsse gefaßt werden - beschlossen hat. Wenn wir dann in einigen Jahren sagen können, dies oder jenes ist an innerer und äußerer Ausstattung für unsere Pädagogischen Hochschulen getan worden, dann glaube ich, daß wir eher von Zeugnissen kultureller Verantwortung sprechen können.

Ich habe in meinem Bericht noch eines vergessen: die Ausstattung dieser Pädagogischen Hochschulen mit Lehrmitteln und Einrichtungsgegenständen. Ich will das nur ganz kurz nachtragen.

Wenn ich der im Hause gepflogenen Übung folgen würde, dann würde ich jetzt sagen: Wir haben im Jahre 1958 50 000 DM für Einrichtungsgegenstände ausgegeben (bei tausend Studenten), und wir haben im Jahre 1962 200 000 DM eingeplant; das ist eine Erhöhung um 400 Prozent.

(Abg. Dr. Kohl: Das ist sozialdemokratische Rechnung! Die machen wir nicht! Mit Prozenten rechnen wir ganz selten!)

- Nein, Herr Kollege Dr. Kohl, diese Rechnung haben wir heute gehört, und diese Rechnung haben wir auch gestern gehört. Allerdings hat dazu der Herr Finanzminister gesagt,

(Abg. Dr. Kohl: Ach so!)

daß bis zum Jahre 1959 das Land seinen verfassungsmäßigen Verpflichtungen nicht nachkommen konnte. Deswegen wollen wir diese Rechnung mit den 400 Prozent auch gar nicht aufmachen, sondern wir wollen sagen, daß ein Betrag von 200 000 DM für Einrichtungsgegenstände bei 2 000 Studenten uns etwas zu gering erscheint, und auch, daß ein Betrag von 150 000 DM

(Barthel)

für Bücher, Lehr- und Lehrmittel, was 75 DM pro Student ausmacht, nicht ausreichend ist, wenn wir berücksichtigen, daß für einen Studenten an der Universität Mainz zur Zeit 300 und für das Jahr 1964 sogar etwas über 400 DM für den gleichen Zweck, nämlich für die Bücherei, vorgesehen sind. Auch das sollten wir in die Frage der Ausstattung und Ausgestaltung unserer Pädagogischen Hochschulen mit einbeziehen.

(Abg. Dr. Kohl: Das ist aber doch ein Unterschied!)

- Es ist natürlich ein Unterschied, und ich habe auch gar nicht gesagt, daß wir für die Studenten der Pädagogischen Hochschulen den gleichen Betrag einsetzen sollten.

(Abg. Dr. Kohl: Gut, sind wir uns bereits einig!)

Ich bin nur der Meinung, daß die Relation zwischen 75 DM und 407 DM nicht ganz richtig ist, wenn wir verlangen, die Ausbildung dort solle hochschulmäßig sein.

(Abg. Dr. Kohl: Da sind wir sogar einer Meinung, Herr Barthel!)

- Gut! Wenn wir einer Meinung sind, dann darf ich - -

(Abg. Dr. Kohl: In der Frage Bücherei!)

- In der Frage Bücherei! Das weiß ich sehr wohl, daß wir nicht in allen Fragen einer Meinung sind.

Wenn wir hier in dieser Frage der Bücherei einer Meinung sind und ich Ihren wenigen Zwischenrufen, Herr Kollege Dr. Kohl, entnehmen durfte, daß wir auch in der Frage der Beschleunigung des Baues der Pädagogischen Hochschulen einer Meinung sind,

(Abg. Dr. Kohl: Sind wir auch!)

dann glaube ich, daß wir uns in einigen Jahren vielleicht einmal hier an diesem Pulte wiedersehen und dann aber echte Zeugnisse kultureller Verantwortung diskutieren können und nicht nur solche, die es sein wollen.

(Abg. Dr. Kohl: War das unecht, was bisher geleistet wurde?)

- Nein, was geleistet worden ist, war nicht unecht;

(Abg. Dr. Kohl: Also, gut!)

was aber als Leistung, möchte ich sagen, der Öffentlichkeit unterbreitet wurde in schriftlichen Äußerungen, ob das echt oder unecht war, habe ich, glaube ich, zu meinem Teil hier bewiesen. Der Herr Minister wird seinen Teil dazu beitragen müssen, um zu sagen, was nun über das hinaus, was ich bei meinen Besuchen gesehen habe, doch gebaut worden ist.

(Beifall bei der SPD.)

**Vizepräsident Piedmont:**

Zur Beantwortung der Großen Anfrage erteile ich das Wort dem Herrn Kultusminister Dr. Orth.

**Kultusminister Dr. Orth:**

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren!

(Abg. Dr. Kohl: Nach soviel Freundlichkeit fällt es ihnen ja diesmal leichter, Herr Minister!)

Zunächst einmal - ich wollte das gerade sagen, Herr Kollege Kohl - möchte ich sagen, Herr Kollege Barthel, ich bin heute für das, was Sie vorgetragen haben, und die Art, wie Sie es vorgetragen haben, dankbar, vor allem dafür, daß Sie zum Ausdruck gebracht haben, es geht Ihnen hier um eine Sorge, die wir um den Lehrerstand haben, und es geht nicht darum, daß man von Versäumnissen spricht oder eine Kritik anbringt, sondern man will sich gemeinsam einer Aufgabe zuwenden. Dafür bin ich außerordentlich dankbar.

(Zurufe von der SPD: Lauter! Wir verstehen nichts!)

- Ich kann nichts dafür.

(Weitere Zurufe: Herr Präsident!)

**Vizepräsident Piedmont:**

Ja, es liegt am Redner!

(Kultusminister Dr. Orth: Nein! - Große Heiterkeit im Hause. - Glocke des Präsidenten.)

- Entschuldigen Sie, Herr Minister, das Mikrofon ist eingeschaltet wie schon vorher. Ich glaube, Sie stehen etwas zu weit von den beiden kleinen Mikrofonen ab.

(Abg. Dr. Kohl: Es war aber auch schon die ganze Zeit recht schlecht verständlich! - Abg. Fuchs: Sitzt vielleicht der Landtagsdirektor auf der Leitung? - Erneute Heiterkeit im Hause.)

**Kultusminister Dr. Orth:**

Aber nun, Herr Kollege Barthel, eines wollen wir einmal zwischen uns klarstellen. Ich habe niemals gesagt: An den Pädagogischen Hochschulen unseres Landes ist alles in Ordnung. Ich habe in einem Rechenschaftsbericht gesagt, was geschehen ist - ich komme darauf noch zu sprechen -, und dabei ausgeführt, was wir in Angriff nehmen. Ich glaube, wir bedauern gemeinsam, daß die gegenwärtige Situation in der Bauwirtschaft uns bei vielen Vorhaben nicht so rasch zum Zuge kommen läßt, wie wir es alle wünschen. Ich darf Ihnen nachher gerade an dem Einzelfall der Pädagogischen Hochschule in Landau, bei der bereits vor zwei Jahren der Wettbewerb abgeschlossen war und, wie Sie richtig sagen, bis heute noch gar nichts geschehen ist, einmal nachweisen, daß die Schuld daran nicht bei uns liegt, sondern eben dort, wo sie heute - jeder von uns, der einen Bau in der Durchführung oder hinter sich hat, weiß ja darüber ein Lied zu singen - allenthalben zu suchen ist.

Nun lassen Sie mich zunächst einmal auf das Allgemeine eingehen und Ihnen darlegen, was - zunächst bezüglich der Baumaßnahmen selbst - geschehen ist, zweitens, was zu geschehen hat, und dann wiederum, was wir für die Ausstattung unserer Pädagogischen Hochschulen zu tun haben. Sodann darf ich auch auf die innere Struktur dieser Pädagogischen Hochschulen, wozu Sie ja eine Antwort von mir wollten, eingehen.

Ich darf also zunächst folgendes feststellen.

Erstens: Die Gesinnung eines zahlenmäßig ausreichenden und gut ausgebildeten Nachwuchses für den Beruf des Volksschullehrers ist, wie wir ja heute morgen bei der Großen Anfrage bereits erörtert haben, seit Jahren ein besonderes Anliegen der Landesregierung. Ich durfte Ihnen heute morgen darlegen, daß es gelun-

(Kultusminister Dr. Oith)

gen ist, durch geeignete Werbemaßnahmen die Zahl der Studenten an den Pädagogischen Hochschulen in einem erfreulichen Umlange zu steigern. Vor zehn Jahren - der Herr Kollege Fuchs hat es heute morgen gesagt - waren an den Pädagogischen Hochschulen unseres Landes - Akademien hießen sie damals noch - 500 Studenten; heute sind es 1965.

Die Bemühungen der Landesregierung haben sich naturgemäß nicht darauf beschränkt, die Zahl der Anwärter für den Beruf des Volksschullehrers zu steigern. Die Landesregierung hat auch ihr Augenmerk darauf gerichtet, daß die Pädagogischen Hochschulen räumlich und in ihrer Einrichtung so ausgestattet werden, daß der Bildungszweck erfüllt werden kann. Die Bemühungen verstärkten sich erheblich, als im Jahre 1957 - da haben wir ja die Dinge erkannt - sich eine Entwicklung konkreter abzeichnete, die darauf hinauslief, die Volksschullehrer an Pädagogischen Hochschulen - nicht mehr Lehrerbildungsanstalten, wie es zuerst, Akademien, wie es später hieß - auszubilden und dann auch im Laufe der Jahre die Ausbildungsdauer von vier auf sechs Semester, also von zwei auf drei Jahre zu erhöhen -, eine Maßnahme, die uns nicht leichtgefallen ist und die selbstverständlich, Herr Kollege Barthel, zu einer räumlichen Beengung führte; denn so rasch, wie man eine solche Maßnahme nun ergreifen kann, so rasch kann man nicht bauen. Aber wir haben trotzdem dieses Wagnis unternommen, weil es im Interesse der guten Ausbildung des Lehrers auch uns für notwendig erscheint.

Die Pädagogischen Akademien wurden also im April 1960 in Pädagogische Hochschulen umgewandelt.

Für die Verlängerung der Dauer der Ausbildung zum Volksschullehrer wurde ein Zeitplan aufgestellt, der - auch das darf ich in diesem Zusammenhang heute sagen - von uns eingehalten werden konnte und eingehalten wird. Diejenigen Anwärter für den Beruf des Volksschullehrers, die im Jahre 1963 ihre Ausbildung begonnen haben, werden die erste Prüfung für das Lehramt an Volksschulen nach dem fünften Semester - also nach zweieinhalbjähriger Ausbildungsdauer - ablegen, und wiederum ein halbes Jahr später kommt die endgültige Aufstockung auf sechs Semester. Es liegt aber auf der Hand, daß nicht an allen Pädagogischen Hochschulen Räume und Einrichtungen für die dreijährige Ausbildung der Volksschullehrer in wünschenswertem und notwendigem Umfange - da haben Sie recht - nun in einem Zuge und unverzüglich von heute auf morgen geschaffen werden können. Im Rahmen der bewilligten Mittel hat das Kultusministerium versucht, der vorhandenen Schwierigkeiten Herr zu werden.

Schwierigkeiten bestehen - Sie wissen es - nicht nur bei den Pädagogischen Hochschulen, auch bei den Universitäten und bei den übrigen Schulen müssen Mangelzustände, wenn ein größerer Zustrom kommt, schrittweise beseitigt werden. Das gilt nicht nur - und auch das, Herr Kollege Barthel, wissen Sie wohl so gut wie ich - für das Land Rheinland-Pfalz. Die gleiche Situation besteht auch in anderen Bundesländern. Eine Ausnahmesituation ist in Rheinland-Pfalz nicht gegeben. Aber trotzdem möchte ich sagen, daß alle Maßnahmen zur Verbesserung der Ausbildungsmöglichkeiten an den Pädagogischen Hochschulen vom Kultusminister mit Vorrang betrieben wurden. Trotzdem möchte ich aber auch sagen, daß mir als Kultusminister ein schneller Fortgang der Baumaßnahmen zwar wünschenswert war, ich aber - nach dem, was mir die Bauabteilung des Finanzministeriums vorgelegt hat - zugestehen muß, daß in der wirtschaftlichen Situation, in der wir uns bei den Baumaßnahmen befinden, vieles nicht so

rasch hat erledigt werden können, wie wir es uns gewünscht haben.

(Zuruf des Abg. Schmidt.)

- Ich habe selbst keine Bauabteilung, lieber Herr Kollege Schmidt, ich muß mich auf das Urteil der Fachleute verlassen. Diese Dinge sind mir auch überzeugend dargelegt worden.

(Abg. Schmidt: Das richtet sich nicht gegen Sie!)

- Sicherlich! Herr Kollege Schmidt, ich werde Ihnen nachher an dem Beispiel Landau einmal zeigen, wie die Dinge gehen. Dieser langsame Ablauf in Landau, wo wir seit dem Jahre 1957 in Verhandlungen stehen, hat mich furchtbar viel Nerven gekostet. Ich werde es Ihnen nachher noch darlegen.

Die Situation ist im einzelnen folgende:

1. Die bauliche Situation: Die Pädagogische Hochschule in Koblenz befindet sich in einem Gebäude, das vor dem letzten Kriege fertiggestellt war und schon damals als Lehrerbildungsanstalt diente. - Die Pädagogische Hochschule in Trier ist in einem Gebäude untergebracht - Sie wissen es -, das im Dritten Reich als Sonderschule eingerichtet war und für die Lehrerausbildung - deshalb sagten Sie auch richtig, daß der Unterricht in „langen Schläuchen stattfindet - wirklich keine ideale Voraussetzung bietet. Der Ausbau der Gebäude war bei Kriegsende noch nicht einmal abgeschlossen. In den Nachkriegsjahren wurden auch die durch Kriegseinwirkungen zerstörten Gebäude neu hergerichtet und der Pädagogischen Hochschule als Unterkunft zugewiesen.

Neue Pädagogische Hochschulen wurden in Worms und Kaiserslautern errichtet.

Die Pädagogische Hochschule Landau ist vorläufig - auch das haben Sie zu Recht gesagt - in einem gemieteten Schulgebäude der Stadt Landau mehr als mangelhaft untergebracht. Die Verhandlungen über den Erwerb eines Geländes in Landau für einen Neubau der Pädagogischen Hochschule begannen bereits im Jahre 1957 und haben sich jahrelang hingezogen. Sie wissen, daß die Stadt Landau uns ein anderes Gelände nicht anbieten konnte. Es bot sich einzig und allein die sogenannte Fort-Kaserne an, die nördlich von Landau zwischen der Stadt und dem neuen Krankenhaus liegt. Dieses bundeseigene Gelände der Fort-Kaserne wurde in jener Zeit von der französischen Besatzungsmacht genutzt. Drei Jahre haben wir gebraucht, um endlich zu erreichen, daß die Franzosen bereit waren, von diesem Gelände Abstand zu nehmen. Ich darf daran erinnern, daß - als wir keinen Ausweg mehr gesehen haben - der Herr Ministerpräsident damals mit mir zusammen nach Baden-Baden fuhr, weil ich auch seine Autorität noch in der letzten Instanz bei dem französischen General Allard in die Waagschale werfen wollte. Nach einer langen und zähen Unterhaltung wurde schließlich erreicht, daß der französische General Allard die Freigabe des Geländes genehmigte. Aus diesem Grunde sollte man auch die Wiederaufbauabteilung des Finanzministeriums nicht in allem für diese Dinge verantwortlich machen.

Dann, Herr Kollege Barthel, haben wir uns gesagt: Wir werden jetzt einen freien Architekten einsetzen, damit es nicht heißt, an der bürokratischen Abwicklung des Wiederaufbauministeriums scheitert nun das zügige Vorschreiten der Arbeiten. Vor zwei Jahren war der Wettbewerb beendet, und dem Preisträger wurde der Auftrag erteilt. Die Herren Direktoren der

(Kultusminister Dr. Orth)

Pädagogischen Hochschulen - ich sehe den einen oder anderen hier - sagen dann: „Nun werden dauernd Pläne gemacht und wieder verworfen.“ Ich muß darauf folgendes sagen: Den Plan, den wir mit dem Preis ausgezeichnet haben und von dem wir glauben, daß er durchgeführt werden kann, haben leider die Herren Professoren selber nicht für richtig gehalten. Sie haben sich auch Monate Zeit gelassen. Wenn etwas geändert war, kamen sie wieder mit neuen Wünschen. Ich will über darum die Professoren weder hier noch an der Universität schelten. Ich kann mir vorstellen, daß bei solchen Plänen bei der Kollegialentscheidung immer wieder einmal gesagt wird: „Ich habe noch diesen oder jenen Wunsch.“ Inzwischen besucht man eine neue Hochschule, man findet dort einiges, das man dann auch noch dazu genommen haben will. Herr Oberbürgermeister Skopp lächelt. Er kennt das von seinen Neubauten, von seiner Stadthalle her. Dann wird wiederum ein Plan geändert, und es dauert wieder etwas. Der Neubau der Pädagogischen Hochschule in Landau, bei dem jetzt die Vorarbeiten geleistet werden - die Wallgräben müssen beseitigt und es muß eine größere Brücke errichtet werden, damit man mit schweren Lastzügen in das Gelände hineinfahren kann -, wird spätestens zu Beginn des Jahres 1964, wenn wir es nicht schon in der Winterarbeit machen können, begonnen werden. Dieser Neubau kostet 25 Millionen DM. Ich bedauere in gleicher Weise wie Sie, daß wir so viele Jahre gebraucht haben, um dort einen wahrlich großen und bedrückenden Notstand zu beseitigen.

(Abg. Dr. Skopp: Ist die Geländefrage geklärt, Herr Minister?)

- Das Gelände haben wir von der Bundesfinanzverwaltung und vom Bundesvermögensministerium erworben. Das Gelände gehört uns. Dem Neubau steht nunmehr - nachdem die definitive Planung vorliegt und alles abgeschlossen ist - nichts mehr im Wege.

2. Die Neubauten für die Pädagogischen Hochschulen in Kaiserslautern und Worms: Die eine wurde 1953 errichtet. Ich brauche nicht zu sagen, daß man damals in der Größenordnung von ganz falschen Voraussetzungen ausgegangen ist. Dort hat man - Sie sowohl wie wir - die Situation ganz anders beurteilt. Man ist von Voraussetzungen ausgegangen, die heute nicht mehr zutreffen. In der Zwischenzeit sind zwar auch in Worms Anbauten und Erweiterungsbauten gemacht worden. Aber auch hier, Herr Kollege Barthel, gebe ich Ihnen recht, wenn Sie sagen - und das hat auch das Fernsehen gezeigt -, daß wir hier erweitern müssen. Das wissen wir. Ich habe den Herren in Baden-Baden gesagt, daß ich ihnen nicht gram darum bin, wenn sie zeigen, in welchen Schwierigkeiten heute unsere akademische Jugend bei ihrer Ausbildung steht.

Hier bitte ich um ein Verständnis: Wir werden uns in den nächsten Wochen in der Frage der Errichtung bekenntnismäßiger und christlich-simultaner Hochschulen darüber unterhalten müssen, wohin eventuell eine simultane Hochschule gelegt werden soll. Ich habe aus diesem Grunde vor einigen Wochen - weil wir vor der Entscheidung stehen und Gespräche mit den Kirchen führen müssen - gebeten, die Planung einen Augenblick zurückzustellen.

(Abg. Kölsch: Also doch!)

Wenn die Entscheidung getroffen ist, dann wird auch dort mit dem Bau begonnen werden. Wenn Sie den Haushaltsplan anschauen, so steht dort die Pädagogische Hochschule Worms drin, aber ohne Betrag. Ich habe bei der Ministerberatung darum gebeten, diesen einen

Punkt aus folgendem Grunde auszuklammern: Wird eventuell eine simultane Pädagogische Hochschule in Worms errichtet, so muß der Ausbau in einem größeren Umfang vorgenommen werden, als wenn es bei der evangelischen Hochschule in Worms bliebe.

Ich bitte Sie auch hier etwas um Geduld. Es ist Ihre Entscheidung, wenn der außerordentliche Haushaltsplan beraten wird, mit uns und dem Finanzminister - so sind die Dinge besprochen - zu entscheiden, welcher Betrag für das Jahr 1964 für Worms einzusetzen ist.

3. Wie ich bereits zu Anfang meiner Darlegungen erwähnt habe, hat das Land rechtzeitig Erweiterungsbauten geplant. Im Jahre 1957 wurde die Notwendigkeit einer Erweiterung erkannt und erforderliche Schritte eingeleitet. Seit 1959 wurden auch Erweiterungsbauten in Betrieb genommen, die zusammen - weil Sie vorhin sagten, Sie könnten die Baukosten nicht feststellen - etwa 5 Millionen DM seit 1959 bis heute ausmachen.

Dabei möchte ich erwähnen, daß es sich bei diesen Erweiterungsbauten zunächst um Hörsäle an der Pädagogischen Hochschule in Koblenz handelt mit einer Bau- summe von 2 Millionen DM. Der Neubau ist vor 1½ Jahren in Betrieb genommen worden. Weiter handelt es sich um die Turnhalle in Kaiserslautern, die seitdem auch vom Staatlichen Aufbaugymnasium benutzt wird, mit einem Kostenaufwand von 1,5 Millionen DM. Sie selbst waren damals dort bei der Einweihung und wissen, daß wir vom Kultusministerium damals ganz klar gesagt haben: Wir sind froh, daß wir wieder einen Schritt hinter uns haben. Wir wissen aber, daß Kaiserslautern dringend notwendig wiederum einen Hörsaaltrakt im Seminargebäude braucht, und auch darüber wollen wir bei der Beratung des Außerordentlichen Haushalts sprechen. Dafür sind Mittel eingesetzt. Ich nehme an, daß sie ausreichen, aber wir werden uns ja im Haushalts- und Finanzausschuß darüber unterhalten können.

Ich darf also dann weiter sagen, daß im Jahre 1963 in Trier Erweiterungsbauten für Hörsäle, Aula und Mensa begonnen wurden, und daß für Trier ein Betrag von 7,8 Millionen DM veranschlagt ist. Sie haben recht, wenn Sie sagen, daß in Trier nicht - wie wir es vorhatten - der Reihenfolge nach gebaut worden ist. Das geschah aber deshalb, weil wir mit dem Direktor der Pädagogischen Hochschule in Trier übereingekommen waren, als Vordringlichstes zunächst genügend Unterkunft für ein sechssemestriges Studium zu schaffen. Wenn sich die Zahl der Studenten um ein Drittel erhöht, muß zunächst einmal die Aufnahmefähigkeit der Pädagogischen Hochschule ausgebaut werden. Das, was Verschönerung bedeutet, wäre dann zunächst einmal zurückzustellen.

Ich habe bereits gesagt, daß wir im Jahre 1964 den Ausbau der Pädagogischen Hochschule in Landau in Angriff nehmen. Nun, meine Damen und Herren, auch das steht ja vor uns, und damit müssen wir uns auseinandersetzen. Wir haben hier in diesem Hohen Hause einstimmig beschlossen, in Neuwied eine evangelische Pädagogische Hochschule zu errichten. Ich nehme an, wir stehen alle zu diesem unserem Wort. Dafür und für Erweiterungsbauten bei den anderen Pädagogischen Hochschulen müssen wir in den nächsten Jahren rund 38 Millionen DM im Haushalt einsetzen.

Die begonnenen Baumaßnahmen für die Pädagogische Hochschule in Trier werden - wie ich schon gesagt habe - mit rund 7,8 Millionen DM veranschlagt, für Landau mit 25 Millionen DM und für Neuwied sowie die eben erwähnten Erweiterungsbauten mit 38 Millionen DM. Wenn Sie also zusammenrechnen, sind es 70,8 Millionen

(Kultusminister Dr. Oth)

DM, die auch bestimmt im Haushalt demnächst ihren Niederschlag finden müssen.

Nun zur zweiten Frage: Besondere Ausstattung der Pädagogischen Hochschulen mit Lehr- und Lernmitteln. Auch die Ausstattung der Pädagogischen Hochschulen mit Lehr- und Lernmitteln wurde seit dem Rechnungsjahr 1958 in besonderem Maße - was vorher nicht der Fall war - gefördert. Gegenüber dem Rechnungsjahr 1957 sind die für die Pädagogischen Hochschulen zur Verfügung stehenden Mittel erheblich erhöht worden. Sie haben für alle Hochschulen im Jahre 1963 die Summe von 390 000 DM ausgemacht, und zwar 200 000 DM für normale Ausstattung, also Bücher und andere Dinge, und 190 000 DM gezielt für das Fach Naturwissenschaft, weil wir dort ja, der Entwicklung der Technik entsprechend, nun auch modernste Apparaturen und Einrichtungsgegenstände beschaffen müssen.

Wir haben im Jahre 1964 wiederum denselben Betrag im Haushalt stehen; es sind nämlich auch für das nächste Jahr fast 400 000 DM für die Ausstattung der Pädagogischen Hochschulen im Haushalt eingesetzt worden.

Nun zur allgemeinen Verbesserung der Ausstattung. Die vorgenannten Mittel standen für die allgemeine Ausstattung zur Verfügung. Seit 1953 sind weitere 1,4 Millionen DM im Haushalt noch zusätzlich eingesetzt worden. Aus meinen Darlegungen, meine Damen und Herren, mögen Sie entnehmen, daß die Landesregierung seit Jahren in steigendem Maße - wenn auch nicht so schnell, als wir durch Werbung Studenten erhalten konnten - im Rahmen ihrer finanziellen Möglichkeiten die Pädagogischen Hochschulen ausgestattet und ausgebaut hat, um den wachsenden Anforderungen gerecht zu werden. Sie wird weiterhin alles tun, um auch hier, nämlich in der Ausbildung unserer Lehrer dem Lehrermangel wirksam zu begegnen. Ich wäre Ihnen dankbar, wenn Sie die Kenntnis dieser Notwendigkeit auch - sagen wir einmal aber in einem vernünftigen Plan, der im Rahmen eines geordneten Finanzhaushalts stehen muß - im Haushalts- und Finanzausschuß bei der Beratung diesen Projekten Ihre Zustimmung gäben.

Nun, Herr Kollege Barthel, haben Sie aber nicht darauf hingewiesen - das darf ich doch sagen, weil ich annehme, daß auch Sie hier mit uns übereinstimmen -, daß wir uns sehr wohl überlegen und uns auch Sorge machen, was der Pädagogischen Hochschule nützt. Wir wissen, daß in der ganzen Bundesrepublik so gut wie keine Dozenten oder Professoren für Pädagogische Hochschulen zu finden sind. Sie sind genauso Mangelware wie die Universitätsprofessoren.

(Lachen bei der SPD.)

- Sie lachen, ich weiß nicht warum. Sie müssen mir das sagen.

(Abg. Schmidt: Mangelware!)

- Das ist ein Mangelberuf, wollen wir so sagen. Und nun haben wir in der Erkenntnis dessen, daß man nicht einfach bei Berufungen zehnmal herumlaufen und fragen kann, wo findet man denn jemand, jährlich 100 000 DM im Haushalt eingesetzt, damit sich begabte Studenten melden, die bereit sind, nach der zweiten Lehrprüfung an der Universität ein wissenschaftliches Studium durchzuführen, das sie dann zur Lehrbefähigung ausweist. Sie wissen, daß wir großzügig in dieser Unterstützung waren; denn wir geben nicht nur ein Monatsgeld, sondern auch Familienunterstützung. Wir haben bis jetzt, Herr Kollege Barthel, bereits 14 Lehrer, die ihr Studium beendet haben. Wir wollen auch den Nachwuchs für die Pädagogischen Hochschulen nicht

irgendwoher, sondern bewußt aus dem Lehrerstand nehmen; denn nur von dorthin kommt ja auch das richtige Verständnis für das, was der spätere Lehrer in seinem Beruf tun soll. Von den eben erwähnten 14 Lehrern sind bereits acht als Lehrer an Pädagogischen Hochschulen übernommen worden, sechs stehen noch im Examen. Ich habe ihnen dieser Tage gesagt, daß ich ihnen einen guten Abschluß wünsche. Ich möchte nicht sagen, daß der eine oder andere noch zwei Semester dranhängen muß. Ich glaube, daß sie ihr Examen bestehen, so daß alle 14 bereits im nächsten Jahr im Lehrdienst untergebracht werden können.

Weitere 24 Lehrer befinden sich im Studium. Alle sind in diese Förderungsmaßnahmen, von denen ich gesprochen habe, einbezogen. Wir haben wiederum von den begabten und befähigten Lehrern, die sich gemeldet haben, acht ausgewählt, die bereits im nächsten Semester ihr Studium hier an der Universität beginnen.

Also, Sie sehen, wir lassen uns sicher etwas einfallen, und wir wissen, wo die Not liegt. Wenn ich heute morgen gesagt habe, daß ich mich wegen der Situation, in der wir mit dem Lehrerberuf sind, in einer großen Sorge befinde, dann glauben Sie mir, daß die gleiche Sorge auch der Pädagogischen Hochschule gilt, und mit gleicher Sorgfalt wollen wir auch der Pädagogischen Hochschule geben, was ihr gebührt.

Nun lassen Sie mich noch zwei kleine Anmerkungen machen. Damit bin ich nun am Ende meiner Ausführungen. Sie sagten, es würden bei uns Dozenten und Professoren in andere Länder abwandern, weil es ihnen bei uns mit der Beförderungsmöglichkeit zu lange dauere. Sie wissen, daß wir aus der Anzahl der Dozentenstellen jährlich fünf, teilweise sogar zehn zu Professorenstellen angehoben haben.

Herr Kollege Barthel! Ich darf Ihnen einmal folgendes sagen, wobei ich hoffe - wenn Sie es gerecht beurteilen - Ihre Zustimmung zu finden. Ein Abiturient von 19 Jahren, der Lehrer werden will, macht mit 21 Jahren die erste und mit 23 Jahren die zweite Lehrprüfung. Dazu kommen dann acht Semester Studium an der Universität, ehe er promovieren kann. Dann ist er 27 Jahre alt. In diesem Alter kann er bereits als Dozent nach der Gruppe A 14 - also in der Oberstudienratsgruppe - an der Pädagogischen Hochschule lehren. Und wenn er fleißig und tüchtig ist, kann er mit 38 bis 40 Jahren Professor nach A 16 werden. Das ist also, wie ich glaube, keine schlechte Laufbahn. Da stimmen Sie mir doch zu.

Und ein Zweites! Wenn Sie sagen, daß die Art der Anstellung der Lehrer an den Pädagogischen Hochschulen von den Dozenten als etwas diskriminierend betrachtet wird, dann muß ich sagen, ganz zu Unrecht.

Zunächst hält der, der berufen werden soll, eine Probevorlesung wie an der Universität. Der Senat gibt darüber ein Urteil. Wenn er eingestellt wird, gibt lediglich nach einem Jahr der Direktor der Pädagogischen Hochschule über die Tätigkeit dieses Dozenten einen Bericht; denn zu diesem Augenblick kommt ja seine Berufung aus dem Probestand, also aus dem Stand des Beamten auf Zeit, in den Stand zum Beamten auf Lebenszeit. Das ist also bei Gott nichts Diskriminierendes.

Ich glaube, damit habe ich alles beantwortet, was Sie gefragt haben. Glauben Sie mir, Ihre Sorgen sind auch meine Sorgen; oder: Ich würde mich freuen, wenn meine Sorgen auch Ihre Sorgen wären. Ich hoffe, daß wir auf diesem Weg in ein paar Jahren zu einem guten Zustand kommen, von dem wir aber, Herr Kollege Barthel, nicht sagen sollten: Es ist alles in Ordnung. - Wir sollten das nie sagen; denn zu dieser letzten Per-

(Kultusminister Dr. Orth)

fektion, daß alles in Ordnung ist, werden wir Menschen, bei denen es immer Unzulänglichkeiten gibt, nicht kommen. Wir können aber sagen: Wir haben in unserem Land eine Anzahl bestausgestatteter Pädagogischer Hochschulen.

(Beifall bei den Regierungsparteien.)

#### Vizepräsident Piedmont:

Wortmeldungen liegen nicht mehr vor. Ich schlage dem Hohen Hause vor, diese Große Anfrage ebenfalls als Material an den Kulturpolitischen Ausschuß zu überweisen. - Das Haus ist damit einverstanden.

Ich rufe auf den **Punkt 4** der Tagesordnung:

#### Antrag der Fraktion der SPD betr. Berufsaufbauschulen für junge Landwirte

- Drucksache II/44 -

Zur Begründung des Antrages erteile ich das Wort dem Herrn Abgeordneten Kuhn (SPD).

#### Abg. Kuhn:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Gestatten Sie mir zu unserem Antrag Drucksache II/44 einige Bemerkungen. Vor vier Jahren brachte ein Mitglied der Landesregierung in diesem Hohen Hause zum Ausdruck, es müsse auch gescheite Bauern geben.

(Abg. Dr. Kohl: Der Meinung sind wir schon immer!)

Sie können es im Protokoll vom 10. Dezember 1959, Seite 200, 3. Absatz, letzter Satz nachlesen.

(Abg. Dr. Kohl: Das Protokoll brauchen wir nicht zu lesen, das wissen wir auch so!)

- Ob Sie es wissen oder nicht, gestatten Sie mir, daß ich folgendes sage: Das geschah nicht anlässlich einer Landwirtschaftsdebatte, das geschah in einer Diskussion über die Landschulreform. Man ging nämlich im Kultusministerium von dem Gedanken aus, die Landschulreform würde unter gewissen Voraussetzungen zur Auspowerung der Volksschule auf dem Lande führen, und die Folge wäre eine Abkehr der intelligenten Menschen von der Scholle.

Wir stellen damit fest - Herr Dr. Kohl hat das eben angedeutet -, daß es heute Allgemeinut ist, daß die Landschulreform keineswegs mit Landflucht verbunden ist, sondern daß hier Landschulreform nichts anderes bedeutet als die Stärkung der bildenden Kraft unserer Landschulen für das Landkind und für die Landjugend und insbesondere für unseren bäuerlichen Berufsstand. Auf dieser Linie liegt auch heute unser Antrag. Ich darf wohl sagen, daß wir mit unserem Antrag aus unserer politischen Sicht von dem fundamentalen Grundsatz ausgehen, daß dem Landkind und dem Jugendlichen auf dem Lande die gleiche Chance der Entfaltung geboten werden muß wie dem Stadtkind.

Es geht also hier nicht um ein Sonderrecht oder eine Sonderaktion für den Menschen des Landes, sondern um die Gleichheit der Startchancen für alle. Gerechtigkeit für alle!

(Abg. Dr. Kohl: Und für die Schule in Kreuznach!  
- Heiterkeit bei der CDU.)

- Herr Dr. Kohl, Sie meinen, daß das für die Höhere Landwirtschafts- und Weinbauschule in Bad Kreuznach zutrifft. Es liegt nicht unmittelbar darin; denn was wir fordern, ist die Berufsaufbauschule. Das Motiv unseres Antrages liegt nicht unmittelbar in der Höheren Landwirtschafts- und Weinbauschule.

(Zurufe bei der CDU: Doch!)

- Ja, das hat aber einen Haken. Ich darf es kurz sagen. Es geht hier um die Besucher dieser Höheren Landwirtschafts- und Weinbauschule. Ich darf sagen, wenn wir fordern, daß hier der jugendliche Landwirt gleichgestellt wird mit dem jungen Menschen in den städtischen Regionen, so verfolgen Sie doch im Grunde genommen dasselbe Ziel, was wir hier schon verwirklicht haben. Wir haben nämlich schon seit Jahren, der Landtag, die Landesregierung, erhebliche Mittel aufgewandt für die Berufsaufbauschulen im gewerblichen Sektor. Diese Mittel haben wahrhaftig Zinsen getragen. Unsere gewerblichen Berufsstände - insbesondere die gehobenen Stellungen, wie Ingenieure usw. rekurtieren sich zum großen Teil aus jungen Menschen, die die Fachschulreife bestanden haben.

(Abg. Dr. Kohl: Herr Kollege Kuhn: Haben Sie das auch öffentlich am 31. März gesagt?)

- Ich habe das auch damals gesagt. Ich meine, wenn ich hier noch einmal darauf zurückkommen darf, seit dem 31. März ist aber eine andere Situation eingetreten Herr Dr. Kohl. Das sollten Sie gewußt haben. Ich werde aber gleich darauf zu sprechen kommen.

Es geht also nicht nur um die Belange der Stadt Bad Kreuznach, es geht mir hier ganz echt um das Berufsbildungswesen für die Landwirte. Der Minister wird das vielleicht bestätigen, was ich jetzt sage.

Wir haben bisher für unsere jungen Landwirte noch keine Berufsaufbauschule; denn die organisatorische und berufsbildende Grundlegung einer solchen ist noch nicht vorhanden. Es fehlt also in Rheinland-Pfalz ein Glied in der Kette der berufsbildenden Einrichtungen für den Landwirt. Einige Bundesländer sind uns da voraus. So haben zum Beispiel Niedersachsen drei Berufsaufbauschulen ländlicher Art, Bayern drei Berufsaufbauschulen, die ländlich orientiert sind, und Baden-Württemberg und Nordrhein-Westfalen je eine solche Schule. Ich will jetzt nicht auf die Berufsbildungsmöglichkeiten unserer Landwirte eingehen, das würde im Moment zu weit führen, ich darf nur folgendes sagen: Wir haben die Berufsschullehrer. Wir haben unsere Landwirtschaftlichen Berufsschulen. Wir haben unsere Fachschulen. Wir haben unsere Winzerschulen. Wir haben unsere Fachkurse und unsere Lehrgänge. Wir haben immerhin eine erfreuliche Ausrüstung unserer Fachschuleinrichtungen für Landwirte und haben als Abschluß - es ist ja der Diplom-Landwirt ausgenommen - für eine gehobene Berufsausbildung in Bad Kreuznach - jetzt komme ich doch mit meinem Wahlkreis - die Höhere Landwirtschafts- und Weinbauschule.

(Kultusminister Dr. Orth: Das hat jeder gemerkt! - Unruhe im Hause und Zurufe: Lauter!)

- Nanu, haben wir Kurzschuß in der Leitung? -

#### Vizepräsident Piedmont:

Herr Abgeordneter Kuhn, wenn Sie etwas näher an das Mikrofon gehen, dann geht es tadellos!

#### Abg. Kuhn:

- Wenn man näher herangeht? Ich dachte, man sollte ziemlich distanziert bleiben.

(Kuhn)

Bisher konnten die Absolventen der landwirtschaftlichen Fachschulen, sobald sie mit Auszeichnung bestanden hatten, in der Höheren Landwirtschafts- und Weinbauschule aufgenommen werden, wenn sie auch nur als Voraussetzung die Volksschulbildung mitbrachten. Unter den 16 Lehrgängen der Höheren Landwirtschafts- und Weinbauschule mit insgesamt 707 Schülern befanden sich 60 Prozent, die nur als allgemeinbildende Schule die Volksschule besucht hatten, 35 Prozent waren Mittelschüler und 5 Prozent Abiturienten. Es sind mithin 415 Volksschüler, die hier mit Erfolg die Höhere Landwirtschafts- und Weinbauschule besucht haben.

Indes ist eine neue Situation eingetreten. Die höheren Landbauschulen des Bundesgebietes fordern ab 1. April 1965 für alle Neuaufnahmen das Zeugnis der Mittleren Reife. Wir sind gehalten, hier mitzugehen. Wenn wir hier ausscheren, dann bringen wir unsere eigene Landesanstalt um ihren guten Ruf. In diesem Falle geht es um folgendes. Durch diese neue Situation werden die Nur-Volksschüler keineswegs mehr starten können, wenn es uns nicht gelingt, für diese Volksschüler, die also nicht die Mittlere Reife haben, eine Fachschulreife einzurichten. Das kann nur an einer Berufsaufbauschule erfolgen.

Meine Damen und Herren! Wir haben die Fachschulreife, und zwar das darf ich hier sagen, als Institution des Zweiten Bildungswegs. Das ist wertvoll für jeden aufstrebenden jungen Menschen. Und wir sollten auch hier dem jungen Landwirt das Tor zu einer gehobenen Berufsbildung öffnen. Die Bildungsziele liegen klar vor uns. Wir müssen hier betonen - das sage ich hier aus einem besonderen Grunde -, daß es sich um die Berufsbezogenheit eines Bildungsweges handelt. Noch immer steht die Höhere Land- und Weinbauschule in enger Verbindung mit der Praxis. Wir können sagen: Hier haben wir in einer einzigartigen Entwicklung Theorie und Praxis zu einer erfolgreichen Synthese gebracht. Es ist hier an dieser Stelle immerhin schon eine praktische Vorarbeit geleistet worden, daß hier nicht die jungen Landwirte, die die Höhere Land- und Weinbauschule besucht haben, vielleicht dem landwirtschaftlichen Berufsstand den Rücken kehren. Wir stellen fest, daß von den Besuchern immerhin bis zu 50 Prozent in die eigenen Betriebe zurückkehren und am Ende gesuchte Kräfte sind, in der landwirtschaftlichen Verwaltung, den eigenen Organisationen oder des Staates.

Meine Damen und Herren! Es geht also hier darum, daß das Landwirtschaftsministerium die Bildungspläne entwickelt - es handelt sich um eine berufsbezogene Bildung -, die Landesregierung die Voraussetzungen schafft, damit unsere Schule, die wir seit beinahe 14 Jahren aufgebaut haben, erhalten bleibt und daß wir unserem eingesessenen Landwirt die Möglichkeit geben, eine gehobene Berufsbildung als Abschluß zu verzeichnen. Die sogenannten staatlich geprüften Landwirte und Weinbauern sind immerhin eine interessante Erscheinung innerhalb unseres landwirtschaftlichen Berufsstandes. Denn sie sind Motore in der Bildung und den Bildungsanforderungen.

(Abg. Dr. Kohl: Obwohl es nur Fakultätsreife ist!)

- Das hat mit der Fakultätsreife nichts zu tun. Wir sind Gott sei Dank hier nicht belastet von anderen Vorbildern. Diese jungen Landwirte haben sich an uns gewandt. Und wir sollten ihr Anliegen vorantragen. Wenn schon junge Menschen sagen: Wir wollen einen höheren Bildungsstand, dann sollten wir auch ihnen die Möglichkeit bieten. Das ist unser Anliegen.

Meine Damen und Herren! Ich möchte dem Herrn Landwirtschaftsminister noch eines mit auf den Weg geben. Herr Minister, wir wollen ja keineswegs den Spezialisten östlicher Prägung hier ausbilden. Er paßt in unsere geistige Landschaft nicht. Vielmehr hoffen wir, daß auch die menschenbildende Komponente in diesen Bildungsplänen einen Niederschlag findet und daß tatsächlich hier die Bildungsinhalte und -pläne im Aufbau der Schulordnung die Möglichkeit bieten, daß sie zu unserem staatlich-demokratischen Gemeinwesen hingeführt werden, also auch ein kleines Kapitelchen staatsbürgerlichen Unterrichts mit einzubauen.

Jetzt darf ich vielleicht zum Schluß noch folgendes sagen. Die Bemühungen eines Berufsstandes, wie wir ihm hier begegnet sind, sind wirklich Erscheinungen einer Emanzipation. Ich kann darauf nicht länger eingehen. Es ist ein Weg zur Freiheit. Und wir wünschen und erwarten, daß dieser Weg nicht ein Weg der Freiheit vom Staate, sondern ein Weg zum Staate hin ist.

(Abg. Dr. Kohl: Das müssen Sie Ihrer Fraktion sagen, Herr Kollege Kuhn!)

Darum halte ich die Herausstellung dieser Einrichtung und die Betonung der Bildungspläne als eine wertvolle Aussage auch in diesem Hause.

Herr Minister, ich darf feststellen, daß Sie Reiter sind. Sie wissen, was es bedeutet, wenn es heißt, vom langsamen Arbeitstempo überzugehen in schnelles Arbeitstempo. Herr Minister, wir bieten Ihnen und Ihren Herren eine Chance und hoffen, daß Sie bald die leichte Hürde genommen haben.

(Beifall bei der SPD.)

**Vizepräsident Piedmont:**

Ich eröffne die Besprechung. Das Wort hat Herr Kultusminister Dr. Orth.

**Kultusminister Dr. Orth:**

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich hoffe, Herr Kollege Kuhn, Sie sind nicht enttäuscht, wenn hier der Kultusminister an Stelle des Landwirtschaftsministers, und zwar der Zuständigkeit wegen, auf dem Rednerpodium erscheint.

Der Antrag, der hier vorliegt, geht davon aus, daß für die landwirtschaftliche Berufssparte eine Lücke gegenüber anderen Berufssparten, also der gewerblichen Wirtschaft, besteht. Diese Auffassung aber, Herr Kollege Kuhn, ist im gegenwärtigen Zeitpunkt nicht richtig. Sie haben gesprochen von der Gleichstellung der Landjugend zur Stadtjugend oder von der landwirtschaftlichen zur gewerblichen Jugend. Und hier stimmen wir mit Ihnen überein. Im Augenblick aber können doch in der Sparte der landwirtschaftlichen Ausbildung die landwirtschaftlichen Berufsschüler nach Erfüllung ihrer Berufsschulpflicht eine landwirtschaftliche Fachschule, das heißt eine Landwirtschaftsschule, besuchen und in einem regelmäßig über zwei Wintersemester - das ist der große Vorteil, den die Landwirtschaftsschule bietet - auch die Befähigung und die Berechtigung zum Besuch einer höheren Landbauschule erwerben. Unser Berufsschulgesetz sieht sogar, Herr Kollege Kuhn, vor, daß wir ein halbes Jahr dem Berufsschüler schenken, der seine Anmeldung zu einer landwirtschaftlichen Winterschule vorgelegt hat und diese Winterschule besucht.

(Kultusminister Dr. Orth)

Der Abschluß der höheren Landbauschule eröffnet dem qualifizierten Absolventen den Weg wiederum zum akademischen Beruf. Genau wie von der gewerblichen Berufsaufbauschule über die Ingenieurschule zur Techn. Hochschule geht der Weg hier von der Berufsschule über die Winterschule zur höheren Landbauschule, so daß also der Absolvent zum Diplomvolkswirt, zum Diplomwirtschaftslehrer oder zum landwirtschaftlichen Berufsschullehrer gelangen kann.

Eine Änderung - jetzt kommt es, Herr Kollege Kuhn - in diesem Ausbildungsweg ist erst für das Jahr 1965, und zwar zunächst einmal, ohne daß wir etwas Bestimmtes darüber wissen, auf Bundesebene vorgesehen. Man will also dort, daß in die Höhere Land- und Weinbauschule nur Bewerber aufgenommen werden, die die Mittlere Reife, also sechs Jahre Gymnasium oder eine Realschule durchlaufen haben.

Und ich glaube, Herr Kollege Kuhn, Ihrem Anliegen ist sicherlich Rechnung getragen. Wir können es ganz einfach machen. Wir sollten diesen Ihren Antrag dem Kulturpolitischen Ausschuß überweisen und abwarten, was der Bund macht. Es steht noch keineswegs fest, daß man an dieser Mittleren Reife festhält; und ich sehe auch gar keinen Grund,

(Abg. Martenstein: Sehr richtig!)

daß man das so starr für den bäuerlichen Beruf vorschreibt, zumal man doch weiß, daß, wenn dieser Weg gegangen werden soll, ja vorher - nach einer Vereinbarung der Kultusminister - ein Gesellenbrief vorgelegt werden muß: Von 550 landwirtschaftlichen Berufsschülern einer Schule unseres Landes stehen nur zwei in einem echten Lehrverhältnis.

Also, meine ich, wir sollten heute keine offenen Türen einrennen, sondern den Antrag einmal als Material übernehmen. Wir sollten genau prüfen und abwarten, was auf Bundesebene in dieser Richtung gemacht wird. Sollte eine solche Erschwerung kommen, daß man zur Höheren Land- und Weinbauschule nur über die Mittlere Reife gelangen kann, dann allerdings müßten wir uns Ihrem Antrag zuwenden und dafür sorgen, daß dem landwirtschaftlichen Berufsschüler genau wie dem gewerblichen die Chance nach oben gewahrt bleibt. Ich meine, wenn so verfahren und die Sache dem Ausschuß überwiesen wird, können wir das, was gegebenenfalls als Maßnahme in die Wege zu leiten ist, auch noch rechtzeitig tun. Wir brauchen uns aber heute nicht irgendeinen Beschluß, der vielleicht etwas regelt, was später gar nicht eintritt oder etwas in der Entwicklung vorwegnimmt, zu binden. Wir sollten warten, bis die Frage akut ist, und uns ihr dann zuwenden.

(Landwirtschaftsminister Stübinger: Sehr richtig!)

#### Vizepräsident Piedmont:

Meine Damen und Herren! Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich schlage dem Hohen Hause vor, diesen Antrag dem Kulturpolitischen und dem Agrarpolitischen Ausschuß zu überweisen. - Es erhebt sich kein Widerspruch; dann ist so beschlossen.

Ich rufe auf den **Punkt 5** der Tagesordnung:

#### **Antrag der Fraktion der CDU betreffend Aufstellung eines mehrjährigen Bauprogramms**

- Drucksache II/35 -

Zur Begründung erteile ich Herrn Dr. Neubauer (CDU) das Wort.

#### Abg. Dr. Neubauer:

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich will das Hohe Haus nicht mehr sehr lange aufhalten. Ich möchte nur einige Bemerkungen als Begründung zu dem Antrag der CDU-Fraktion machen. Wir wissen alle, daß seit Jahr und Tag in der breiten Öffentlichkeit der Zustand auf dem gesamten Baumarkt, insbesondere Hochbaumarkt, sehr hart diskutiert wird. Wir wissen auch - wir haben es hier selbst schon angesprochen -, daß man sich aus allen möglichen Gründen der Notwendigkeit gegenüber sieht, Investitionshaushaltspläne für mehrere Jahre in Bund, Ländern und Gemeinden aufzustellen. Diese Frage ist seit geraumer Zeit in der Diskussion.

Wir sehen auf der anderen Seite, daß - was besonders in der Diskussion der breiten Öffentlichkeit hervorgehoben wird - die Auswirkungen des Zustandes der Baumarktlage (Auftriebslage) sich in den letzten Jahren zwangsläufig in Preissteigerungen niederschlugen, die zum Teil wesentlich über das hinausgehen, was als allgemeine Preissteigerung empfunden und gesehen wird. Und man ist sich langsam darüber klargeworden, daß eben das ungleiche Verhältnis zwischen Angebot und Nachfrage auf dem Baumarkt wesentlich hierzu beigetragen hat; daß also ursächlich weder der Bauherr noch die Bauwirtschaft, sondern die Gesamtsituation im wesentlichen daran schuld ist.

Deshalb versuchte man ja bereits, die öffentliche Auftragsstätigkeit einzuschränken einmal über das sogenannte Baustoppgesetz, sodann über die Aussetzung des § 7b des Einkommensteuergesetzes, um damit die Spitzenauftragsbestände etwas abzubauen und normale Zustände in Nachfrage und Angebot zu erreichen.

Wir haben hier im Lande Rheinland-Pfalz die Situation, daß sich trotz all dieser Bemühungen die Auftragslage im Gegensatz zu den im Bundesgebiet festgestellten Tatbeständen anders bewegt hat. So haben wir Ende Juli 1963 einen gegenüber der gleichen Zeit des Vorjahres um 10 Prozent höheren Gesamtauftragsbestand in der Bauwirtschaft; der Auftragsbestand ist also noch gewachsen.

Wir können darüber hinaus feststellen, daß sich auch die Zahl der Baugenehmigungen auf dem Wohnungsbausektor, die im Bundesgebiet rückläufig ist, im Lande Rheinland-Pfalz im ersten Halbjahr 1963 gegenüber dem ersten Halbjahr 1961 - das Jahr 1962 führte durch das Baustoppgesetz zu einer anomalen Steigerung auf diesem Sektor - weiterhin vermehrte. Also auch hier noch ein wachsender Trend - Gott sei Dank; wir begrüßen es alle, daß hier trotz mancherlei Schwierigkeiten in der Finanzierung von Wohnungsbauten bei uns noch ein ansteigender Trend zu beobachten ist.

Auf der anderen Seite müssen wir als weiteres Faktum feststellen, daß an dem Auftragsbestand von Ende Juli 1963, den ich vorher nannte, die öffentliche Hand zu 75 Prozent beteiligt ist und nur 25 Prozent des Auftragsbestandes von den Privatauftraggebern herrührt. Das zeigt ganz eindeutig die schwere volkswirtschaftliche und preispolitische Verantwortung der öffentlichen Hand als Bauauftraggeber.

Deshalb meinen wir, daß wir uns wegen dieser schweren Verantwortung, die wir haben, insbesondere auch gegenüber dem privaten Wohnungsauftraggeber, bei der Gestaltung unserer Investitionspläne hier echte Gedanken machen sollten, uns einen etwaigen Überblick zu verschaffen, was wir an vordringlichsten Investitionen rangplanmäßig an Nr. 1 setzen und zeitlich unterschiedlich das, was wir heute, morgen und über-



(Dr. Neubauer)

morgen machen, damit man, wenn man auch im Haushalts- und Finanzausschuß die Dinge bei der Etatgestaltung jeden Jahres gegebenenfalls nur sporadisch anspricht, die richtigen Größenverhältnisse und zugleich auch die Verantwortung gegenüber dem gesamten Bauparkt und der Bevölkerung besser vor Augen hat, weil man dann weiß bzw. von der Regierung erfahren kann, wie die notwendigsten Bauvorhaben in den nächsten Jahren aussehen.

Davon sind wir ausgegangen, um uns bei unserer verantwortungsvollen Etaberaterung bezüglich der Investitionspläne nicht womöglich von falschen Voraussetzungen ausgehend zu Entschliefungen verleiten zu lassen, die dann auf längere Sicht zu falschen Ergebnissen führen.

Ich möchte damit an sich nur die Hauptpunkte der Beweggründe anführen, die uns zu dem Antrag veranlaßt haben. Wir haben ihm damals - das war schon kurz vor den Parlamentsferien - die Formulierung gegeben, wie sie Ihnen auch jetzt vorliegt, in der bestimmten Erwartung, da es auch bei der Exekutive längerer Zeit bedarf, die gewünschte Übersicht zu schaffen.

Wir möchten deshalb heute praktisch dafür plädieren, daß der Antrag in dieser Form dem Haushalts- und Finanzausschuß überwiesen wird, weil man dort dezidiert und in allen Einzelheiten das Für und Wider all der Fragen, die da auftauchen können, zu erörtern vermag. Wir stellen also den Antrag nicht zur direkten Abstimmung hier im Hohen Hause, sondern beantragen die Überweisung an den Haushalts- und Finanzausschuß, um all die damit zusammenhängenden Fragen in Ruhe und Sachlichkeit ausdiskutieren zu können.

**Vizepräsident Piedmont:**

Das Wort hat der Herr Finanzminister.

**Finanzminister Glahn:**

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich wollte eigentlich eine Stellungnahme zu diesem Antrag der CDU abgeben. Nachdem aber Herr Abgeordneter Dr. Neubauer, der den Antrag der CDU begründete, erklärt hat, ihm sei daran gelegen und er habe den Wunsch, daß über diese Frage im Haushalts- und Finanzausschuß gesprochen würde, möchte ich auf meine Ausführungen dazu verzichten.

(Vereinzelter Beifall im Hause.)

**Vizepräsident Piedmont:**

Das Wort hat Herr Abgeordneter König (SPD).

**Abg. König:**

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Wir Sozialdemokraten standen und stehen immer noch auf dem Standpunkt, daß die langfristigen Investitionsplanungen, so wie sie uns in den zurückliegenden Jahren im Außerordentlichen Haushalt als Entwurf vorgelegt und dann im Ausschuß und anschließend im Landtag beraten worden sind, vom Kabinett selbstverständlich nach Gesichtspunkten volkswirtschaftlicher Verantwortlichkeit vorherberaten wurden. Wir sind deshalb etwas

erstaunt, Herr Kollege Dr. Neubauer, daß Sie das in Zweifel ziehen.

(Abg. Dr. Neubauer: Ach, nein!)

Nachdem es aber eine so große Fraktion tut, schließen wir uns gerne Ihrer Auffassung an und sind bereit, mit Ihnen über diese Gesichtspunkte im Ausschuß zu beraten.

(Abg. Dr. Neubauer: Herr Präsident!)

**Vizepräsident Piedmont:**

Das Wort hat der Herr Abgeordnete Dr. Neubauer (CDU).

**Abg. Dr. Neubauer:**

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich glaube, wir haben heute im Laufe des Tages bewiesen, daß wir gegenseitig versuchen, unsere Worte nicht so zu interpretieren, wie es uns gerade auf der einen oder anderen Seite gefällt.

Herr Kollege König, ich habe kein Wort davon gesagt. Sie haben vielleicht in meine Ausführungen etwas hineingedeutet, was nicht darin enthalten war. Wenn Sie mir aufmerksam zugehört hätten - das haben Sie ja auch -, dann hätten Sie höchstens heraushören können, daß wir vermeiden wollten, daß anläßlich einer Haushaltsberatung von Kollegen Anträge als dringlich vorgelegt werden, die auf lange Sicht gesehen zu Fehlentscheidungen führen können. Das war einer der Gründe, weshalb wir diese Dinge hier zur Sprache bringen wollten, nicht aber, weil wir der Landesregierung Vorwürfe zu machen haben.

**Vizepräsident Piedmont:**

Wortmeldungen liegen nicht mehr vor. Es ist angeregt worden, diesen Antrag dem Haushalts- und Finanzausschuß zu überweisen. Das Haus ist damit einverstanden.

Ich rufe auf **Punkt 6** der Tagesordnung:

**Zweite und dritte Beratung eines Landesgesetzes zur Änderung des Landesbesoldungsgesetzes**

- Drucksache II/53 -

Die Berichterstattung für den Haushalts- und Finanzausschuß erfolgt durch den Herrn Abgeordneten Völker. Ich erteile ihm das Wort.

**Abg. Völker:**

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Das Hohe Haus hat gestern diesen Gesetzesentwurf in erster Beratung dem Haushalts- und Finanzausschuß überwiesen. Die Regierungsvorlage war notwendig geworden, weil sich inzwischen verschiedene Rechtsgrundlagen geändert haben bzw. neu geschaffen wurden und hier eine Regulierung erfolgen sollte. Der Bundesgesetzgeber hat andere Grundlagen geschaffen als die Landesgesetzgebung, und es sind gewisse Terminüberschneidungen vorhanden, welche koordiniert werden müssen. Das Bundesgesetz, das noch nicht im Vermittlungsausschuß beraten und deshalb auch noch nicht verkündet wurde, sieht verschiedene Zeitpunkte für die Erhöhung der Grundgehälter der Besoldungsgruppen A 2 bis A 5

(Völker)

und der Kinderzuschläge vor. Weiterhin besteht in der Terminfestsetzung eine Verschiedenartigkeit zur Landesgesetzgebung.

Die Landesregierung hat in der Regierungserklärung durch den Herrn Ministerpräsidenten am 22. Mai ausdrücklich ausgeführt, daß sie versuche, eine Novelle zum Landesbesoldungsgesetz mit sozialen und familien-gerechten Strukturverbesserungen vorzulegen. Darüber hinaus werde eine Überprüfung des gesamten Einstufungskatalogs erfolgen.

Interessant ist, daß eine umfassende Überarbeitung des Landesbesoldungsgesetzes, insbesondere der Besoldungsordnung, auf Grund der zwischenzeitlich eingetretenen Entwicklung nicht kurzfristig zum Abschluß zu bringen ist. Ein entsprechender Regierungsentwurf konnte im Hinblick auf die noch nicht abgeschlossene Rahmengesetzgebung (Lehrerbesoldung) - ein Thema, das heute sehr stark diskutiert worden ist -

(Abg. Dr. Kohl: Das liegt außerhalb des Berichtes!)

noch nicht vorgelegt werden, da noch verschiedene Ressortbesprechungen notwendig sind.

Der vorliegende Gesetzentwurf versucht, in der Terminfestsetzung einen Ausgleich zu schaffen, indem eine Erhöhung der Besoldungsgruppen A 2 bis A 5 ab 1. April vorgenommen wird; die Bundesgesetzgebung sieht dagegen eine gestaffelte Erhöhung am 1. April und wiederum am 1. Oktober vor. Durch diese Regelung wird eine sonst notwendige zweifache Berechnung vermieden. Diese Regelung ist eine Vereinfachung, die man wahrlich begrüßen kann. Darüber hinaus sieht das Gesetz vor, daß der erhöhte Kinderzuschlag nicht vom 1. Oktober, sondern bereits vom 1. August an bezahlt werden soll, um eventuell entstehende finanzielle Nachteile auszugleichen. Insofern wird ein Ausgleich gegenüber dem Bundesgesetz geschaffen.

Der Haushalts- und Finanzausschuß hat dem Gesetzentwurf einstimmig zugestimmt. Er empfiehlt Ihnen eine einstimmige Annahme. Es ist allerdings ein Druckfehler zu korrigieren. In der Drucksache heißt es „Monatsbeiträge“, es muß aber heißen „Monatsbeträge“.

(Heiterkeit im Hause.)

Ich bitte Sie, dem Antrag des Haushalts- und Finanzausschusses zu folgen und dem Gesetzentwurf zuzustimmen.

(Beifall des Hauses.)

#### Vizepräsident Piedmont:

Ich danke dem Herrn Berichterstatter für seinen Bericht. Ich eröffne die Besprechung. Das Wort hat der Herr Abgeordnete König (SPD).

#### Abg. König:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich fasse mich tatsächlich kurz.

(Abg. Dr. Kohl: Das will etwas heißen!)

- Das ist bei mir eine sehr gültige Bemerkung. Wir haben schon bei der Beratung des Ersten Änderungsgesetzes im April 1961 und auch bei der Beratung des Zweiten Änderungsgesetzes im Dezember 1962 einmütig in allen Fraktionen auch im Plenum zum Ausdruck gebracht, daß wir die umfassende Überarbeitung des

Landesbesoldungsrechts, so wie es in der Begründung zum Dritten Änderungsgesetz erwähnt wird, möglichst bald in Angriff nehmen wollen.

(Abg. Dr. Kohl: Ab Januar!)

Wir haben bei der Beratung dieser Vorlage ebenfalls Einmütigkeit darüber erzielen können, daß dies tatsächlich nach dem Wort „unverzüglich“ auch so erfolgen soll.

Ich bin beauftragt, für meine Fraktion nochmals ausdrücklich zu betonen, daß wir hoffen, im zeitigen Frühjahr

(Abg. Dr. Neubauer: Auch wir!)

diese Vorlage in den Ausschuß zu bekommen, damit wir nicht später wieder durch den nächsten Haushaltsplan in Bedrängnis kommen. Wenn Sie sagen, Herr Kollege Dr. Kohl,

(Abg. Dr. Kohl: Ab Januar!)

ab Januar, so sind wir uns einig, und ich freue mich darüber. Ich darf feststellen, daß das ganze Haus die Landesregierung beauftragt, nachdem Sie sicherlich dieselbe Meinung haben, -

(Abg. Dr. Kohl: Der Herr Ministerpräsident hat das bereits in der Regierungserklärung angekündigt!)

- Das reicht mir in der Regel nicht; wir haben ab und zu solche Ankündigungen gehört und warten dennoch.

(Abg. Dr. Kohl: Uns reicht's!)

Insofern ist es gut, wenn wir es noch einmal zum Ausdruck bringen und dann im Januar an die Beratung der Überarbeitung kommen.

(Beifall bei der SPD.)

#### Vizepräsident Piedmont:

Weitere Wortmeldungen liegen nicht mehr vor. Ich schließe die Besprechung und rufe auf die Drucksache II/53 Drittes Landesgesetz zur Änderung des Landesbesoldungsgesetzes, Artikel I, II, III, IV, Einleitung und Überschrift. Wer diesem Gesetz mit der in der Bericht-erstattung angegebenen Korrektur von „Monatsbeiträge“ in „Monatsbeträge“ seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. - Die Gegenprobe! - Stimmenthaltung! - Das Gesetz ist in zweiter Beratung einstimmig angenommen.

Wir kommen zur dritten Beratung. Wer diesem Gesetzentwurf in dritter Beratung seine Zustimmung geben will, den bitte ich, sich vom Platze zu erheben. - Danke sehr! - Die Gegenprobe! - Stimmenthaltung! - Damit ist das Gesetz in dritter Beratung einstimmig angenommen.

Meine Damen und Herren! Wir sind am Ende der heutigen Tagesordnung. Die nächste Sitzung ist am Mittwoch, dem 9. Oktober, 9.30 Uhr. Ich wünsche den Damen und Herren des Hauses eine gute Heimfahrt. Die Sitzung ist geschlossen.

Schluß der Sitzung: 16.09 Uhr.